

GESCHÄFTSBERICHT /
NACHHALTIGKEITSBERICHT
2016

L-BANK IN ZAHLEN

ÜBERSICHT 2012–2016 in Mio. EUR

	2012	2013	2014	2015	2016
Bilanzsumme	70.629,81	70.682,10	70.190,09	73.294,92	75.075,39
Eigenkapital	2.516,15	2.616,91	2.714,68	2.765,31	2.814,64
Zinsüberschuss ¹	437,82	414,03	375,54	365,41	368,93
Jahresüberschuss	147,35	100,77	49,19	50,63	49,33

	2012	2013	2014	2015	2016
Kernkapitalquote ²	14,15 %	15,68 %	14,17 %	16,38 %	18,00 %
Kernkapitalquote fully phased-in ³	–	12,11 %	13,95 %	16,38 %	18,00 %
Gesamtkapitalquote	19,07 %	20,28 %	16,87 %	19,00 %	20,29 %
Eigenkapitalrendite	14,89 %	11,65 %	11,75 %	10,28 %	12,19 %
Cost-Income-Ratio	30,97 %	32,24 %	41,97 %	42,82 %	41,65 %

2016	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AAA

1 Betriebswirtschaftliche Betrachtung 2 bis 2013 Basel II, ab 2014 CET1-Quote Basel III 3 CET1-Quote Basel III

INHALT

Brief an die Geschäftspartner	06
Grußwort des Ministerpräsidenten	08
Verantwortung	
Kunden und Partner	10
Nachhaltigkeitsmanagement	30
Mitarbeiter	34
Ökologie	46
Gesellschaft	58
Nachhaltigkeitsprogramm	66
Leistungskennzahlen	70
Zum Nachhaltigkeitsbericht	74
GRI-G4-Index	76
Corporate Governance Bericht	81
Lagebericht	
Bericht des Vorstands der L-Bank über das Geschäftsjahr 2016	84
Bericht des Verwaltungsrats	130
Jahresabschluss	131



BRIEF AN DIE GESCHÄFTSPARTNER

Liebe Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner,

wir können wieder auf ein gutes Förderjahr zurückblicken: Die zugesagten Kreditvolumen erreichten 2016 rund 10,6 Mrd. Euro und haben sich damit auf einem hohen Niveau stabilisiert. Unsere Eigenkapitalvergabe hat sich gut entwickelt, in der Standortentwicklung haben wir wichtige Weichen gestellt und mit 2,2 Mrd. Euro ausgezahlter Finanzhilfen haben wir erneut gute Arbeit geleistet. Aber wie stellt sich das Bild jenseits der reinen Förderzahlen dar? Wir haben den Anspruch, Ökonomie mit ökologischem Fortschritt und sozialen Zielsetzungen in

Einklang zu bringen. Konnten wir diesen Anspruch einlösen? Unseren Jahresabschluss haben wir zum Anlass genommen, noch genauer hinzuschauen und erstmals unsere wirtschaftlichen Leistungen zusammen mit unseren ökologischen und sozialen Aktivitäten in einem gemeinsamen Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht zu präsentieren. Denn nur in der Summe erhält man ein vollständiges Bild der L-Bank.

Die L-Bank ist als Förderbank besonders für ihre großen Geschäftsfelder bekannt: In der Wirtschaftsförderung wenden wir gewaltige Fördersummen auf, um die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land voranzubringen und um Existenzgründer und junge Unternehmen zu fördern. Damit sichern wir die Zukunft des Mittelstands. Aus gutem Grund, schließlich leisten unsere mittelständischen Unternehmer einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes und sorgen für Millionen von Arbeitsplätzen.

Allerdings ist nicht nur das große Ganze von Bedeutung, das Gesamtbild lebt auch von den kleinen Pinselstrichen. Daher sind auch die anderen Förderungen wichtig, mit denen wir Impulse geben wie mit der Förderung von Coachings im Zusammenhang mit Innovationsvorhaben oder der Erleichterung des Zugangs zu Weiterbildung wie beim Förderprogramm für Fachkurse. Auch diese kleineren Maßnahmen verdienen unsere wiederkehrende Aufmerksamkeit. Denn unsere Handlungsfelder dürfen nicht allein unter dem Aspekt der Größe des messbaren Erfolgs betrachtet werden. Im Kleinen wie im Großen lautet unsere Kernfrage: Was macht unser Land lebenswerter, attraktiver und zugleich menschlicher? Dabei sind auch die Bereiche wichtig, in denen wir uns unauffälliger engagieren: Hier geht es zum Beispiel um das Möglichmachen und Subventionieren herausragender Kunst- und Kulturveranstaltungen, die Unterstützung Benachteiligter oder auch die Ehrung von Vorbildern, die unser Land hervorgebracht hat. So zeigen wir gerade mit den leisen und unscheinbaren Maßnahmen, welche Werte unser Land definieren – und inspirieren dazu, diese anzunehmen und weiterzutragen. So wird im Großen wie im Kleinen unser Leitmotiv „Aus Liebe zum Land ...“ mit Leben erfüllt.

Auch im letzten Jahr haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichen Projekten viel Feingefühl bewiesen. Egal ob große Summen bewegt wurden oder einem Einzelnen geholfen wurde, ob sie eine Tätigkeit mit direktem Kundenkontakt ausgeführt oder interne Aufgaben wahrgenommen haben – im Großen wie im Kleinen waren unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hohem Engagement aktiv. Dafür Ihnen allen meinen herzlichen Dank.



Dr. Axel Nawrath

Vorsitzender des Vorstands der L-Bank



GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN

Nachhaltiges Handeln soll dazu beitragen, dass unser modernes Leben die Zukunftsperspektiven der nächsten Generationen nicht einengt und dass auch die Menschen in den ärmeren Ländern dieser Erde die Chance auf ein gutes Leben erhalten. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sind dabei gleichermaßen von Bedeutung. Auch die L-Bank hat die vielen mit nachhaltigem Wirtschaften verknüpften Entwicklungsmöglichkeiten erkannt und sich dabei als zuverlässiger Partner der Landesregierung erwiesen.

Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie ist das zentrale Leitprinzip der Landesregierung. Wir wollen zeigen, dass der Schutz natürlicher Ressourcen und die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land untrennbar zusammengehören. Dafür brauchen wir neue Wirtschaftsmodelle, die konsequent auf die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch setzen. Denn Baden-Württemberg ist zwar ein wirtschaftsstarkes – aber auch ressourcenarmes Land. Die Verknappung und Verteuerung von Ressourcen sind für uns deswegen deutlich spürbar. Gleichzeitig wird nirgendwo in Europa ein höherer Anteil der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investiert als in Baden-Württemberg. Wir haben es also selbst in der Hand, die notwendigen Lösungen zu entwickeln.

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt die Landesregierung das Ziel, Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern zu verankern und sie in konkretes politisches Handeln zu übersetzen. Nachhaltiges Wirtschaften ist dabei ein zentraler Bestandteil der Strategie. In diesem Rahmen wurde unter anderem die WIN-Charta entwickelt, mit der sich Unternehmen hierzulande freiwillig zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsleitsätzen verpflichten. Seit 2014 sind insgesamt 99 Unternehmen der WIN-Charta beigetreten.

Die L-Bank gehört zu den WIN-Charta-Unterzeichnern der ersten Stunde. Sie hat sich in diesem Zusammenhang etwa vorgenommen, ein betriebliches Mobilitätsmanagement einzuführen sowie Nachhaltigkeitsthemen in die Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Darüber hinaus unterstützt die L-Bank in diesem Rahmen einen Wettbewerb für Schüler-, Übungs- und Juniorfirmen. Auch die Finanzierungs- und Förderangebote der L-Bank sollen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen konkrete Anreize setzen, um ihnen dauerhaft ressourcenschonendes und vorausschauendes Handeln zu ermöglichen. Zahlreiche von der L-Bank durchgeführte Förderprogramme – etwa zur Energieeffizienz, zur Gebäudesanierung oder zum Einsatz erneuerbarer Energien – tragen schon jetzt zur nachhaltigen Entwicklung des Landes bei.

Die L-Bank ist bestrebt, ihrer Vorbildfunktion in Sachen Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Zu diesem Erfolg tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ihren Einsatz und ihr Engagement wesentlich bei. Hierfür danke ich Ihnen allen herzlich und wünsche der L-Bank auch für das neue Geschäftsjahr viel Erfolg!



Winfried Kretschmann MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg



DAMIT KLEINE IDEEN EINE GROSSE ZUKUNFT HABEN.

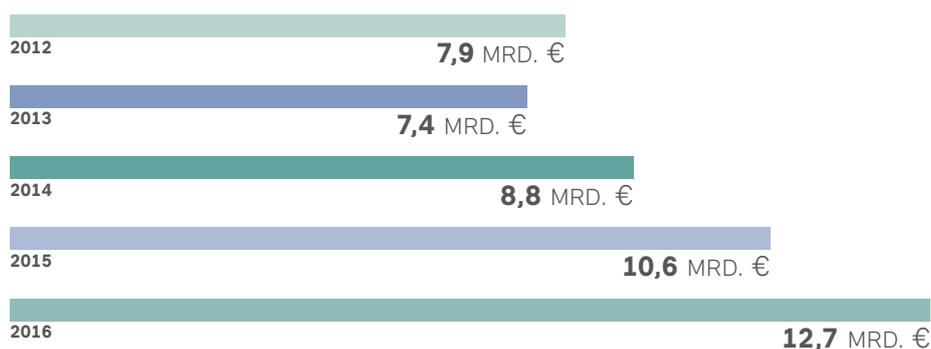
Mikro und Makro – das sind die beiden Dimensionen, die unsere tägliche Arbeit prägen: Unsere Kunden und Partner erwarten in großen wie in kleinen Projekten viel Liebe zum Detail. Egal ob bei Kleinstfinanzierungen oder im Projektgeschäft. Unser Anliegen ist es, unseren Kunden und Partnern ein breites Spektrum an gut handhabbaren Förderangeboten zu bieten. So wollen wir deren Chance, ihre unterschiedlichen Ziele erfolgreich zu meistern, vergrößern.

KUNDEN UND PARTNER

NICHT ALLES, WAS NEU IST, IST EIN FORTSCHRITT.

Veränderung ist eine notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung für den Fortschritt. Daran knüpfen wir mit unserer Förderung an. Verlässlichkeit und Kontinuität spielen dabei eine zentrale Rolle. Und wo notwendig, setzen wir neue Akzente oder reagieren auf aktuelle Entwicklungen – schnell und an die Bedürfnisse unserer Zielgruppen angepasst. So erfüllen wir unseren Förderauftrag und tragen dazu bei, den Standort Baden-Württemberg voranzubringen und weiterzuentwickeln.

FÖRDERSCHUB FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



FORTSCHRITT HAT UNTERSCHIEDLICHE DIMENSIONEN.

Technik, Ökonomie, Ökologie und soziale Aspekte sind wichtige Parameter des Fortschritts, zwischen denen komplexe Wechselwirkungen herrschen. In ihrer Gesamtheit bilden sie die gesellschaftliche Entwicklung ab und machen gleichzeitig die Spannungsfelder deutlich. Deshalb erfordert Fortschritt ein abwägendes, ausbalancierendes Handeln.

Mit unseren Förderprogrammen setzen wir den Auftrag des Landes um und schaffen Anreize für unterschiedliche Zielgruppen, für Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen. Je nach Adressat sind dabei ganz unterschiedliche Anknüpfungspunkte gegeben. Bei Privatpersonen bestehen diese Anknüpfungspunkte zum Beispiel in der Förderung von Wohneigentum oder in den Energieoptimierungen zum Klimaschutz.

Mittelständische Unternehmen unterstützen wir im Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Sie sollen flexibel und innovativ sein, damit die Wirtschaft heute und in Zukunft eine stabile Basis hat. Auch für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen in Unternehmen werden entsprechende Anreize gesetzt. Hier verkürzt unsere Förderung die Amortisationszeit entscheidend.

Junge Unternehmen und Existenzgründer haben gegenüber etablierten Unternehmen Nachteile, vor allem wenn es um die Finanzierungsbedingungen geht. Ihre Projekte sind oft schwerer kalkulierbar, eine fundierte Risikoeinschätzung ist schwierig, sodass Sicherheiten im Endeffekt oft das finanzierungsentscheidende Kriterium sind. Hier trägt unsere Gründungsfinanzierung zur Senkung der Markteintrittsbarrieren bei.

Kommunen werden in ihren Anstrengungen zur CO₂-Minderung, Energieberatung oder zum Klimaschutz begleitet. Auch wenn es um Fragen von Integration, Sprachförderung oder Bildung geht, können die ausgereichten Förderprogramme der L-Bank weiterhelfen. Anreize für Infrastrukturinvestitionen runden das Angebotsspektrum der Bank ab.

Daneben gibt es spezielle Förderprogramme, die auf bestimmte Zielgruppen abgestimmt sind. Ein Beispiel hierfür ist die Förderung von Wohnungseigentümergeinschaften. Diese können bei einem altersgerechten Umbau oder einer energetischen Sanierung ihres Wohnungsbestandes unterstützt werden.

Grundlage unseres Tuns ist unser Vier-Säulen-Modell: Förderung durch Finanzhilfen, Förderung durch Standortentwicklung, Förderung durch Eigenkapitalvergabe und Förderung durch Kredite zur Wirtschafts-, Wohnraum- und Infrastrukturfinanzierung. Mit diesem Fördergeschäft sind wir bundesweit der einzige Komplettanbieter im Bereich der Förderung.

DIE L-BANK IM 4-SÄULEN-MODELL

Mit unserer Bankinfrastruktur sind wir für das Land Baden-Württemberg ein wichtiger Partner.



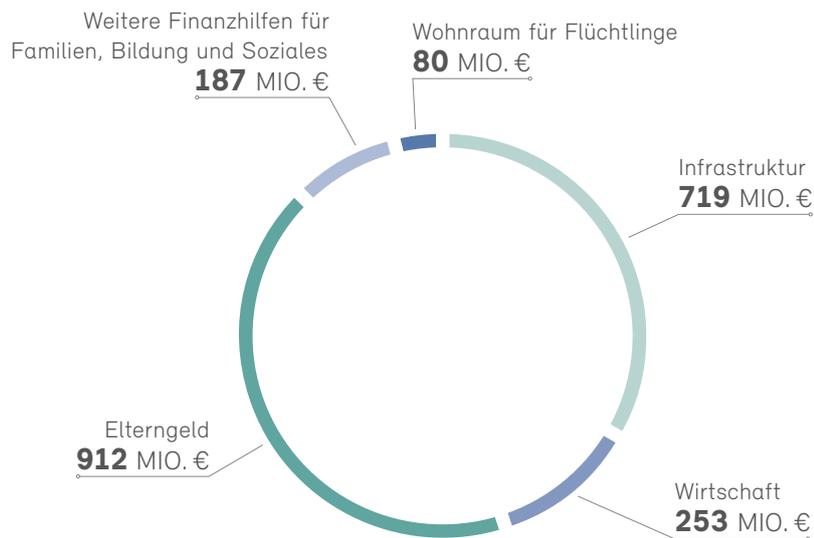
FÖRDERUNG DURCH FINANZHILFEN: BEI DEN ZUSCHUSS-FÖRDERPROGRAMMEN WERDEN WIR ALS DIENSTLEISTER MIT DER UMSETZUNG BEAUFTRAGT.

Als Dienstleister für das Land Baden-Württemberg vergibt und verwaltet die L-Bank einen Teil der vom Land Baden-Württemberg in den Feldern Wirtschaft, Infrastruktur sowie Familien, Bildung und Soziales bereitgestellten Finanzhilfen. Es werden Mittel des Landes, des Bundes und der Europäischen Union ausgereicht. Alle Durchführungselemente eines Förderverfahrens können von uns erbracht werden. Dabei bildet unsere Bankinfrastruktur die Grundlage. Sie sorgt dafür, dass die Fördermittel mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand schnell an ihr Ziel kommen. Je nach Programm übernehmen wir auch andere Teilschritte des Förderverfahrens: von der Beratung und Antragstellung über die Prüfung und Bewilligung bis zu speziellen Aufgaben wie Vergabe- und Beihilfeprüfungen.

FINANZHILFEN
MIT EINEM
GESAMTVOLUMEN
VON
2,2 MRD. €
(2015: 2,1 MRD. €)
NEU BEWILLIGT

Wir arbeiten mit starken Partnern. Die Zahlen sprechen für sich: Mit 8.056 Neubewilligungen stiegen die Fallzahlen um mehr als 1,7 Prozent. Damit wurden so viele Bewilligungen wie noch nie ausgesprochen.

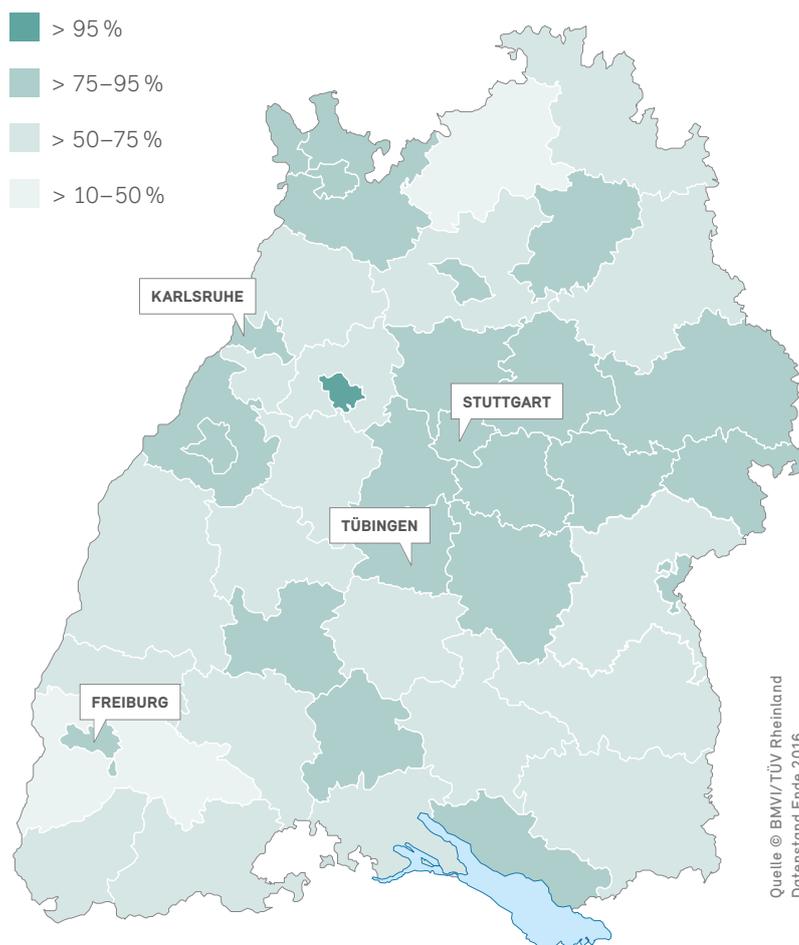
VERTEILUNG DER FINANZHILFEN



Die Finanzhilfen bieten die Möglichkeit, besonders schnell auf akute Problemlagen reagieren zu können. So wurden im Jahr 2016 im Rahmen des Förderprogramms Wohnraum für Flüchtlinge den Gemeinden für die Schaffung von neuem Wohnraum für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen 80 Mio. Euro bewilligt. Da sich die Situation in den Gemeinden im Laufe des Jahres entspannt hat, wird das Förderprogramm mit dem Landeswohnraumförderungsprogramm zusammengeführt.

Finanzhilfen sind dann für gestaltende Eingriffe geeignet, wenn der Markt nicht ausreicht. Seit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes durch die Europäische Union ist es grundsätzlich Aufgabe der Telekommunikationsunternehmen, die Versorgung mit Breitband sicherzustellen. Dieser marktgetriebene Breitbandausbau funktioniert nur dort, wo es sich für die Unternehmen rechnet. Internetzugänge, die auch große Datenmengen schnell übertragen, gehören zu einer modernen Infrastruktur und müssen deshalb als wichtiger Standortfaktor im ganzen Land zur Verfügung stehen. Mit der Breitbandförderung wird der zunehmenden Bedeutung des schnellen Internets für die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft vor allem dort Rechnung getragen, wo die Versorgung von allein sonst nicht oder nur verzögert stattfinden würde.

BREITBANDATLAS DES BUNDES FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Breitbandverfügbarkeit in % der Haushalte (alle ≥ 50 Mbit/s)

VOLUMEN DES
PROGRAMMS ZUM
BREITBAND-
AUSBAU
128,6 MIO. €

Die Breitbandförderung richtet sich an Kommunen und wurde bislang in Kooperation mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz durchgeführt. Seit Oktober 2016 liegt die Zuständigkeit für den Breitbandausbau beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Zusätzliche Landesmittel erlauben eine nochmals deutliche Intensivierung der Breitbandoffensive 4.0.

Die frühkindliche Sprachbildung und Sprachförderung ist zentrales Anliegen der Bildungspolitik Baden-Württembergs. Das Gesamtkonzept zur Sprachförderung in Baden-Württemberg orientiert sich an der individuellen Entwicklung und an den Bildungsprozessen der Kinder und soll dafür Sorge tragen, dass Kinder von Anfang an Unterstützung und Förderung erfahren. Das Bildungs- und Entwicklungsfeld „Sprache“ ist zentrales Element des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung. In Kindergärten und Kindertageseinrichtungen steht dafür das Landesprogramm SPATZ (Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen mit Zusatzbedarf) zur Verfügung. Es findet seine Fortsetzung in der schulbegleitenden Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe. Im Kindergarten- und Schuljahr 2015/2016 stellte das Land hierfür 28,6 Mio. Euro bereit. Mit dieser Hilfe konnten bei mehreren Tausend Trägern über 88.000 Kinder gefördert werden.

Größter Posten bei den Finanzhilfen mit einem Volumen von 912,4 Mio. Euro ist und bleibt das Elterngeld. Für 2016 wurden mehr als 140.000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Als zentrale Vergabestelle haben wir dabei umfassende Informations- und Beratungsleistungen erbracht.

312.158 ANRUFEN
ZUM THEMA
FAMILIENFÖRDERUNG

FÖRDERUNG DURCH STANDORTENTWICKLUNG: DER WISSENSCHAFTLICHE UND TECHNOLOGISCHE FORTSCHRITT BEDARF DES ZUSAMMENWIRKENS UND DES AUSTAUSCHS.

Traditionelle Firmen entstehen und wachsen in einem traditionellen Umfeld. Die regionalen Standortfaktoren sind ihnen bekannt – und werden in der Planung entsprechend berücksichtigt. Ganz anders die Situation im Hightech-Bereich: Hier sind Strukturveränderungen die Regel. Dabei kann ein Dienstleistungsangebot, das den Innovatoren den Rücken frei hält, entscheidende Kreativitätsreserven freilegen.

Die L-Bank bietet mit ihrer Standortentwicklung ein solches Angebot. Unsere Technologieparks sind in der Nähe von Hochschulen und Forschungseinrichtungen angesiedelt. Ausgereifte Baukonzepte und ein professionelles Flächenmanagement sorgen für eine hohe Raumflexibilität, sodass ganz unterschiedliche Nutzungen, flexible Anpassungen an sich ändernde Bedarfe, individuelle Neu- und Ausbaulösungen oder spezifische Ausstattungen möglich sind. Abgerundet wird das Angebot durch eine betriebsübergreifende Infrastruktur und zielgruppenadäquate Dienstleistungen, die den ansässigen Unternehmen die Konzentration auf ihr Kerngeschäft erleichtern.

NETZWERKE BRINGEN DIE UNTERNEHMEN VORAN.

Aktuell werden mit dem Technologiepark Karlsruhe (TPK), dem Stuttgarter Engineering Park (STEP) und dem Technologiepark Tübingen-Reutlingen (TTR) für ganz unterschiedliche Branchen starke Akzente gesetzt. So steht der Technologiepark Tübingen-Reutlingen für über 50 Unternehmen aus den Bereichen Bio- und Nanotechnologie. Wie auch in Karlsruhe und Stuttgart bieten die vielen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Kliniken ein hervorragendes Umfeld und machen den Transfer zwischen Wissenschaft und Anwendung möglich. Der TTR in Tübingen bietet im Biotechnologiezentrum fertig ausgebaute Laborflächen zur Miete an. In Reutlingen stehen flexible Räume für Büros und Labors und auch Reinräume zur Verfügung. Der Bau des fünften Gebäudes ist abgeschlossen, die ersten Mieter werden Anfang 2017 einziehen. Auch im Technologiepark Karlsruhe und im Stuttgarter Engineering Park entstehen neue Mietflächen, die 2017 und 2018 bezogen werden können. In allen drei Parks sind die Möglichkeiten eines individuellen Ausbaus und die technische Betreuung für die jungen Unternehmen hochattraktiv. Zusätzlich werden Grundstücke für die weitere Expansion vorgehalten, dies stellt auch für schnell wachsende Unternehmen attraktive Entwicklungsperspektiven sicher. So wird die gesamte Entwicklung des Clusters konstruktiv begleitet.

DIE PARKS HABEN
EINE **100%**
AUSLASTUNG

MEDIZINTECHNIK ZÄHLT ZU DEN WELTWEIT GRÖSSTEN WACHSTUMSBRANCHEN. MANNHEIM IST MIT DABEI.

Mit dem im Jahr 2016 beschlossenen Engagement der neu gegründeten Technologiepark Mannheim GmbH auf dem MMT-Campus in Mannheim wird der weitere Ausbau branchenspezifischer Infrastruktur im Sektor Medizintechnologie in Baden-Württemberg vorangetrieben. Der MMT-Campus grenzt fußläufig an den Campus der Universitätsmedizin Mannheim. Im ersten Entwicklungsschritt sind vier Gebäude mit Büro-, Werkstatt- und Laborflächen vorgesehen. Damit werden Synergien geschaffen: Die konzentrierte räumliche Anordnung bietet Produktentwicklern, Klinikärzten und Forschern die Möglichkeit, Medizinprodukte gemeinsam schneller und effizienter zu entwickeln als andernorts.

REVOLVIERENDES
INVESTITIONS-
KAPITAL
IN HÖHE VON
130 MIO. €

Das Geschäftsfeld Standortentwicklung ist als eine sich selbst tragende Säule konzipiert. Künftig sollen nicht nur die bestehenden Parks ausgebaut, sondern auch neue Parks mitentwickelt werden. Hier geht es vor allem darum, gut etablierte Parks in Mittel- und Oberzentren mit Hochschulverbindung in das neue Campus Concept einzubinden und sie so bei der nächsten Ausbaustufe zu unterstützen. Hierbei setzen wir insbesondere auf unsere Stärke im bautechnischen Kombinieren von Labor- und Büroflächen – eine wichtige Anforderung für viele Hightech-Wachstumsunternehmen, der die meisten Investoren nicht gerecht werden.

FÖRDERUNG DURCH EIGENKAPITAL- VERGABE: DISRUPTIVE INNOVATIONEN ZERSTÖREN BESTEHENDE MARKT- STRUKTUREN.

Praktisch alle bahnbrechenden Technologiesprünge wurden von den traditionellen Branchenführern verpasst. Kleine und junge Unternehmen setzen zuerst auf neue Technologie und wälzen Branchen um. Solche neuen Denkmuster brauchen unternehmerisches Kapital. Anders sieht es bei der Finanzierung von evolutionären Firmenentwicklungen oder Start-ups in traditionellen Branchen aus. Hier ist eine Fremdfinanzierung oder sind Mischformen die bessere Alternative. Venture-Capital ist kein Massenprodukt zur Finanzierung von jungen Unternehmen.

Die von der L-Bank beim Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Auftrag gegebene Analyse des Wagniskapitalangebots stellt der aktuellen Entwicklung in Baden-Württemberg ein gutes Zeugnis aus. Baden-Württemberg ist neben Berlin das einzige Bundesland, in dem im Zeitraum 2011 bis 2014 die VC-Investitionen das Vorkrisenniveau übertreffen. Besonders auffällig ist die posi-

tive Entwicklung des Segments der mittelgroßen VC-Beteiligungen, eines Marktsegments, in dem sich die L-Bank stark engagiert. Schaut man nach Optimierungspotenzialen, muss das gesamte Finanzierungsökosystem in die Betrachtung einbezogen werden. Dem Förderdarlehenssystem in Baden-Württemberg werden vom ZEW eine extrem gute Ausstattung und eine hohe Akzeptanz bescheinigt. Der hohe Bürgschaftsanteil, der zum Beispiel bei der Startfinanzierung 80 an unsere Förderdarlehen gekoppelt ist, wirkt im kleinvolumigen Bereich wie eine Art „Venture-Credit“ und ersetzt zum Teil Venture-Capital, sodass an dieser Stelle kein Handlungsbedarf gegeben ist. Mit der im Jahr 2015 eingeleiteten Modernisierung der Beteiligungsstrategie versucht die L-Bank, noch vorhandenes Optimierungspotenzial auszuschöpfen, indem wir zum einen das Wachstums-Venture-Capital weiter in den Mittelpunkt gerückt und zum anderen unser Angebot für die Eigenkapitalfinanzierung des baden-württembergischen Mittelstands auf neue Füße gestellt haben. Die Entwicklung im Jahr 2016 hat den positiven Effekt dieser Maßnahmen bestätigt. Die Investitionen der L-Bank im Bereich der Eigenkapitalfinanzierungen konnten mit

VC-PORTFOLIO

Investiert: **77,9** MIO.
EURO

37,6 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr (19,1 Mio. Euro) deutlich gesteigert werden. Dabei entwickelte sich sowohl das Neugeschäft im Venture-Capital-Portfolio mit Investitionen von 23,7 Mio. Euro (Vorjahr: 14,1 Mio. Euro) als auch die Beteiligung am neuen Mittelstandsfonds (LEA Mittelstandspartner Fonds) mit einem Neugeschäft von 10,4 Mio. Euro gut.

Die L-Bank spielt dabei direkt oder indirekt als Gesellschafter von Finanzierungspartnern eine wichtige Rolle. Mit der Fokussierung des L-Bank VC-Engagements auf technologiestarke Unternehmen, vor allem aus der Informations- und Kommunikationstechnologie, stärken wir bereits aktuell gezielt den Technologiestandort Karlsruhe. Um dem IT- und Technologiestandort Baden-Württemberg noch mehr Schlagkraft zu geben, ist für 2017 die Gründung eines externen Venture-Capital-Fonds mit Fokus auf technologieorientierte Wachstumsunternehmen geplant.

Adressaten des zusammen mit führenden Institutionen aus dem baden-württembergischen Banken- und Versicherungssektor gegründeten neuen Mittelstandsfonds sind Unternehmen aus dem Industrie- und IT-Sektor, deren Wachstum mit einem aktiven und partnerschaftlichen Beteiligungsansatz beschleunigt werden soll. Im Mittelstandsfonds (LEA Mittelstandspartner GmbH & Co. KG) wurden im Dezember 2016 die beiden ersten Investments getätigt. Im Laufe des Jahres 2017 ist ein Aufstocken des Fonds mit Hilfe weiterer Investoren auf über 100 Mio. Euro geplant.

Die ZEW-Studie hat aber auch aufgezeigt, dass die Komplexität des VC-Marktes stark gewachsen ist. Besonders die zunehmend größeren Engagements führen dazu, dass Co-Investitionen an Bedeutung gewinnen. Damit sich die fast 600 am Markt aktiven Wagniskapitalanbieter vernetzen können, schaffen regionale Plattformen wie VC-BW und Veranstaltungen wie der von der L-Bank mitveranstaltete VC-Pitch BW die notwendige Transparenz und dienen außerdem als Kontaktforen zur Anbahnung von partnerschaftlichen Engagements.

VC-PITCH BW

15
START-UPS

KNAPP
ACHTZIG
INVESTOREN
AUS DEM GESAMTEN BUNDES-
LAND SOWIE DER SCHWEIZ UND
ÖSTERREICH

200
TEILNEHMER

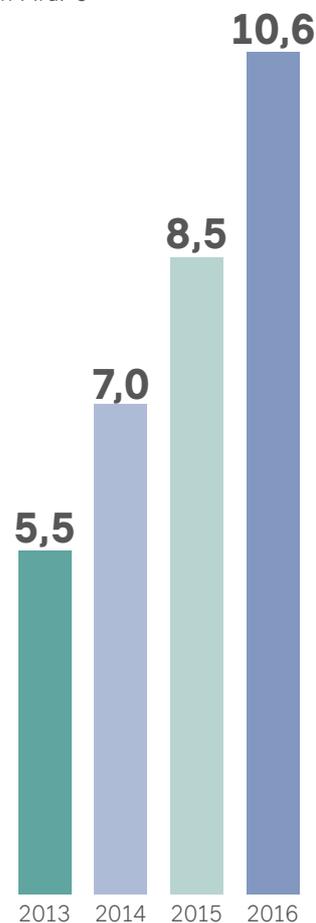
FÖRDERUNG DURCH KREDITE: DARLEHEN SIND EIN UNIVERSELL EINSETZBARES FÖRDERINSTRUMENT.

Mit attraktiven Darlehen lassen sich diverse Zielgruppen ansprechen und die unterschiedlichsten Förderzwecke verfolgen. Die Förderkredite der L-Bank werden im Bereich der Wohnraumförderung und in der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung vergeben. Bei der Ausgestaltung der Förderung berücksichtigt die L-Bank die bestehenden Angebote des Bundes. Für die Refinanzierung ihrer Förderaktivitäten nutzt die L-Bank auch Mittel der KfW Bankengruppe, der Landwirtschaftlichen Rentenbank sowie der Europäischen Investitionsbank und ist damit breit aufgestellt.

Aber nicht nur die Produkte als solche müssen attraktiv sein, auch der Zugang zu den Förderkrediten sollte möglichst einfach sein. Deshalb haben wir die Antragsunterlagen so gestaltet, dass sie verständlich und leicht ausfüllbar sind. Für die effiziente Abwicklung des Fördergeschäfts legt die L-Bank in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Digitalisierung ihrer Geschäftstätigkeit. Zunächst soll die Arbeit in den Förderbereichen schrittweise digitalisiert und weitgehend automatisiert werden. Allerdings ist die L-Bank hinsichtlich ihrer Digitalisierungspläne stark von der Entwicklung bei ihren Geschäftspartnern, den Zentralinstituten und den Hausbanken, abhängig.

Die Anfang 2016 erfolgte Einführung der entsprechenden gesetzlichen Grundlage für den Erlass von Bewilligungsbescheiden in einem vollautomatisierten Verfahren in § 3 Abs. 5 Satz 4 L-Bank Gesetz war ein wichtiger erster Schritt für die Digitalisierung. Mit der Anbindung an die KfW-Fördermittelplattform „Bankdurchleitung Online 2.0 (BDO)“ wurde Mitte 2016 in der Wohnraumförderung außerdem eine erste Maßnahme für die Vereinfachung und Beschleunigung der Förderzusage getroffen. Die Bankberater unserer Kooperationspartner können in einem durchgängig internetgestützten Verfahren noch während des Kundengesprächs einen Kredit bei der L-Bank beantragen und unmittelbar eine Förderentscheidung erhalten. Der neue Service verkürzt den Weg für Privatpersonen zu ausgewählten wohnwirtschaftlichen Produkten der L-Bank.

FÖRDERKREDITE
in Mrd. €



WOHNRAUMFÖRDERUNG: DIE WURZELN DER L-BANK LIEGEN IN DER WOHNRAUMFÖRDERUNG.

Gegründet wurden die Vorgängerinstitute der L-Bank in den 1920er und 1930er Jahren mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum in Baden und Württemberg zu schaffen. Unter anderen Vorzeichen ist diese Notwendigkeit auch heute noch aktuell: Seit Jahren übersteigt besonders in den Ballungsräumen die Nachfrage nach mietpreisgünstigem Wohnraum das Angebot. Diesen Anforderungen stellt sich die L-Bank und ist damit heute der größte Wohnraumfinanzierer unter den Landesförderinstituten.

Das starke Vorjahresniveau der Wohnraumförderung konnte gehalten werden. Trotz des Auslaufens von volumenstarken Programmen lag das Zusagevolumen in der Wohnraumförderung lediglich 7 Prozent unter dem Vorjahr.

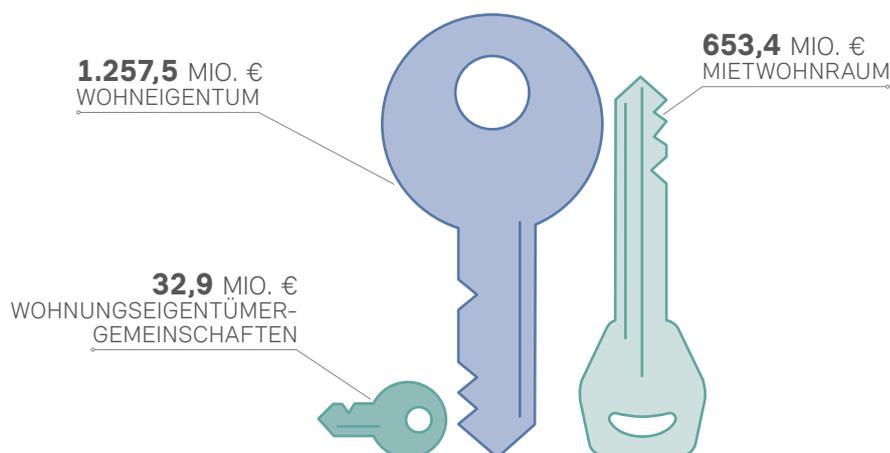
DAS WOHNEN IN DEN EIGENEN VIER WÄNDEN IST FÜR VIELE MENSCHEN EIN WICHTIGER BAUSTEIN IHRES LEBENSENTWURFES.

Wohneigentum ist aber nicht nur eine Frage der Lebensqualität, sondern hat zudem eine große Bedeutung für die individuelle Altersvorsorge und die Vermögensbildung. Es stärkt die regionale Verbundenheit und trägt zu einer höheren Achtsamkeit im Hinblick auf das regionale Umfeld bei. Nicht zuletzt ist das Wohneigentum wichtiger Impulsgeber für die Baukonjunktur und hat so auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht Relevanz.

Durch das unterjährige Auslaufen des Programms Energieeffizienzfinanzierung Bauen und Sanieren Ende August 2016 sind die beiden Förderjahre 2015 und 2016 in der Wohnraumförderung lediglich bedingt vergleichbar. Das Volumen in der Wohneigentumsförde-

WOHNRAUMFÖRDERUNG

Gesamt: 1.943,9 Mio. €



rung bewegt sich mit 1.257 Mio. Euro insgesamt weiter auf einem sehr hohen Niveau. Seit April 2012 haben das Umweltministerium und die L-Bank die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen in den Bereichen „Bauen“ und „Sanieren“ gefördert. In Summe wurden in diesem Zeitraum über 65.000 Kredite mit einem Gesamtvolumen von gut 3,6 Mrd. Euro ausgereicht. Die hiermit finanzierten Energieeffizienzmaßnahmen sparen jährlich etwa 250.000 t CO₂ ein. Die Energieeffizienzoffensive des Landes hat damit den erhofften Anschlag zur Verbesserung des energetischen Zustands der etwa 2,4 Millionen älteren und alten Gebäude im Land gegeben.

ERFREULICH IST DER ZUWACHS IN DER FÖRDERUNG VON MIETWOHNRAUM.

Hier wirkt sich vor allem die starke Zunahme der Landeswohnraumförderung aus: Allein 204,6 Mio. Euro wurden für über 2.400 Wohneinheiten (WE) im sozialen Mietwohnraum (Vorjahr: 112,7 Mio. Euro) ausgereicht. Mit dem Landeswohnraumförderungsprogramm unterstützt das Land Baden-Württemberg den Bau, auch Ersatzneubau, und den Erwerb neuen Mietwohnraums sowie Änderungs- und Erweiterungsmaßnahmen zur Schaffung neuen Wohnraums für Haushalte mit beschränktem Einkommen (Voraussetzung ist die Einhaltung der Einkommensgrenzen gemäß § 15 LWoFG). Insgesamt konnten in der Mietwohnraumförderung der Neubau, die Modernisierung oder die Belegungsbindung von mehr als 7.800 Mietwohnungen unterstützt werden.

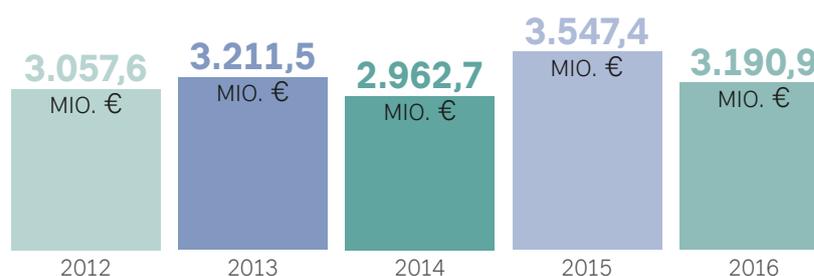
Für Wohnungseigentümergeinschaften waren umfassende Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an einer großen Wohnanlage oft schwer umsetzbar. Seit 2012 vereinfacht ein Programm der L-Bank Wohnungseigentümergeinschaften die Finanzierung: Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das Wohnungseigentümergeinschaften Förderkredite anbietet, die durch eine Bürgschaft des Landes besichert werden. Auch im letzten Jahr zeigte sich, wie wichtig dieses Programm zwischenzeitlich für den Wohnungsmarkt geworden ist: Es wurden Darlehen in Höhe von 32,9 Mio. Euro für 3.783 geförderte Wohneinheiten gewährt, womit das hohe Niveau des Vorjahrs (23,9 Mio. Euro, 3.333 WE) nochmals deutlich übertroffen wurde.

Die Wohnraumförderung in Baden-Württemberg wird 2017 von zahlreichen Programmoptimierungen im Landeswohnraumförderungsprogramm 2017 geprägt sein. So wird durch die Aufhebung der bisher geltenden Gebietskulissen die Wohnraumförderung einheitlich in Baden-Württemberg angeboten. Zudem wird mit Einführung des neuen Programms der Kreis der potenziellen Förderkunden verbreitert.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG:
DIE FÖRDERUNG DES MITTELSTANDS IST FÜR DIE L-BANK WEITERHIN VON
ZENTRALER BEDEUTUNG.

Neue Impulse und frische Ideen setzen sich im Mittelstand und bei jungen Unternehmen vielfach schneller durch als bei Großunternehmen. In Summe wurden zinsgünstige Darlehen in Höhe von 2,9 Mrd. Euro für 4.250 Mittelständler, 2.700 Gründer und 520 landwirtschaftliche Betriebe ausgereicht. Die Zahlen des Rekordjahres 2015 wurden nicht ganz erreicht, es ist ein Rückgang von 9 Prozent zu verzeichnen. Dennoch bewegen wir uns immer noch auf hohem Niveau.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
 durch Kredite und Zuschüsse



Über alle Programme der Mittelstandsförderung hinweg wurden zinsgünstige Kredite mit einem Gesamtvolumen von 2,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,5 Mrd. Euro) an mehr als 4.250 Betriebe ausgereicht. Damit konnten ca. 7.700 neue Arbeitsplätze geschaffen und fast 260.000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Das Förderprogramm Ressourceneffizienzfinanzierung wurde vom Mittelstand besonders häufig in Anspruch genommen. Mit diesem Förderprogramm werden den Unternehmen des Mittelstands günstige Darlehen für die Durchführung von Maßnahmen zum effizienteren Einsatz von Energie und Ressourcen zur Verfügung gestellt. So wird verantwortliches Handeln gegenüber zukünftigen Generationen gefördert. Die Entwicklung der Ressourceneffizienzfinanzierung zeigt, dass die baden-württembergischen Unternehmen bereit sind, in eine effiziente Energie- und Ressourcennutzung zu investieren.

DIE NUTZUNG DER RESSOURCENEFFIZIENZ-FINANZIERUNG HAT SICH VERÄNDERT.

Bei der Nutzung der Ressourceneffizienzfinanzierung standen zum Programmstart 2015 Finanzierungen von neuen Maschinen und Optimierungen der Produktionsprozesse im Vordergrund. Mittlerweile rücken mehr und mehr die Betriebsgebäude in den Fokus des Mittelstands, da sich gerade hier Ökonomie und Ökologie hervorragend verbinden lassen. Bei einem Gewerbegebäude, das dem ökologisch vorteilhaften Niedrigenergiehaus-Standard entspricht, sinken die Betriebskosten gegenüber der herkömmlichen Bauweise um bis zu 50 Prozent, sodass auch die Amortisation der energetischen Mehrkosten innerhalb überschaubarer Laufzeiten gegeben ist.

In Summe werden gerade in der Industrie mit diesen zukunftsorientierten Investitionen erhebliche Kosteneinsparpotenziale erschlossen. Für Baden-Württemberg als das Bundesland mit der höchsten Industriedichte ist die Optimierung der Ressourceneffizienz auf allen Ebenen deshalb ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition.

MIT DER INNOVATIONSFINANZIERUNG WIRD DIE INNOVATIONSKRAFT DES MITTELSTANDS GESTÄRKT.

Finanziert wird marktnahe Forschung und Entwicklung (FuE), die das antragstellende Unternehmen selbst durchführt. Gefördert werden Aufwendungen in Zusammenhang mit der Aufnahme neuer Produkte in das Produktionsprogramm, der Einführung neuer Produktionsverfahren, der Einführung neuer Dienstleistungen oder der wesentlichen Weiterentwicklung von vorhandenen, selbst entwickelten Produkten, Produktionsverfahren oder Dienstleistungen.

MIT DER WEITERBILDUNGSFINANZIERUNG 4.0 HABEN WIR ANFANG 2016 NEULAND BETRETEN.

Gerade wenn es um die Erschließung von Innovationspotenzialen geht, sind die Mitarbeiter gefordert, da nur entsprechend qualifizierte Mitarbeiter die Nutzenpotenziale neuer Technologien in reale Produktivitätsvorteile umsetzen können. Der Erfolg von Industrie 4.0

RESSOURCENEFFIZIENZ-FINANZIERUNG



INNOVATIONS-FINANZIERUNG FÜR
97 FIRMEN
MIT
82,3 MIO. €
GESAMTVOLUMEN

WEITERBILDUNGS-
FINANZIERUNG FÜR
35 FIRMEN
MIT
4 MIO. €
GESAMTVOLUMEN

hängt damit von den Mitarbeitern ab und kostet Geld. An diesen Sachverhalt knüpft das neue L-Bank Programm Weiterbildungsfinanzierung 4.0 an. Es erlaubt die Finanzierung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die der Erweiterung der beruflichen Qualifikation der Beschäftigten dienen. Mit einem Förderkredit können sowohl die direkten als auch die indirekt anfallenden Kosten finanziert werden. Alternativ zu einem Nachweis der förderfähigen Kosten kann der Finanzierung ein Pauschalbetrag ohne Kostennachweis in Höhe von 20.000 Euro pro Beschäftigten zugrunde gelegt werden.

837 UNTERNEHMEN
WURDEN MIT EINEM
DURCHSCHNITTLICHEN
KREDITBETRAG
VON
708.000 €
IN DER
INVESTITIONS-
FINANZIERUNG
UNTERSTÜTZT

EINE DER STÄRKEN DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG SIND DIE GLEICHWERTIGEN LEBENSBEDINGUNGEN IN LÄNDLICHEN UND IN STÄDTISCHEN REGIONEN.

Grundlage dafür ist eine ausgewogene ökonomische Entwicklung. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Hidden Champions und diese sind nicht nur in den Ballungsräumen angesiedelt, sondern vielfach gerade im ländlichen Raum. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss der ländliche Raum gezielt gefördert werden, und deshalb unterstützen wir mit unserer Investitionsfinanzierung Unternehmen, die im ländlichen Raum investieren.

DIE FINANZIERUNG VON EXISTENZGRÜNDUNGEN IST EINE MASSNAHME DER ZUKUNFTSSICHERUNG.

Bei der Entwicklung der Förderprogramme geht es darum, den Bedarf der Zielgruppe im Blick zu behalten. Die positive Entwicklung der Existenzgründungsförderung zeigt, dass uns dies bei den Gründern und jungen Unternehmen gut gelungen ist. Sowohl bei der Gründungsfinanzierung als auch der gemeinsam mit der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg angebotenen Startfinanzierung 80 wurde mit einem Volumen von 598,5 Mio. Euro das Niveau des Förderrekordjahres 2015 (609,1 Mio. Euro) fast erreicht. Von der Förderung profitierten mehr als 2.700 Neugründungen und Unternehmensnachfolgen. Eine gute Konjunktur, eine geringe Arbeitslosigkeit und ein hohes Lohnniveau bremsen gemeinhin die Neigung, mit Neugründungen oder Unternehmensnachfolgen den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Angesichts dieser Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg besteht hier also eine überraschend starke Nachfrage.

Mit der Startfinanzierung 80 decken wir gemeinsam mit der Bürgschaftsbank den eher kleinvolumigen Finanzierungsbedarf ab. Auch im Jahr 2016 hat sich gezeigt, dass sich die Nachfrage hiernach mit 50 Mio. Euro für fast 900 Start-ups auf einem sehr guten Niveau bewegt. Besonders aktiv waren dabei die jungen Handwerker: 245 junge Unternehmen aus dem Handwerk wurden mit knapp 13,5 Mio. Euro unterstützt – damit wird ein wichtiges Zeichen für die Zukunft des Handwerks in Baden-Württemberg gesetzt.

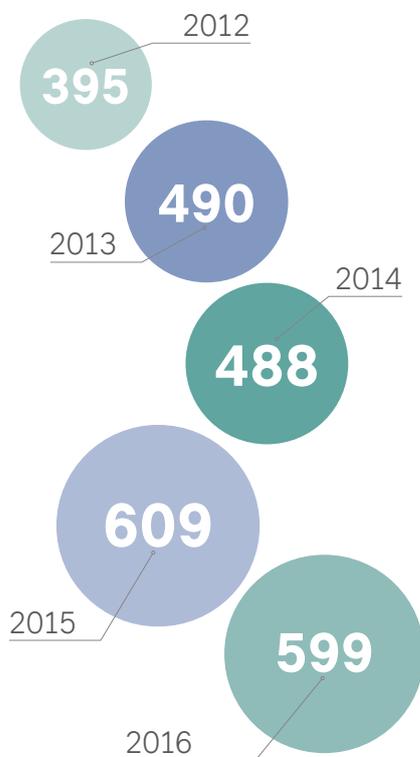
Bei der Gründungsfinanzierung wurde ein ähnlich hohes Finanzierungsvolumen wie 2015 erreicht. Interessant ist der Trend zu größeren Projekten. Das durchschnittliche Finanzierungsvolumen ist auf 293.000 Euro angestiegen und liegt damit um gut 2 Prozent über dem Vorjahr.

GRÜNDUNGS-
FINANZIERUNG
548 Mio. €

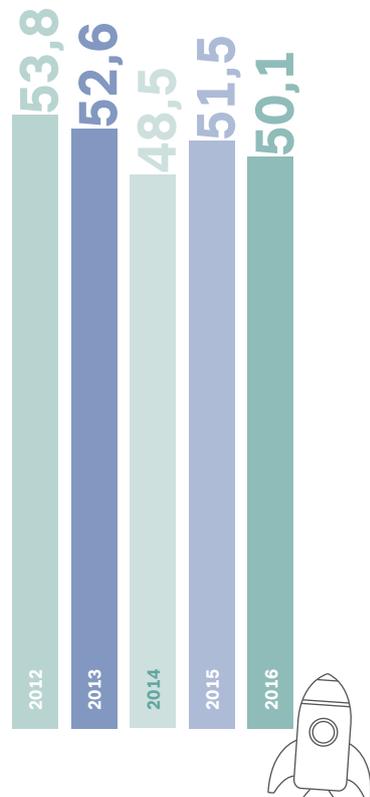
Die Existenzgründungsförderung entwickelt sich weiter sehr gut. Trotzdem sehen wir noch unausgeschöpfte Potenziale im Bereich der Kleinstgründungen. Mit einem ganz neu konzipierten Instrument wollen wir im Laufe des nächsten Jahres auch die Gründer ansprechen, für die eine Crowd-Finanzierung eine Option darstellt. Bei der Mikrofinanzierung Baden-Württemberg wird ein Direktdarlehen mit einer Crowd-Finanzierung verzahnt und so werden die Vorteile einer Crowd-Finanzierung mit einem attraktiven Direktdarlehen der L-Bank verbunden.

1.872 UNTERNEHMEN
FINANZIERT

EXISTENZGRÜNDUNGS- FÖRDERUNG in Mio. €



STARTFINANZIERUNG 80 in Mio. €



FÖRDERUNG DURCH KREDITFINANZIERUNG: 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2016

FÖRDERKREDITE ZUR WOHNRAUM-, INFRASTRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	ZUSAGEVOLUMEN	ZUSAGEN	
	10.675.606.033,40	27.609	
	ZUSAGEVOLUMEN	ZUSAGEN	WOHNEINHEITEN
WOHNRAUMFÖRDERUNG	2.023.867.236,13	18.892	33.006*
Wohneigentumsförderung	1.257.490.460,92	17.668	18.555
Eigentumsfinanzierung – BW Inkl. Finanzierung Familienzuwachs – Optionsdarlehen (Landeswohnraumförderung)	208.252.912,40	1.729	950
Ergänzungsdarlehen	83.135.042,51	1.142	
Energieeffizienzfinanzierung – Bauen	403.205.500,00	4.093	4.702
Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren	217.892.271,32	3.411	5.099
Wohnen mit Kind	312.929.000,00	6.286	6.450
Wohnen mit Zukunft	31.349.184,69	1.000	1.345
Weitere Programme	726.550,00	7	9
Mietwohnraumförderung	653.449.805,75	695	7.832
Mietwohnungsfinanzierung – BW – Neubau – MW15/MW25 (Landeswohnraumförderung)	157.450.800,00	86	1.011
Mietwohnungsfinanzierung – BW – Einräumung von Belegungsbindungen (Landeswohnraumförderung)	11.325.000,00	178	390
Mietwohnungsfinanzierung – BW – Modernisierung (Landeswohnraumförderung)	35.775.309,00	77	1.002
Mietwohnungsfinanzierung L-Bank – Neubau	149.113.300,00	127	2.863
Mietwohnungsfinanzierung L-Bank – Modernisierung	56.214.006,75	115	2.566
Ergänzungsdarlehen (Neubau/ Modernisierung)	243.571.390,00	112	
Förderung für Wohnungseigentümergein- schaften (Landeswohnraumförderung)	32.945.419,77	265	3.783
Wohnraum für Flüchtlinge (Zuschüsse)	79.981.549,69	264	2.836

* Die Gesamtsumme enthält Mehrfachzählungen, da die Programme zur Eigentumsfinanzierung teilweise kombiniert werden können.

	ZUSAGEVOLUMEN	ZUSAGEN
INFRASTRUKTURFÖRDERUNG	5.714.081.949,00	101
Investitionskredit Kommune direkt	58.701.100,00	71
Kommunaldarlehen	66.000.000,00	3
Direktfinanzierungen für das Land	5.460.280.000,00	21
Neue Energien – Bürgerwindparks	15.000.000,00	4
Weitere Finanzierungen	114.100.849,00	2

	ZUSAGEVOLUMEN	ZUSAGEN	UNTERNEHMEN
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	2.937.656.848,27	8.616	7.541
Existenzgründungsförderung	598.501.008,14	3.176	2.768
Startfinanzierung 80	50.074.153,41	904	896
Gründungsfinanzierung	548.426.854,73	2.272	1.872
Mittelstandsförderung	2.193.774.440,13	4.861	4.253
Wachstumsfinanzierung	405.493.418,59	1.653	1.508
Nahverkehrsfinanzierung	10.494.000,00	233	97
Tourismusfinanzierung	4.112.500,00	8	8
Liquiditätskredit	83.451.188,00	378	370
Investitionsfinanzierung	592.425.931,15	1.031	837
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum	94.873.783,17	424	412
Ressourceneffizienzfinanzierung	671.341.837,68	931	840
Direktdarlehen und Konsortialfinanzierungen	195.811.006,51	18	16
Bürgerschaftsprogramm/Bürgerschaften für Refinanzierungsdarlehen	27.040.324,07	21	16
Darlehen an Beteiligungen	15.173.350,96	12	6
Refinanzierung Beteiligungsgesellschaften	7.250.000,00	13	11
Innovationsfinanzierung	82.335.600,00	102	97
Weiterbildungsfinanzierung	3.971.500,00	37	35
Landwirtschaftsförderung	145.381.400,00	579	520
Landwirtschaft Wachstum	60.381.800,00	340	314
Darlehen für Umwelt- und Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit, Neue Energien	71.275.100,00	200	169
Darlehen für Betriebsmittel – Wachstum in Agrar- und Ernährungswirtschaft	13.724.500,00	39	37

NACHHALTIGKEITSMANAGEMENT

DER STAATLICHE AUFTRAG IST DIE GRUNDLAGE.

Die L-Bank ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in alleiniger Trägerschaft des Landes Baden-Württemberg mit Sitz in Karlsruhe und Stuttgart. Sie verfügt über eine Vollbanklizenz. Im Wettbewerb agiert sie als neutrale Förderbank, als Kreditinstitut unterliegt die L-Bank den bankaufsichtsrechtlichen Regelungen.

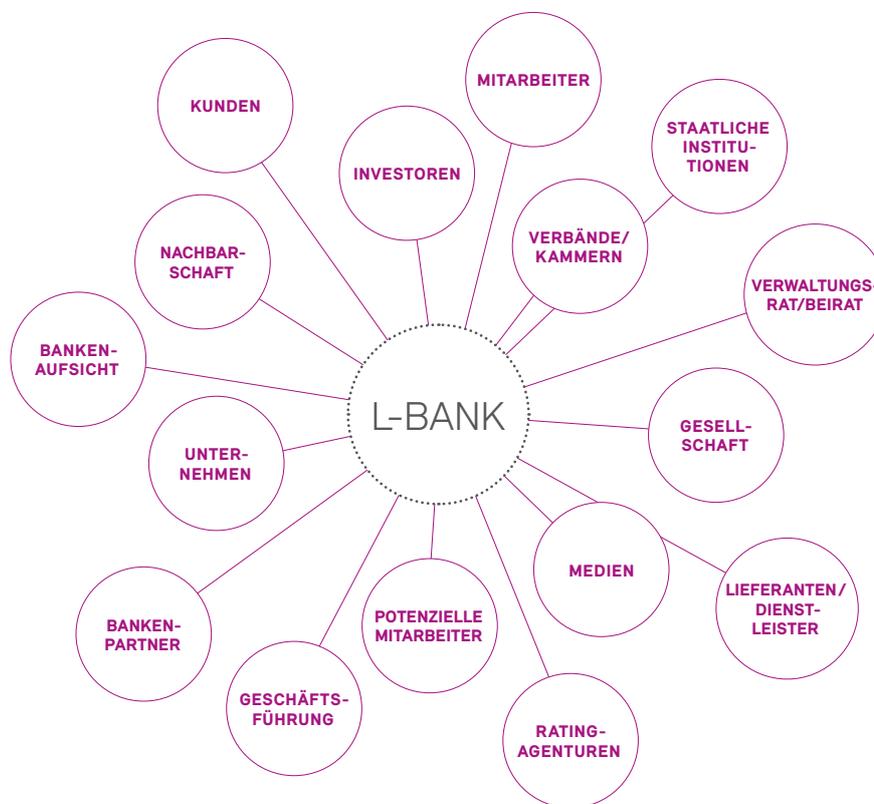
Im L-Bank Gesetz wird der L-Bank der Auftrag zugewiesen, „das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Gemeinschaft zu verwalten und durchzuführen“. Die Verbindung zum Land Baden-Württemberg ist eng und vielschichtig: Als Staatsbank für Baden-Württemberg ist ihre Geschäftstätigkeit auf das Land Baden-Württemberg ausgerichtet. Das Land trägt die Anstaltslast und übernimmt neben der Gewährträgerhaftung auch die unmittelbare gesetzliche Garantie für die Verbindlichkeiten der L-Bank.

Das Nachhaltigkeitsmanagement ist durch die GRI-G4-Leitlinien bestimmt, die das Prinzip der Wesentlichkeit in den Mittelpunkt stellen. Unternehmen müssen im Rahmen einer systematischen Wesentlichkeitsanalyse ihre zentralen Handlungsfelder identifizieren und deren Bedeutung für das Unternehmen und seine Stakeholder bestimmen. Im Laufe des Jahres 2016 hat die L-Bank eine entsprechende Analyse durchgeführt und einen Bericht auf Basis der GRI-Leitlinien zur Identifikation und Einbeziehung von Stakeholdern und zur Analyse der Wesentlichkeit abgefasst, der der Anforderung der Vollständigkeit und der Darstellung im gesamten Nachhaltigkeitskontext entspricht.

Stakeholder der L-Bank sind grundsätzlich alle Personen und Organisationen, die unmittelbar oder mittelbar von der Unternehmenstätigkeit der L-Bank beeinflusst werden oder Einfluss auf den Unternehmenserfolg der L-Bank ausüben können. Stakeholder haben vielfältige, ganz unterschiedliche Interessen an der Bank. Dazu gehört die Beachtung von Verhaltensregeln wie die Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Vorgaben oder der Umgang mit Risiken ebenso wie die Orientierung an Ergebnisgrößen, sei es im Hinblick auf die Geschäftsentwicklung oder auf ökologische und soziale Zielsetzungen.

Für die L-Bank sind die Anforderungen ihrer Interessengruppen von zentraler Bedeutung: Werden sie frühzeitig erkannt und systematisch eingeordnet, lassen sich daraus Handlungsnotwendigkeiten ableiten. Auf diese Weise können Unternehmenserfolg und eine gute Reputation der L-Bank sichergestellt werden.

STAKEHOLDER DER L-BANK

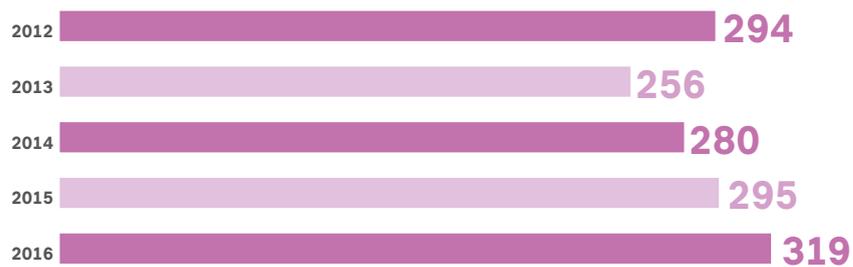


Dabei eignen sich die etablierten Gesprächsformate sehr gut zur Informationsgewinnung. Deshalb ist die L-Bank auf allen Ebenen im Austausch mit ihren Stakeholdern, insbesondere mit dem Verwaltungsrat und dem Beirat der L-Bank. In diesen Gremien sind auf Vorstandsebene neben den Eigentümern die wichtigsten Stakeholder der L-Bank vertreten. In drei Verwaltungsratssitzungen und vorgeschalteten sieben Ausschusssitzungen zur Vorbesprechung sowie einer Beiratssitzung wurden die zentralen Entwicklungslinien der L-Bank und ihre Auswirkungen auf die Stakeholder diskutiert. Weitere wichtige öffentliche und geschlossene Treffen im Jahr

2016 waren beispielsweise folgende: das Wirtschaftsforum in Ulm, das Mittelstandsforum in Stuttgart, der Ressourceneffizienzkongress in Karlsruhe, die Treffen der Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit, die Teilnahmen an VfU-Treffen und Videokonferenzen, die Beteiligungen an UNEP FI-Video- und -Telefonkonferenzen, die Treffen des Bereichs Wirtschaftsförderung mit den Wirtschaftskammern, die Treffen der Wohnungsbauallianz, die Austauschmeetings mit unseren Hausbankenpartnern, die Bankenfrühstücke mit unseren Geschäftspartnern und wichtigen Multiplikatoren in den Regionen, außerdem Gespräche im Rahmen des Lieferantenmanagements und der Presse- und Kundenveranstaltungen.

TEILNEHMER DER BANKENFRÜHSTÜCKE

Austausch von L-Bank, Bürgschaftsbank und RKW mit den Finanzinstituten der unterschiedlichen Regionen.



Die L-Bank profitiert aber nicht nur von den konkreten Anregungen, die aus diesen Gesprächen resultieren, sondern auch von strukturellen Impulsen. Mitgliedschaften im VfU oder in der Finanzinitiative der Vereinten Nationen (UNEP FI) sind Ergebnis derartiger Stakeholder-Gespräche und bilden die Grundlage für einen zukünftig noch besseren Informationsfluss.

Für die Ermittlung der Wesentlichkeit wurden die gesammelten Informationen ausgewertet. Ausgangspunkt der Zuordnung der Nachhaltigkeitsaspekte war die Wertschöpfungskette der L-Bank: Entlang dieser Wertschöpfungskette wurden die relevanten Tätigkeiten, die Informationen und Bewertungen der Stakeholder eingeordnet und so konnte die damit verbundene Wesentlichkeit der Nachhaltigkeitsaspekte in einem mehrstufigen Prozess herausgearbeitet werden.

WESENTLICHKEITSMATRIX



VERANTWORTUNG

In der dargestellten Wesentlichkeitsmatrix sind rechtliche Aspekte wie die Datensicherheit ebenso wenig abgebildet wie die ökonomische Stabilität. Diese Aspekte werden als grundsätzlich betrachtet. In der Wesentlichkeitsmatrix erfolgt eine Einstufung der Nachhaltigkeitsaspekte entsprechend den beiden Kriterien Nachhaltigkeitsrelevanz für die Stakeholder und Nachhaltigkeitsrelevanz für die L-Bank. Die Kombination der beiden Kriterien zeigt deren Gesamtrelevanz aus Sicht der Nachhaltigkeit auf. Aus den so priorisierten Handlungsfeldern werden im nächsten Schritt die Nachhaltigkeitsziele und – unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten – das Nachhaltigkeitsprogramm abgeleitet.

Die Wesentlichkeitsmatrix erfordert eine regelmäßige Überprüfung und wird so zur

Grundlage eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Neue oder neu bewertete Nachhaltigkeitsaspekte werden in neuen oder neujustierten Maßnahmen berücksichtigt, die in das Nachhaltigkeitsprogramm aufgenommen werden. Das Nachhaltigkeitsprogramm wird so systematisch aktualisiert und die Zielerreichung mindestens jährlich überprüft.

Transparenz schafft Vertrauen – nach innen und außen. Zur Transparenz tragen die jährlichen Geschäftsberichte und Offenlegungsberichte bei, die auch auf der Homepage veröffentlicht werden. Sie enthalten umfangreiche Angaben zur Geschäftstätigkeit sowie die relevanten Unternehmensdaten. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung ergänzt die ökonomische Sicht um nichtfinanzielle und indirekt finanzielle Unternehmensaspekte in einem dreijährigen Turnus.

UNSER GRÖSSTER ERFOLGSGARANT: UNSERE MITARBEITER.

So unterschiedlich wie unsere Kunden sind auch unsere Mitarbeiter. Und das ist gut: Denn so sitzt in jedem Bereich ein Kollege oder eine Kollegin mit den passenden Fähigkeiten. Damit das in Zukunft noch besser gelingt, gehen wir als attraktiver Arbeitgeber so flexibel wie möglich auf die Bedürfnisse unserer aktuellen und zukünftigen Mitarbeiter ein. Indem wir ihre Stärken fördern und nutzen und zugleich bestehende Defizite durch Weiterqualifikation oder gezielte Neubesetzungen schließen, erreichen wir ein Maximum an Kundennähe.



MITARBEITER

DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG IST EINE AUFGABE ZUM HANDELN.

In den nächsten Jahren ist nach Ansicht der Experten mit einem abnehmenden Arbeitskräftepotenzial, einer sinkenden Anzahl junger Arbeitskräfte und einem altersbedingten Ausscheiden vieler qualifizierter Arbeitskräfte zu rechnen. Gleichzeitig dürfte sich angesichts des begrenzten heimischen Personalkräfteangebots und der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte verschärfen.

ES GIBT VIELE UNTERNEHMERISCHE ERFOLGSFAKTOREN – DIE QUALITÄT DER MITARBEITER IST DER ENTSCHEIDENDE.

Gerade auch für die L-Bank. Denn ständig zunehmende Herausforderungen des Marktes, ein regulatorisches Umfeld mit immer aufwändigeren aufsichtsrechtlichen und beihilferechtlichen Anforderungen sowie eine steigende Komplexität der Förderregularien stellen immer größere Ansprüche an unsere Mitarbeiter. Dies betrifft ihr Engagement und ihre Motivation ebenso wie ihre Qualifikation. Zudem sind Flexibilität, was die Einsatzmöglichkeiten anbetrifft, und Teamfähigkeit gefordert. Die Ansprüche an unsere Mitarbeiter steigen und nur, wenn sie ihnen gerecht werden, können wir den zukünftigen Erfolg der L-Bank sicherstellen.

WISSEN UND WERTE – DARAUS RESULTIEREN DIE LEITPLANKEN FÜR DAS VERHALTEN DER L-BANK MITARBEITER.

Zu den wichtigsten Aufgaben von Organisationen zählt es, Wissen in der Organisation zu verankern und das Verhalten der Mitarbeiter im Sinne der Organisation zu steuern. Dazu dienen Regelsysteme, Datenbanken und Expertensysteme. Sie bilden eine organisationsspezifische Wissens- und Managementbasis, auf die dauerhaft zurückgegriffen werden kann. Mentales,

an Personen gebundenes Wissen ist dagegen flüchtig, mit dem Ausscheiden des Know-how-Trägers aus dem Unternehmen ist es verloren. Das Thema Wissensmanagement ist eng mit der Digitalisierungsstrategie der L-Bank verbunden.

Die Verpflichtung der L-Bank zu einer guten Unternehmensführung ist Teil ihres Selbstverständnisses. Als Förderinstitut des Landes sieht sich die L-Bank in besonderem Maße einem rechtlich einwandfreien Handeln und dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie bekennt sich zu ihrer ethischen Verantwortung und hat den Anspruch, in dieser Hinsicht beispielgebend zu sein. Dabei setzt sie nicht allein auf die Einhaltung geltender Gesetze und externer Vorschriften wie auf das Befolgen des umfangreichen bankaufsichtsrechtlichen Regelwerks, das eine Vielzahl an Vorgaben zur Unternehmensführung und -organisation enthält. Zusätzlich haben Vorstand und Verwaltungsrat der L-Bank bereits 2013 die verbindliche Übernahme des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg beschlossen. Zudem wurden ein Ethik- und Verhaltenskodex sowie ein Nachhaltigkeitskodex verabschiedet und das Leitbild nachhaltiger Entwicklung in die Geschäftsstrategie integriert. Weitere freiwillige Selbstverpflichtungen wie die durch das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg, die EMAS-Validierung oder die WIN-Charta-Verpflichtungen sowie das mit der UNEP FI-Mitgliedschaft einhergehende Bekenntnis zur Integration von ESG-Aspekten geben den L-Bank Mitarbeitern eine klare Handlungsorientierung. In Summe machen die Corporate-Governance-Strukturen deutlich, was die L-Bank von ihren Mitarbeitern erwartet: nicht nur die Einhaltung von Gesetzen, Regularien und internen Vorschriften, sondern auch die aktive Förderung der Werte der Bank. Die L-Bank vertraut dabei auf das verantwortungsbewusste und vorbildhafte Verhalten ihrer Mitarbeiter. Gleichzeitig ist sie sich ihrer besonderen Fürsorgepflicht gegenüber ihren Mitarbeitern bewusst und misst der Erfüllung dieser Pflicht einen hohen Stellenwert bei.

DIE WEITERENTWICKLUNG DER MITARBEITER IST EINE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT DER L-BANK.

Der betrieblichen Nachwuchsförderung kommt deshalb ein besonderer Stellenwert zu. Bei langfristig sinkenden Erwerbspersonenzahlen wird Ausbildung zum strategischen Faktor. Da Qualifikationen und Kompetenzen zudem heute weniger lange Bestand haben als früher, rückt auch die betriebliche Weiterbildung noch stärker in den Fokus. Deshalb bereitet die L-Bank ihre Mitarbeiter auf sich ständig ändernde Anforderungen vor und unterstützt sie dabei, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen auszubauen. Sie erhalten vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten, damit sie ihre fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen individuell und bedarfsgerecht weiterentwickeln können.

1.085
WEITERBILDUNGS-
MASSNAHMEN

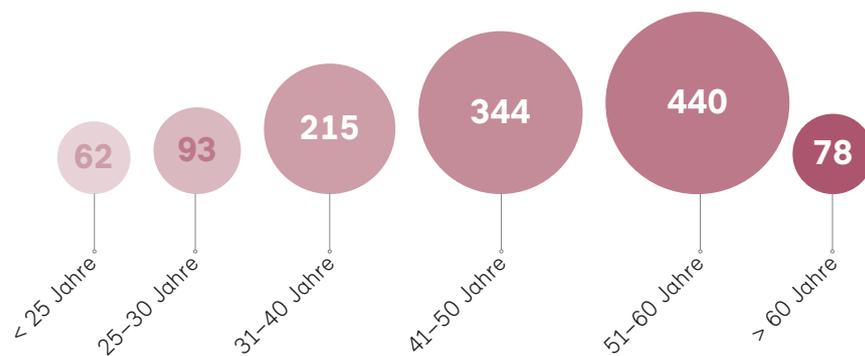
WEITERBILDUNGS-
INVESTITIONEN
IN HÖHE VON
571.519 €

68 BEWERBER
FÜR EINE
TEILNAHME
AM TALENTDIALOG
IM RAHMEN DES
TALENTMANAGEMENTS

Auf diese Herausforderung sind wir gut vorbereitet: Im Herbst 2015 wurde der Arbeitskreis „Personalentwicklung“ unter Leitung des Personalvorstands initiiert. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Optimierung der Personal- und damit auch der Führungskräfteentwicklung. Als Baustein des neuen Personalentwicklungskonzepts startete 2015 ein Talentmanagement, dessen Ziel es ist, die Entwicklung von Leistungsträgern in der L-Bank systematisch voranzutreiben.

DIE ALTERSSTRUKTUR 2016

Die Altersstruktur der L-Bank macht deutlich: In den nächsten zehn Jahren steht ein Generationenwechsel an.

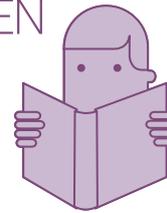


In Form des dualen Studiums oder im Rahmen eines individuell zugeschnittenen Traineeprogramms für Hochschulabsolventen wurden in den letzten fünf Jahren 65 Nachwuchskräfte an die Arbeit in der L-Bank herangeführt. Dabei haben wir für die zukünftige Personalentwicklung der L-Bank die besten Voraussetzungen: 109 betriebliche Ausbilder, die sich engagiert und kompetent in die Ausbildung einbringen.

Auch mittels der vielfältigen Formen von Praktika gelingt es uns immer wieder, Nachwuchskräfte für die L-Bank zu gewinnen. Ob BOGY, Volontariat oder Pflicht- bzw. freiwilliges Praktikum für Studenten: Wir versuchen auf ganz unterschiedlichen Wegen, junge Menschen für die Bank zu begeistern.

NACHWUCHSKRÄFTE
im Jahr 2016

EIN VOLONTÄR, **27** PRAKTIKANTEN
UND **VIERZIG** DH-STUDENTEN



Bei unserem BOGY-Programm (Berufs- und Studienorientierung für Gymnasien) kümmern sich unsere DH-Studenten um die Schüler der 9. oder 10. Klasse von Gymnasien und vermitteln ihnen einen ersten Eindruck vom Arbeitsleben. In einer Woche erleben sie bis zu zehn verschiedene Fachbereiche der L-Bank. Nebenbei bekommen sie von unseren DH-Studenten auch vielfältige Informationen rund um das duale Studium. So ist schon der eine oder andere ehemalige BOGY später wieder als DH-Student zu uns gekommen.

GEMEINSCHAFTLICHES ENGAGEMENT HILFT UND STIFTET ZUFRIEDENHEIT.

Schlechter Schulabschluss, keine Ausbildung, kein Arbeitsplatz, Hartz IV statt Gehalt: Für manche Jugendliche, oft solche mit Migrationshintergrund, endet der Weg ins Berufsleben, bevor er begonnen hat. Es ist wichtig, diesen Teufelskreis schnellstmöglich zu durchbrechen, und dabei hilft das Konzept der bundesweiten Initiative JOBLINGE. Die Einbindung von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und dem gemeinnützigen Sektor soll jungen Menschen eine realistische Chance verschaffen, einen Ausbildungsplatz zu finden, und Unternehmen dabei helfen, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Damit beide Seiten von der Initiative profitieren, ist die Unterstützung durch ehrenamtliche Mentoren aus dem Berufsleben von essentieller Bedeutung. Die L-Bank engagiert sich für die Initiative JOBLINGE in mehrfacher Hinsicht:

- finanziell durch eine Beteiligung an der gemeinnützigen Aktiengesellschaft
- gestaltend durch eine Beteiligung im Aufsichtsrat
- als Anbieter von Orientierungspraktika
- mit engagierten Mitarbeitern, die sich als Mentoren einmal pro Woche mit einem der Jugendlichen treffen und ihn bei seinem beruflichen Werdegang unterstützen

Für uns ist das ein schönes Beispiel dafür, wie Mitarbeiterengagement und L-Bank Sponsoring zu einem stimmigen Gesamtpaket verbunden werden können. Aber L-Bank Mitarbeiter sind nicht nur aktiv, wenn es um benachteiligte Jugendliche geht: Sie engagieren sich außerdem seit vielen Jahren als Dozenten an unterschiedlichen Hochschulen und wirken an der Weiterentwicklung der Lehre mit.

LEBENSQUALITÄT IST DER MASSSTAB. DAS BERUFSLEBEN DARF NICHT ISOLIERT BETRACHTET WERDEN.

Die familienfreundliche Arbeitswelt der L-Bank bietet dafür gute Voraussetzungen. Die Zeitaufteilung kann an die Lebensphase und die individuellen Wünsche angepasst werden, und so nutzt rund ein Viertel unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit der Teilzeitarbeit. Die vielfältigen Teilzeitmodelle, die die Bank bietet, eröffnen gerade Familien viele Gestaltungsoptionen, doch Teilzeitarbeit ist natürlich nicht allein berufstätigen Eltern vorbehalten, sondern grundsätzlich für jeden Mitarbeiter offen.

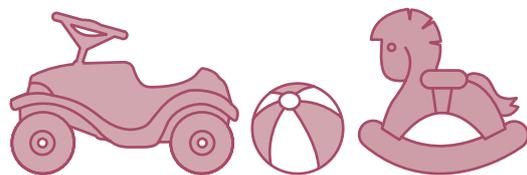
Zusätzlich besteht die Möglichkeit der Telearbeit. 102 Mitarbeiter waren am 31. Dezember 2016 mit einem Teleheimarbeitsvertrag beschäftigt. Darüber hinaus verfügen weitere Mitarbeiter über die technische Ausstattung, mobil außerhalb ihres Arbeitsplatzes zu arbeiten. Bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen geht die L-Bank auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter und ihre Lebenssituation ein, soweit es die Anforderungen der jeweiligen Stelle zulassen.

Ob in einer persönlichen Beratung, durch Informationsveranstaltungen, Informationsmaterialien oder über das Online-Portal – mit der pme Familienservice GmbH haben wir einen Partner, der in allen Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf, Kind und Pflege zur Verfügung steht – ein Angebot, das auch 2016 gerne genutzt wurde.

Sowohl in Stuttgart als auch in Karlsruhe haben wir mit den Kita-Trägern pme Familienservice und netzwerk mensch starke Partner, die eine engagierte Kinderbetreuung gewährleisten. Da viele Eltern die wohnortnahe Betreuung bevorzugen, haben wir uns 2016 neu orientiert: Anstatt Kita-Plätze bereitzustellen, werden wir ab 2017 für jedes Mitarbeiterkind im Vorschulalter, das eine Kinderbetreuungseinrichtung besucht, einen Kinderbetreuungszuschuss gewähren. So profitieren künftig alle Mitarbeiter in gleichem Maße von der Unterstützung der Bank. Alle laufenden Betreuungsverhältnisse werden bis zum Eintritt des betreuten Kindes in die Grundschule weitergeführt.

Wenn im Notfall das private Netzwerk bei der Kinderbetreuung nicht mehr weiterhilft, dann gibt es in der L-Bank die Option des Eltern-Kind-Büros – und das seit 2014 an beiden Standorten. Das Eltern-Kind-Büro ist ein komplett ausgestattetes Büro, das vom pme Familienservice kindgerecht und sicher eingerichtet wurde und wegen der Spielmöglichkeiten besonders von den Kindern sehr geschätzt wird. Mit dem Eltern-Kind-Büro bieten wir allen Mitarbeitern, bei denen es zu einem kurzfristigen Betreuungsengpass kommt, die Möglichkeit, tageweise ihr Kind zur Arbeit mitzubringen.

ZUM 31. DEZEMBER 2016 WURDE
47 MITARBEITERN
DIE ZUSCHUSSZAHLUNG FÜR
50 KINDER
ZUGESAGT



GESUNDHEIT IST DAS FUNDAMENT DER LEBENSQUALITÄT.

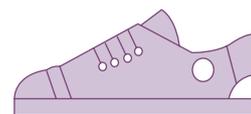
Die L-Bank legt großen Wert auf ein ganzheitliches Konzept, das den Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutz, die Suchtprävention, das betriebliche Eingliederungsmanagement und die betriebliche Gesundheitsförderung umfasst. Als Beschäftigte eines Finanzdienstleistungsunternehmens gehen die L-Bank Mitarbeiter weniger gefährdenden oder gesundheitsschädlichen Tätigkeiten nach. Trotzdem ist es ein Anliegen der L-Bank, ihre Mitarbeiter für ein gesundheitsbewusstes Verhalten im Berufs- und Privatleben zu sensibilisieren und ihnen Möglichkeiten zu geben, selbst aktiv zu werden.

Neben Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems führen psychische Beschwerden und Erkrankungen zu einem Anstieg der Ausfalltage und sind eine zunehmende Herausforderung. Die L-Bank versucht, derartige Probleme frühzeitig zu identifizieren und ihre Entstehung durch Präventionsmaßnahmen zu verhindern. Alle Mitarbeiter mit Personalverantwortung absolvieren daher eine verpflichtende Schulung zum Umgang mit psychischen Belastungen und Erkrankungen. Trotzdem lässt sich das Auftreten psychosozialer Probleme nicht immer verhindern. Dann ist schnelle professionelle Unterstützung vonnöten. Hier hilft die externe Mitarbeiterberatung, durch die die L-Bank im Krisen- oder Erkrankungsfall kurzfristige und individuelle Beratungsgespräche mit externen Vertragsärzten ermöglicht.

Auch im Hinblick auf die richtige Gestaltung des Arbeitsplatzes sowie präventive Maßnahmen werden die Mitarbeiter in ergonomischen Schulungen informiert und sensibilisiert. Über die gesetzlichen Vorgaben hinaus wird bei der Büroausstattung darauf geachtet, bestmögliche Bedingungen für einen dauerhaft gesunden Arbeitsplatz sicherzustellen. Bei der Beschaffung von Mobiliar und EDV-Geräten spielen Ergonomie und Gesundheitsschutz eine zentrale Rolle. Eine externe Fachkraft für Arbeitssicherheit, der Betriebsarzt, eine Gesundheitsmanagerin sowie ein qualifizierter Gesundheitsdienstleister tragen dazu bei, ein sicheres und gesundes Umfeld zu gestalten. Im Rahmen von Arbeitsplatzbegehungen werden die Verhältnisse vor Ort überprüft, Mitarbeiter erhalten Tipps zur ergonomischen Anpassung, und notwendige Korrekturmaßnahmen werden sofort eingeleitet. Im Arbeitsschutzausschuss, der integrativer Bestandteil des Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutzes der L-Bank ist, kommen die mit dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung befassten Funktionsträger zusammen, um über grundsätzliche Fragen des Arbeitsschutzes zu beraten.

Bewegung ist wichtig – besonders als Ausgleich für sitzende Tätigkeiten. Deshalb hat die L-Bank an beiden Standorten Gesundheitszentren eingerichtet, die sowohl individuelles Training an Geräten als auch Präventionskurse anbieten. Wirbelsäulengymnastik, Rückentraining, Pilates, Aroha, Zumba oder Yoga – die Palette der Kursangebote ist breit gefächert. In den seit vielen Jahren bestehenden L-Bank Sportgruppen lassen sich zudem sportliche Aktivitäten mit Spaß und Gemeinschaftsgefühl verbinden. Auch aus gesundheitlichen Überlegungen wurden von der L-Bank optimale Rahmenbedingungen für die Rad fahrenden Mitarbeiter geschaffen: Fahrradkeller, Duschen und Umkleieräume stehen zur Verfügung. So sollen auch künftig weitere Mitarbeiter dazu animiert werden, auf dieses gesunde und ökologische Fortbewegungsmittel umzusteigen.

Das Gesundheitskonzept der Bank wirkt. Trotz der wachsenden Anforderungen an die Belegschaft konnte die Gesundheitsquote 2016 mit 94,07 Prozent auf einem hohen Niveau gehalten werden.



255
MITGLIEDER
IN SPORTGRUPPEN

QUALITÄT HAT IHREN PREIS.

Am 1. Januar 2014 ist eine Neufassung der Institutsvergütungsverordnung in Kraft getreten. Die L-Bank gilt nach § 17 InstitutsVergV als bedeutend, da sie seit dem 4. November 2014 der direkten Aufsicht durch die Europäische Zentralbank untersteht. Sie hat somit erhöhte Anforderungen an die Ausgestaltung des Vergütungssystems zu beachten. Dieser Vorgabe trägt das Vergütungssystem der L-Bank Rechnung. Seit 2015 vergütet die L-Bank ausschließlich fix. Mit dem vollständigen Verzicht auf variable Vergütungselemente stellt die L-Bank sicher, dass keine individuellen Anreize zum Eingehen von unverhältnismäßig hohen Risiken geschaffen werden. Durch die gewählte Fixvergütung bleibt die Risikoneutralität des Vergütungssystems gewahrt.

Die L-Bank entlohnt ihre Mitarbeiter nach dem Tarifvertrag für das öffentliche und private Bankgewerbe. Sowohl für tarifliche wie auch für außertarifliche Mitarbeiter gilt grundsätzlich der Tarifvertrag als arbeitsrechtliche Kollektivvereinbarung. Die L-Bank beschäftigte 2016 zudem zehn Mitarbeiter, die nach dem Landesbesoldungsgesetz vergütet werden. Eine attraktive betriebliche Altersversorgung und eine Gruppenunfallversicherung tragen zur sozialen Absicherung bei.

LEBENDIGE MITBESTIMMUNG AUF ALLEN EBENEN.

Für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der L-Bank gilt das Landespersonalvertretungsgesetz. Wahrgenommen werden sie über einen Gesamtpersonalrat, der für standortübergreifende Fragen zuständig ist, sowie über zwei örtliche Personalvertretungen in Karlsruhe und Stuttgart.

Bei allen strategischen Veränderungen setzt die L-Bank auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Personalvertretung. Zur Erreichung bestmöglicher und ausgewogener Ergebnisse bindet die L-Bank die Arbeitnehmervertreter möglichst frühzeitig in die Überlegungen ein. Gemeinsam mit ihren Sozialpartnern versucht die Bank, Mitarbeiter auf Veränderungen in ihrem Arbeitsumfeld vorzubereiten. So sollen die Effizienz und Effektivität der geplanten strategischen Maßnahmen gesteigert und gleichzeitig die individuelle Leistungs- und Einsatzfähigkeit verbessert werden.

58
PERSONALRATS-
SITZUNGEN

Durch die Vertretung der Mitarbeiter im Aufsichtsgremium, dem Verwaltungsrat, ist die Berücksichtigung ihrer Interessen bei grundsätzlichen Entscheidungen gewährleistet. Im Verwaltungsrat der L-Bank sind der Gesamtpersonalratsvorsitzende und die beiden Personalratsvorsitzenden aus Karlsruhe und Stuttgart als Beratende Mitglieder vertreten.

DAS GESAMTPAKET IST ATTRAKTIV – UNSERE MITARBEITER FÜHLEN SICH GUT AUFGEHOBEN. UND WIR KÖNNEN UNS AUF UNSERE MITARBEITER VERLASSEN.

Personelle Veränderungen ergaben sich vor allem durch interne Umstrukturierungen, die Einrichtung zentraler Stabsstellen und aufgrund erhöhter aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

BETRIEBSZUGEHÖRIGKEIT
im Jahr 2016

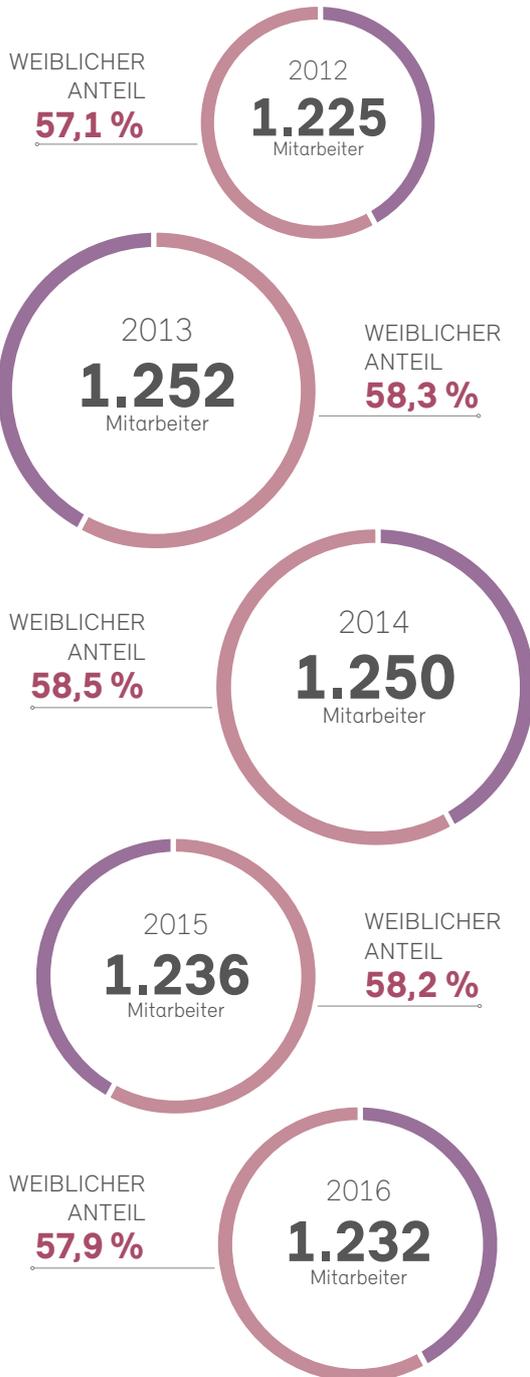
LIEGT IM DURCHSCHNITT BEI

**SIEBZEHN
KOMMA
ACHT
JAHREN**

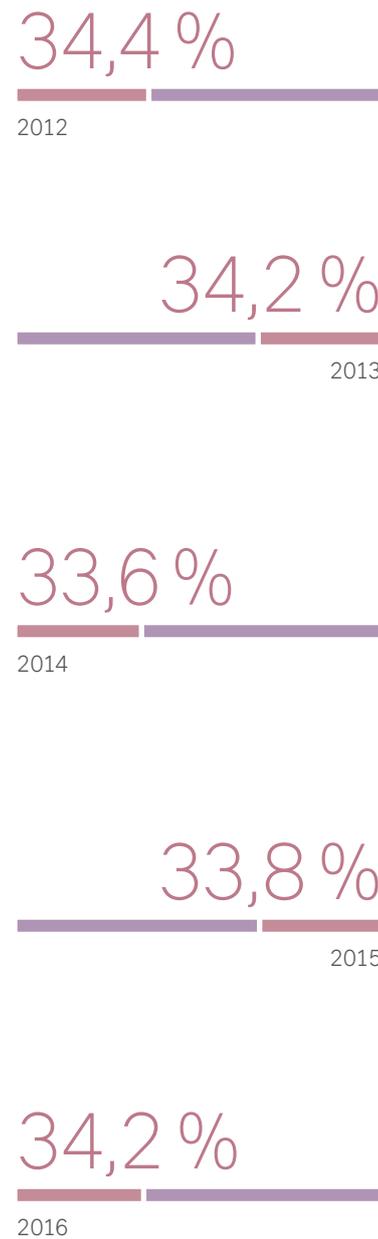
Unternehmen stellen immer öfter fest, dass die erlebte Unternehmenskultur auch Einfluss darauf hat, ob man einen Stellenwechsel in Betracht zieht. Die Altersstruktur, die Länge der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit und eine Fluktuationsquote von 1,79 Prozent sprechen dafür, dass sich unsere Mitarbeiter mit der L-Bank verbunden fühlen und die Unternehmenskultur positiv wahrnehmen.

Die lange Betriebszugehörigkeit ist ein wichtiges Plus für die L-Bank, da sie viel Berufserfahrung und somit Know-how sicherstellt. Außerdem sorgt sie für viel Engagement, da zufriedene Mitarbeiter gerne bereit sind, Einsatz zu zeigen. Vor allem im Hinblick auf die sich wandelnden Tätigkeitsfelder sind diese Aspekte wichtig, da sie eine feste Basis bilden, auf der aufgebaut werden kann.

ENTWICKLUNG DER MITARBEITERZAHLEN



ANTEIL WEIBLICHER FÜHRUNGSKRÄFTE





DIE EINE SEITE ZÄHLT.

Kleine Einsparungen oder Optimierungen führen bei über 1.200 Mitarbeitern ganz schnell zu gewaltigen Resultaten. Ein Beispiel: Wenn jeder L-Banker ein Blatt Papier pro Tag einspart, macht das im Jahr bereits ganze drei Fichten mit einer Höhe von je 25 Metern.

Dieses Bewusstsein lässt uns genauer hinschauen – und das Potenzial vermeintlicher Kleinigkeiten in jedem Bereich unseres Lebens entdecken.

$1.200 \times 230 = 276.000$ Blatt Papier
 1.000 Blatt Papier = 5 kg
 $276.000 / 1.000 \times 5 = 1.380$ kg Papier
 $1.380 \times 2,2 = 3.036$ kg Holz

ÖKOLOGIE

IN KREISLÄUFEN DENKEN, UM VORANZUKOMMEN.

Ökologisches Handeln ist durch effektiven und effizienten Umgang mit Ressourcen gekennzeichnet und ist ein Thema, das alle betrifft – weltweit.

Mit der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen im Jahr 1972 in Stockholm fing alles an: Erstmals wurde versucht, eine globale Umweltpolitik zu formulieren. Heute stehen Bemühungen um den Klimaschutz weltweit auf der Tagesordnung. Auf den jährlichen UN-Klimakonferenzen werden Klimaschutzvereinbarungen mit dem Ziel ausgehandelt, die globale Erderwärmung zu begrenzen. Diese wurden jedoch lange mehr als Willensäußerung denn als Verpflichtung gesehen. Auf der Klimakonferenz im Jahr 2015 in Paris hat sich zum ersten Mal die gesamte Weltgemeinschaft auf einen historischen Klimavertrag geeinigt, der alle zum Handeln verpflichtet. Dieser neue Weltklimavertrag ist am 4. November 2016 in Kraft getreten. Er enthält Verpflichtungen für alle Länder. Das Paris-Protokoll ist damit keine unverbindliche Willensäußerung mehr, sondern Realität. Mit dem Beitritt zur Finanzinitiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP FI) im Jahr 2016 bekräftigt die L-Bank ihrerseits ihr Bekenntnis, Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte auf allen Unternehmensebenen zu integrieren.

RESSOURCENSCHONUNG IST NICHT UNBEDINGT MIT VERZICHT VERBUNDEN.

Quantitatives Wachstum bedeutet nicht automatisch mehr Wohlstand: Zwar korreliert die Höhe des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich sehr gut mit dem Maß des materiellen Wohlstands, das generierte Wachstum ging aber häufig mit steigendem Ressourcenverbrauch und ökologischen Schäden einher. In Industrieländern geht es beim Thema Lebensqualität nicht mehr um die Überwindung des Mangels, sondern um die ganzheitliche Erhaltung der Lebensbedingungen. Wohlstand, auch eine Erhöhung des materiellen Wohlstands, soll durch einen effizienten Ressourceneinsatz erzielt werden. In Baden-Württemberg haben gemäß Artikel 3a der Landesverfassung alle öffentlichen Einrichtungen den Auftrag, in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Die L-Bank hat die nachhaltige Entwicklung in die Geschäftsstrategie integriert und sich freiwillig zu den Regelungen des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg verpflichtet. Bis zum Jahr 2040 strebt die L-Bank einen klimaneutralen Geschäftsbetrieb an.

RESSOURCENSCHONUNG – WIE MESSEN WIR DIESE EIGENTLICH UND WO STEHEN WIR?

Transparenz ist wichtig: Es muss geklärt sein, was wir eigentlich wie beeinflussen wollen, denn es kann nur das gesteuert werden, was sich messen lässt. Wir brauchen also Messgrößen, Indikatoren, anhand derer Aussagen über unsere Umweltleistung getroffen werden können. Dafür haben wir in der L-Bank eine solide Datenbasis aufgebaut. Unsere zentrale Vergleichsgröße sind die aufsummierten Treibhausgasemissionen. Dieser CO₂-Fußabdruck wird nach dem internationalen Standard des Greenhouse Gas Protocol (GHG Protocol) erfasst. Er steht für den Gesamtbetrag der Kohlenstoffdioxid-Emissionen, die direkt und indirekt durch unsere Tätigkeit verursacht werden.

Hierzu verwendet die L-Bank eine Software des Vereins für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e. V. (VfU), mit deren Hilfe die Ressourcenverbräuche und Abfälle standardisiert in CO₂-Äquivalente umgerechnet werden.

RESSOURCENNUTZUNG OPTIMIEREN – WIE GEHEN WIR VOR?

Jede Art der Geschäftstätigkeit ist mit einer Ressourceninanspruchnahme und einer Beeinträchtigung der Umwelt verbunden. Daher hat es sich die L-Bank zum Ziel gesetzt, ihre Geschäftsprozesse bestmöglich auf einen sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen auszurichten. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die L-Bank ein Umweltmanagementsystem nach den Richtlinien von EMAS (Eco Management and Audit Scheme)

in der L-Bank implementiert, das die Umweltauswirkungen der L-Bank mess- und damit kontrollierbar macht. Die erfolgreiche Validierung dieses Umweltmanagementsystems wurde mit der Ersteintragung im EMAS-Register am 19. Dezember 2016 dokumentiert.

CO₂-FUSSABDRUCK DER L-BANK

Direkte und indirekte Treibhausgasemissionen der L-Bank gesamt



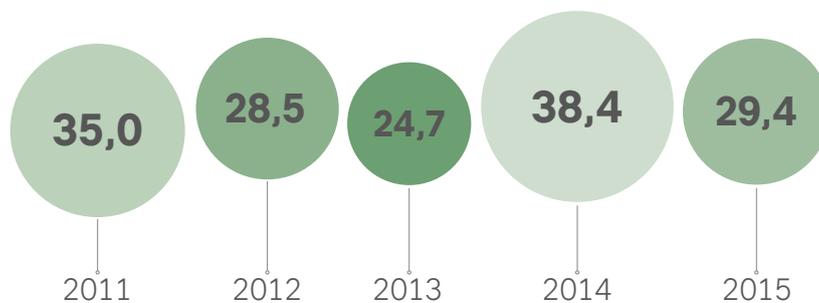


Die Strukturen und Instrumente des EMAS-Systems bilden die Grundlage für die Optimierung der Umweltleistung der L-Bank: Transparenz im Hinblick auf geltende rechtliche Regelungen, Verdeutlichung möglicher Umweltrisiken oder das Aufzeigen von Defiziten in den Bereichen Gesundheits- und Umweltschutz – so können mögliche Schwachstellen systematisch aufgedeckt und behoben werden. Mit dem EMAS-System wird sichergestellt, dass alle relevanten gesetzlichen Umweltschutzvorgaben eingehalten und Umweltrisiken minimiert werden können. Als Teil des Nachhaltigkeitsmanagementsystems ist das Umweltmanagementsystem fest in der Geschäftsstrategie der L-Bank verankert. Es ist Grundlage für eine umweltverträgliche Gestaltung der Prozesse und ermöglicht deren Steuerung und systematische Überwachung in internen und externen Audits. Konkrete Ziele und Maßnahmen, die zu einer kontinuierlichen und systematischen Verbesserung unserer Umweltleistung beitragen, werden durch den Vorstand beschlossen und im Umweltprogramm festgehalten.

UMWELT- UND RESSOURCENSCHUTZ FÄNGT IM KLEINEN AN.

Entsprechend den Grundsätzen des Umweltmanagementhandbuchs der L-Bank ist jeder Mitarbeiter dazu verpflichtet, das Umweltmanagementsystem aktiv zu leben und alle Entscheidungen und Tätigkeiten entsprechend den Grundsätzen des Handbuchs durchzuführen. Leider lassen sich CO₂-Emissionen nicht in jedem Bereich vermeiden. In solchen Fällen sorgen wir dafür, dass die CO₂-Emissionen möglichst gering gehalten werden, und versuchen, diese zu kompensieren. So versenden wir beispielsweise schon seit 2010 unsere Post mit GOGREEN, der klimaneutralen Versandoption der Deutschen Post.

KOMPENSATION DURCH GOGREEN in t CO₂



BEWUSSTSEIN FÜR DIE RESSOURCENNUTZUNG SCHAFFEN.

Bewusstsein prägt das Handeln und deshalb haben wir den verantwortungsbewussten Umgang mit den natürlichen Ressourcen fest im Blick. Im Großen wie im Kleinen. Das gilt auch für unsere Mitarbeitenden. Ein Beispiel: Durch unsere Teilnahme am Stifte-Recycling-Programm von TerraCycle können seit Juni 2016 leergeschriebene Plastikstifte über Stifte-Sammel-Boxen entsorgt und dem Recycling zugeführt werden. Die positive Resonanz bei den Mitarbeitern hat dazu geführt, dass die zunächst befristete Aktion dauerhaft fortgeführt wird.

Mit unserem Sponsoring haben wir zahlreiche weitere Aktionen mit Signalwirkung umgesetzt. Ein Beispiel dafür: die durch unser Sponsoring ermöglichte neue Verleihstation des Fahrradverleihs Fächerrad direkt an unserem Personaleingang in Karlsruhe. Sie führt uns die Bedeutung der Fahrradnutzung für die Mobilität der L-Bank Mitarbeiter täglich vor Augen. Auch in Richtung der breiten Öffentlichkeit setzt die L-Bank Zeichen. So mit der erneuten Beteiligung an der Earth Hour, einer vom WWF ins Leben gerufenen jährlichen Aktion, mit der die Aufmerksamkeit auf den Klimaschutz gelenkt werden soll und während der Tausende von Städten, Dörfern und Gebäuden weltweit für eine Stunde das Licht ausschalten.

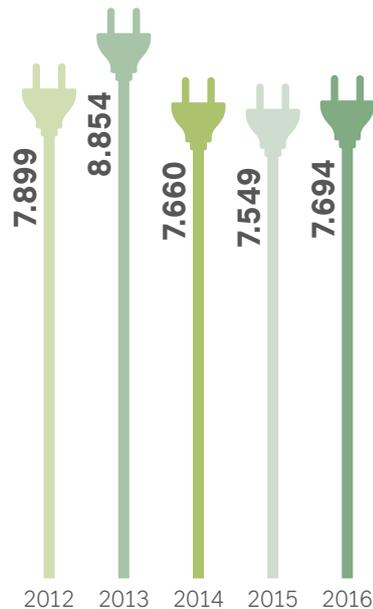
RESSOURCENEINSATZ IM BANKBETRIEB.

Unsere Tätigkeiten, die Nutzung und Bewirtschaftung der Dienstgebäude, die Dienst- und Fortbildungsreisen haben direkten Einfluss auf die Umwelt. Es entstehen Emissionen wie Abwärme, Abluft, Abwasser, Abfall und Lärm. Die wichtigsten und damit wesentlichen Energie- und Materialströme der L-Bank als Finanzdienstleister umfassen Gebäudeenergie, Wasser, Abfall, Papier und Geschäftsreisen.

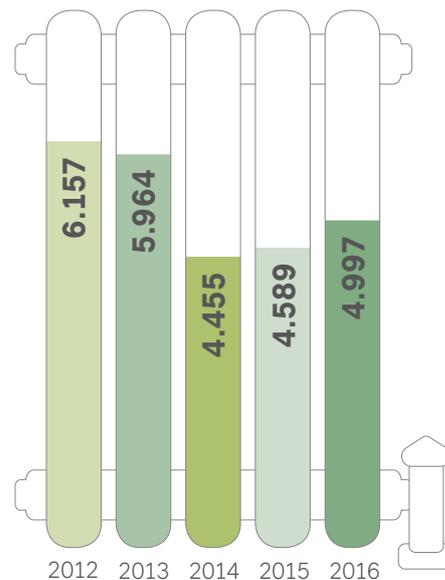
Seit 2011 bezieht die L-Bank klimaneutralen Ökostrom der Stadtwerke Karlsruhe für die Versorgung der eigenen Gebäude sowie der angemieteten Flächen. Der Strom stammt zu 100 Prozent aus Wasserkraft und wird jährlich durch den TÜV Nord zertifiziert. Die L-Bank arbeitet konsequent daran, das Energiemanagement zu stärken und weitere Einsparpotenziale zu nutzen. Beispielsweise konnten durch die Installation von Verbrauchsstellenzählern in Stuttgart im Jahr 2015 erstmals einzelne Verbräuche separat erfasst und gesteuert werden. Auch bei der Heizenergie setzt die L-Bank auf eine effiziente und umweltverträgliche Alternative: die Fernwärme. In Karlsruhe ist die durch den lokalen Versorger bereitgestellte Fernwärme mit einem Industrieabwärme-Anteil von 61 Prozent besonders klimafreundlich.

 ENTWICKLUNG DES GEBÄUDEENERGIEVERBRAUCHS

STROM in mWh



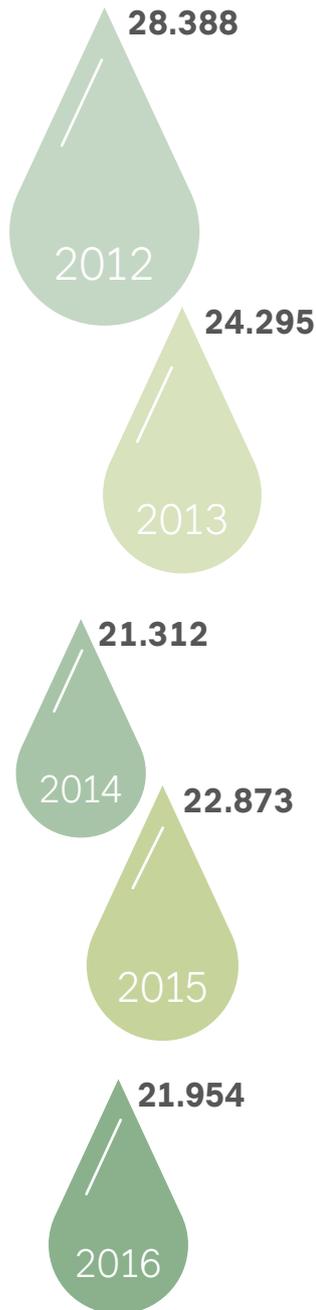
FERNWÄRME in mWh



Ein gewissenhafter Umgang mit der Ressource Wasser ist Bestandteil einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik. Die L-Bank ist sich dieser Verantwortung in besonderem Maße bewusst, schließlich befindet sich der Standort am Börsenplatz in Stuttgart in einem Heilquellenschutzgebiet. Stuttgart verfügt über eines der größten Mineralwasservorkommen Europas.

Die L-Bank erhält das Wasser ausschließlich durch die öffentliche Trinkwasserversorgung, wobei eine Vielzahl von Faktoren den Wasserverbrauch beeinflusst, zum Beispiel die beiden Betriebsrestaurants. Bei den Verbräuchen des Betriebsrestaurants in Stuttgart muss zudem berücksichtigt werden, dass dieses auch den Mietern und ausgewählten externen Besuchern offensteht. Auch andere Verbräuche sind nur teilweise steuerbar: So müssen Rohrleitungen wegen ihrer Beschaffenheit regelmäßig durchgespült werden. Die Kälteerzeugung für die Lüftungsanlagen ist stark von der Wetterlage abhängig. Zudem betreibt die L-Bank am Stuttgarter Börsenplatz im Sommer ein großes Wasserspiel, das zur vielfältigen Brunnenkultur in Stuttgart beiträgt, gleichzeitig aber auch mit einem nicht unerheblichen Wasserverbrauch verbunden ist.

ENTWICKLUNG DES
WASSERVERBRAUCHS
in m³



KOMMUNIKATION ERFORDERT NÄHE.

Virtuelle Konferenz- und Besprechungsräume können Dienstreisen ersetzen und so dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß zu verringern. Seit Juli 2015 sind fünf Besprechungsräume mit audiovisueller Besprechungstechnik ausgerüstet, die eine Durchführung von Videokonferenzen erlauben. Diese eignen sich in besonderem Maß für regelmäßige Abstimmungsgespräche und Routinebesprechungen. Darüber hinaus setzt die L-Bank seit 2015 Webinare für ausgewählte Schulungen ihrer Hausbankenpartner ein. Dies hat nicht nur Einfluss auf die Dienstreiseintensität, sondern wird zukünftig auch ein Ausweiten des Schulungsangebots ermöglichen. Trotz der Möglichkeiten, die technische Lösungen bieten, ist der persönliche Kontakt zu Kollegen, Kunden, Partnern und Investoren unerlässlich. Für die dazu notwendigen Dienstreisen sind bevorzugt öffentliche Verkehrsmittel zu verwenden.

6 WEBINARE

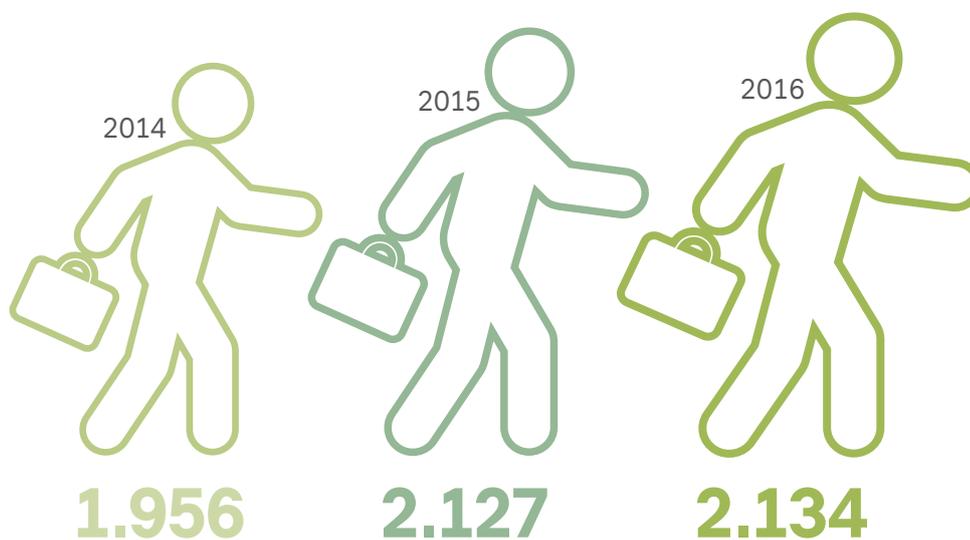
389
VIDEO-
KONFERENZEN

Obwohl Videokonferenzen 2016 rege in Anspruch genommen wurden, konnte die Anzahl der Dienstreisen zwischen den Standorten nicht verringert werden. Insbesondere zahlreiche standortübergreifende Projekte und organisatorische Umstrukturierungsmaßnahmen haben die Kommunikationsnotwendigkeit erhöht, die nur teilweise mit Videokonferenzen abgedeckt werden konnte.

Ein enger Kontakt zu den Geschäftspartnern ist für den Erfolg der L-Bank Förderung wichtig. Besonders in der Wirtschaftsförderung sind dabei Vor-Ort-Gespräche unumgänglich. Die Kommunikation mittels moderner Technologie kann diese persönlichen Treffen nicht ersetzen. Wo es möglich ist, sollen Geschäftsfahrten vermieden werden – aktuell werden beispielsweise die Grundlagen für eine Videoberatung geschaffen, durch die zukünftig ein Teil der persönlichen Vor-Ort-Beratungsgespräche ersetzt werden kann.

Die L-Bank ist als großes Förderinstitut auf eine breite – und damit internationale – Refinanzierungsbasis angewiesen. Flugreisen zu internationalen Investoren, sei es zur Kontaktaufnahme oder zur -pflege, sind deshalb nicht zu vermeiden. Nur so können auch zukünftig günstige Förderungen angeboten werden.

ANZAHL DER DIENSTREISEN Karlsruhe – Stuttgart



ENTWICKLUNG DER GESCHÄFTSREISEN Zurückgelegte Dienstreisekilometer

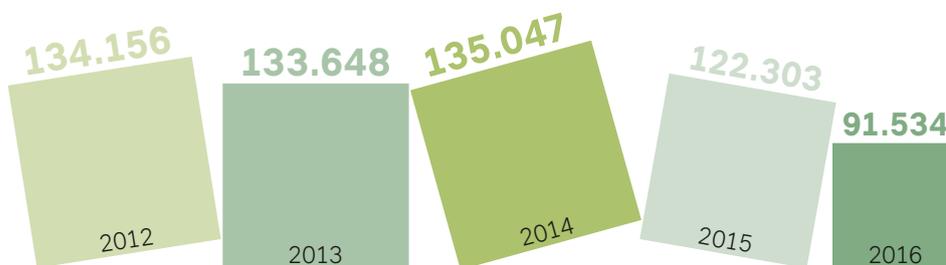


DIE ZAHLEN ZEIGEN ES: PAPIER IST DAS WICHTIGSTE ARBEITSMITTEL IN DER L-BANK.

Daher ist eine ressourcenbewusste Papiernutzung wichtig. Dazu wurden Grundsätze der Papierverwendung in der L-Bank erarbeitet, die den Mitarbeitern als Handlungsgrundlage dienen. Der Übergang vom Papier zum elektronischen Dokument, eine elektronische Archivierung und computergestützte Antragsverfahren machen manche Papierbelege überflüssig. Dennoch existieren in der L-Bank eine Vielzahl papiergebundener Antragswege und Belege zu Dokumentationsanforderungen.

Eine kontinuierliche Überprüfung der Druckauflagen und die vermehrte Bereitstellung von Unterlagen in elektronischen Formaten senken die Menge an Druckerzeugnissen. Durch die Nutzung von Einsparpotenzialen im Schriftverkehr sowie durch ein verbessertes Verbraucherverhalten der Mitarbeiter konnte der Kopier- und Druckerpapierbedarf verringert werden. Die Ausweitung des elektronischen Pressespiegels Mitte 2015 führte zu einer Einsparung bei den Abonnements von Tageszeitungen und Fachzeitschriften.

PAPIERVERBRAUCH in kg



ABER NICHT NUR DIE MENGE MACHT'S.

Auch mit der verwendeten Papierqualität lässt sich die Umweltbeeinträchtigung reduzieren. Seit Ende 2016 verwenden wir für unsere Office-Papiere Recyclingpapier mit dem Blauen Engel. Damit setzen wir ein Zeichen: Der Blaue Engel steht als nationales Umweltzeichen seit rund 30 Jahren in den unterschiedlichsten Produktbereichen für hohe Standards im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit und er stellt von allen Papierlabels die höchsten Anforderungen an Recyclingpapiere.

STOFFSTROMMANAGEMENT SPART RESSOURCEN UND REDUZIERT ABFÄLLE.

Kreislaufwirtschaft ist beim Umgang mit Abfällen die oberste Maxime, deshalb betrachten wir das fachgerechte Trennen und Entsorgen von Abfällen als einen wichtigen Bestandteil unserer Umweltaktivitäten. Die Entsorgung der gefährlichen Abfälle bezieht sich insbesondere auf die Entleerung der Benzinabscheider der Tiefgaragen sowie die fachgerechte Entsorgung von Leuchtstoffröhren.

EIN ZENTRALES BESCHAFFUNGSMANAGEMENT ERLEICHTERT EINE VEREINHEITLICHUNG DER BESCHAFFUNG.

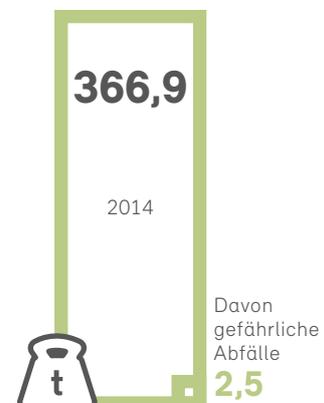
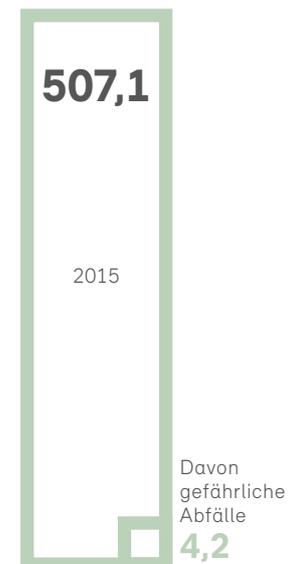
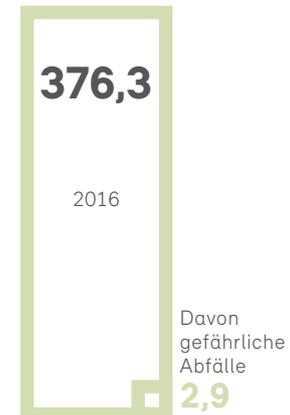
Mitte 2016 wurde im Bereich Justizariat die Abteilung „Zentrale Beschaffung“ eingerichtet. Mit der Einführung dieses zentralen Beschaffungsmanagements werden die Voraussetzungen für eine weitere Systematisierung und Nachhaltigkeitsorientierung im Bereich der Beschaffung geschaffen. Den Leitgedanken der kurzen Wege der standortnahen Anbieter verfolgt die L-Bank bereits seither in allen Beschaffungsfragen. Auch die Betriebsrestaurants achten bei ihrem Einkauf auf fair gehandelte Produkte sowie regional produzierte Nahrungsmittel und leisten damit einen Beitrag zum ökologisch verantwortungsvollen Wirtschaften in der Region sowie zur gesunden Ernährung der Mitarbeiter. In der Nachhaltigkeitswoche ab dem 30. Mai 2016 haben die Betriebsrestaurants mit einem Aktions Speiseplan diese Zielsetzung verdeutlicht und ausgewählte regionale und nachhaltig wirtschaftende Erzeuger vorgestellt.

DIE BEDEUTUNG DES MITARBEITERVERKEHRS WIRD HÄUFIG UNTERSCHÄTZT.

Im Rahmen des Projekts „Mobil.Pro.Fit“, eines vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unterstützten Gemeinschaftsprojekts mit dem B.A.U.M. e. V., haben wir das Thema betriebliche Mobilität intensiv analysiert. Ein wichtiger Untersuchungsgegenstand waren die Arbeitswege. Anhand einer Wohnstandortanalyse wurde das Mobilitätsprofil der Mitarbeiter erfasst und mit der Nutzung der Verkehrsmittel abgeglichen. Der hohe Anteil der Jobticket-Nutzer und die beachtliche Nutzung des Fahrrads bestätigen unsere Anstrengungen für eine umweltfreundliche Mobilität.

746
JOBTICKET-
NUTZER

ABFALL in t



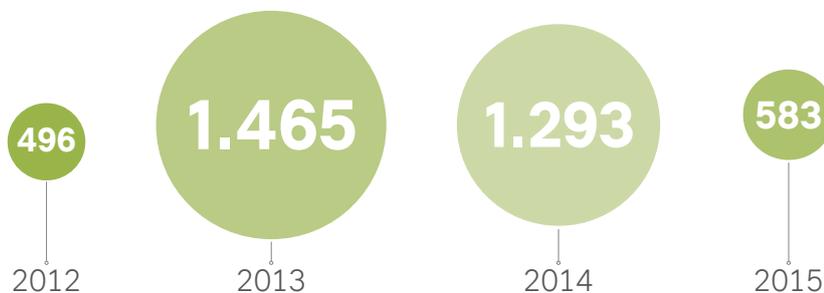
WOHNSTANDORTANALYSE 2015 für den Standort Karlsruhe

ENTFERNUNG in km	ANZAHL der Mitarbeiter	MITARBEITER kumuliert	
2	68	68	7 %
5	193	261	26 %
10	179	440	44 %
15	172	612	61 %
20	128	740	73 %
30	161	901	89 %
40	59	960	95 %
50	11	971	96 %
> 50	41	1.012	100 %

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ IM BANKBETRIEB MACHT SICH DIREKT IN EINER RESSOURCENEINSPARUNG BEMERKBAR, FÖRDER-PRODUKTE WIRKEN ÜBER DRITTE.

Die L-Bank verursacht durch ihr Handeln auch indirekte Umwelteinwirkungen. Diese werden über Aktivitäten und Verhaltensänderungen Dritter wirksam, die durch Regelungen, Produkte und Leistungen der L-Bank initiiert werden.

CO₂-EINSPARUNG DURCH GEZIELTE FÖRDERUNG über die Nutzungsdauer in 1.000 t CO₂



Erzielte Einsparungen durch die Programme Energieeffizienzfinanzierung Mittelstand und die Nachfolgeprodukte Ressourceneffizienzfinanzierung.

Quelle: IFAM Fraunhofer

KINDER MIT SCHWEREM START

MACHT MAN NICHT ZUM
LEICHTEN ZIEL.

Das Projekt „Zauberhaft“ ist ein Kreativ-Wettbewerb der L-Bank, der Schüler fördert, die sonst eher selten auf dem Siegertreppchen stehen. Nur ein Beispiel, das uns bewusst macht: Soziales Engagement muss viele Ebenen und unterschiedliche Facetten haben. Denn die Stärke jeder Gesellschaft liegt letztlich immer in ihrer Schwäche für Vielfalt.



GESELLSCHAFT

VIELFALT IST GRUNDLAGE JEDEN FORTSCHRITTS.

Unsere Gesellschaft ist und war nie homogen. Als Demokratie ist sie eine offene Gesellschaft. Sie bietet Raum für Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Schicksals, für Migranten, Vertriebene, Geflüchtete ebenso wie für Alteingesessene. Alle Menschen gehören dazu – ungeachtet des Bildungsabschlusses, der Religionszugehörigkeit, des Alters, der sexuellen Orientierung und der Hautfarbe.

Damit ist unsere Gesellschaft prädestiniert für Innovationen. Denn Veränderung entsteht selten aus homogenen Strukturen, die eher für eine lineare und eindimensionale Entwicklung sorgen. Fortschritt erfordert die Entwicklung gänzlich neuer Perspektiven, wofür man gewohnte Bahnen verlassen, Scheuklappen ablegen, Unsicherheiten in Kauf nehmen, lernbereit und neugierig sein muss.

Um aber gemeinsam etwas bewirken zu können, muss man die gleiche Sprache sprechen: Sprachkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Verständigung und Integration. Angesichts der hohen Zahl an Asylbewerbern in den letzten beiden Jahren hat die L-Bank sofort reagiert, indem sie der VHS Karlsruhe kostenlos einen Schulungsraum für Integrationskurse zur Verfügung stellt. Hier findet vormittags und nachmittags viermal die Woche ein Intensivkurs „Deutsch als Fremdsprache“ statt.

DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE

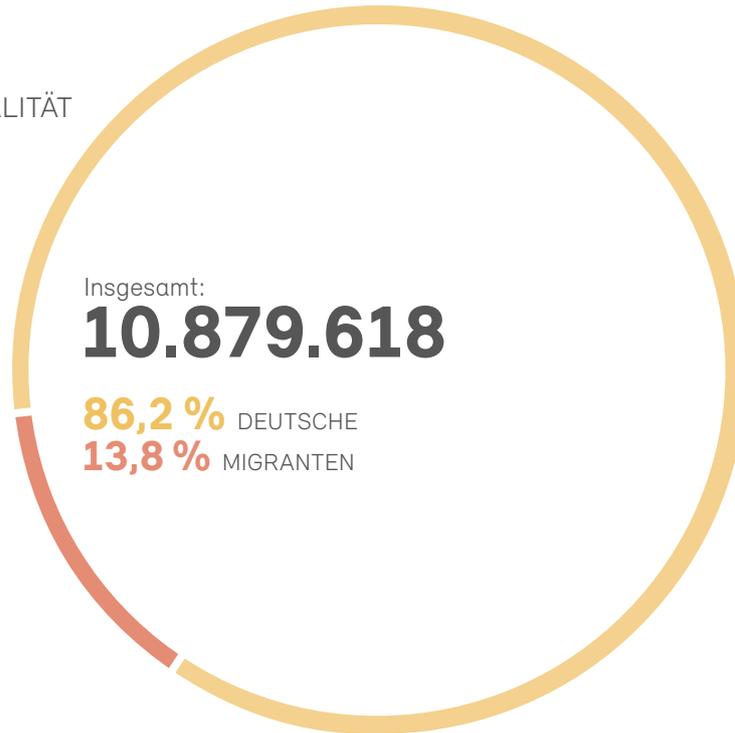
ACHT DURCH-
GEFÜHRTE
KURSE

107
TEILNEHMER

BEVÖLKERUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

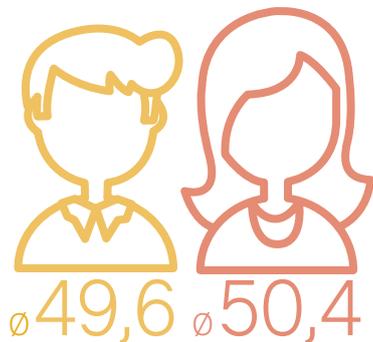
Quelle: statistik.baden-wuerttemberg.de

NACH NATIONALITÄT
2015¹



VERANTWORTUNG

PROZENTUAL GENDER
2015¹



IM GESAMTDURCHSCHNITT

**DREIUND
VIERZIG
KOMMAZWEI
JAHRE ALT**

¹ Bei Städten und Gemeinden mit Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) kann es durch die hohe Zahl an Zu- und Fortzügen zu verfahrensbedingten Schwankungen in der amtlichen Bevölkerungsforschreibung und der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl kommen.

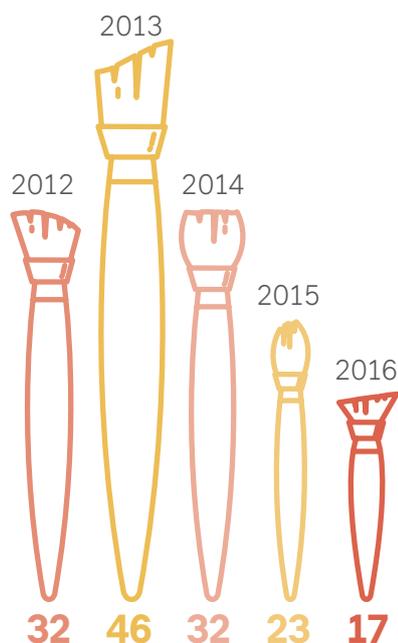
VIELFALT ALLEINE GENÜGT NICHT – SIE MUSS SICH ENTFALTEN KÖNNEN.

Damit die Chancen der Vielfalt zur Entfaltung kommen, bedarf es der Chancengleichheit und der Förderung der Kreativität. Ohne Kreativität laufen wir Gefahr, nach denselben Mustern zu handeln. Die Vereinten Nationen haben sehr prägnant postuliert, dass kulturelle Vielfalt – als Quelle des Austausches, der Erneuerung und der Kreativität – für die Menschheit ebenso wichtig ist wie die biologische Vielfalt für die Natur. Wissen ist unerlässlich, aber genauso wichtig sind kreative Denkprozesse, die es deshalb zu fördern gilt. Unkonventionelles, assoziatives Denken, wie es die Beschäftigung mit Kunst nahelegt.

Mit dem jährlichen Schülerwettbewerb „Zauberhaft“ wendet sich die L-Bank an die Förderschulen des Landes. Er ist damit der bundesweit einzige Wettbewerb, der ausschließlich für Förderschulen ausgeschrieben wird. Die Schulklassen mit Kindern im Alter bis zu zwölf Jahren sind im Rahmen des Wettbewerbs eingeladen, Beiträge zu einem bestimmten Thema einzureichen. Der Wettbewerb bietet den Schülern die Möglichkeit, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen. 2016 stand der Wettbewerb unter dem Motto „Zauberhafter Bach – wenn eure Gedanken auf Reisen gehen“. Aufgabe war es, assoziativ zu zwei Klavierstücken aus Bachs Sammlung „Das Wohltemperierte Klavier“ etwas ganz Neues zu schaffen. Die Schüler sollten in Teamarbeit spielerisch die Stücke interpretieren und zusammen mit den Lehrern eine darstellerische Möglichkeit finden, die das Thema adäquat abbildet.

ZAUBERHAFT

Anzahl der teilnehmenden Schulen



Die Teilhabe an Bildung, Kunst und Kultur darf kein Luxus sein. Sie schafft Verständnis, dient dem Zusammenhalt der Gesellschaft und erweitert den Horizont. Besonders wichtig ist es, die junge Generation an die Kunst heranzuführen. Seit vielen Jahren ermöglichen wir deshalb Kindern und Jugendlichen bis einschließlich 20 Jahren freien Eintritt in die Staatsgalerie Stuttgart und unterstützen die Junge Kunsthalle in Karlsruhe.

Ein wichtiger Aspekt unserer sozialen Projekte ist es, Orientierung zu geben und Werte und Zusammengehörigkeit erlebbar zu machen. Gleichzeitig verbinden wir mehr und mehr unsere Einzelengagements miteinander, um so allen Beteiligten einen zusätzlichen Mehrwert zu bieten. Wir möchten nicht nur finanziell Projekte unterstützen, sondern gleichzeitig Verständnis für andere Lebenswelten wecken und Einblicke in andere Denkweisen gewähren.

Was damit gemeint ist und wie die Vernetzung unserer Aktivitäten konkret aussieht, macht unser Projekt „Pink Box“ deutlich. Auf die traditionellen Weihnachtspräsente an unsere Geschäftspartner haben wir verzichtet. Mit den dadurch zur Verfügung stehenden Mitteln haben wir die Spielplatzbauer von KuKuk beauftragt, einen ausgemusterten Seefrachtcontainer zu einem mobilen Spielplatz umzubauen. Das 2004 gegründete Unternehmen KuKuk gewann 2012 den ersten Platz beim von der L-Bank zusammen mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg ausgelobten Landespreis für junge Unternehmen, nicht zuletzt wegen seines großen sozialen Engagements. Der umgebaute Container kann aufgrund seiner standardisierten Form kostengünstig an verschiedenste Orte transportiert und dort aufgestellt werden. Als pinkfarbener Botschafter (Pink Box) der L-Bank soll der vollausgerüstete Spielplatz im Container Spaß und Freude vermitteln, egal ob er auf einem Schulhof, an einem sozialen Brennpunkt oder vor einer Flüchtlingsunterkunft steht. Gleichzeitig wurde der Kontakt mit der Initiative JOBLINGE hergestellt. Die Jugendlichen dieser Initiative haben im Rahmen eines Teambuilding-Projekts beim Ausbau des Containers mitgeholfen.

Erster Standort der Pink Box war die Heilbrunnenschule. Seit 2009 hat diese jedes Jahr am L-Bank Kreativ-Wettbewerb „Zauberhaft“ teilgenommen. Bis Ende des Jahres konnten sich die Kinder und Jugendlichen der Förderschule über eine zusätzliche Spielmöglichkeit freuen. In Zukunft wird der Container vor einer Flüchtlingsunterkunft positioniert sein und den Kindern dort Freude bereiten. Mit der Aktion haben wir gleichzeitig die Stadt Stuttgart unterstützt, die im Jahr 2016 UNICEF-Partnerstadt war.

Die L-Bank unterstützt auch Projekte, die dazu dienen, das ökologische Bewusstsein zu stärken, ökologische Bildung zu fördern und das Thema Nachhaltigkeit besser in der Gesellschaft zu verankern. Seit vielen Jahren sind dabei das Haus des Waldes in Stuttgart sowie das Waldklassenzimmer in Karlsruhe Partner der L-Bank. Mit innovativen pädagogischen Konzepten wird besonders bei Kindern und Jugendlichen das Verständnis für Biodiversität und die Vielfalt des Lebens gefördert. Gemeinsam mit dem Haus des Waldes konnte für die JOBLINGE eine Teambuilding-Maßnahme realisiert werden: Im Rahmen von Projekttagen wurde dort gemeinsam im Wald gearbeitet.

**BESUCHERZAHLEN
FÜR KINDER
UND JUGENDLICHE
FREIER ENTRITT
IN DIE STAATSGALERIE
STUTT GART**



Aber nicht nur gemeinsames Arbeiten war angesagt – das letzte Sommerfest der JOBLINGE mit einer Präsentation der Pink Box fand im Haus des Waldes statt.

Auch mit der Unterstützung von kleineren Projekten wie der eventbasierten Suppenküche des SOUP DU JOUR e. V. in Karlsruhe oder dem „Stuttgarter-Nachrichten-Sozial-Abo“ versuchen wir, auf unterschiedliche Art und Weise zu informieren, Werte zu vermitteln und Zusammengehörigkeit zu fördern.

EXZELLENTER WISSENSCHAFT BRAUCHT VIELFALT UND ORIGINALITÄT – UND WEGE IN DIE PRAXIS.

Wer weg will von bekannten Denkmustern, muss neue Wege gehen. Heterogenität bietet dafür gute Voraussetzungen – sowohl in den Fächerstrukturen als auch bei den Menschen, die in diesen Fächern forschen und lehren. Die Freiheit der Wissenschaft ist unantastbar, aber es ist wichtig, dass Erkenntnisse auch umgesetzt werden. Deshalb versuchen wir, mit unseren Technologieparks den Transfer von wissenschaftlichem Know-how in die Praxis zu unterstützen. Dabei findet der Wissensaustausch nicht nur zwischen Unternehmen und klassischen Technologiequellen wie Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen statt – gerade auch der Austausch der Unternehmen untereinander bringt die Entwicklung voran. Dieser Austausch wird durch die in den Parks geschaffenen Technologiecluster ermöglicht.

POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN BASIEREN AUF EINER VIELFALT AN INFORMATIONEN – DIE DATENBASIS IST EIN FAKTOR FÜR DIE QUALITÄT DER ENTSCHEIDUNGEN.

Mit unseren regionalen Analysen und Bewertungen der wirtschaftlichen Entwicklungen in Baden-Württemberg und unseren Studien zu speziellen Fragestellungen wollen wir die Politik unterstützen. Gleichzeitig bieten diese Analysen wichtige Informationen für die Ausrichtung des Geschäfts der L-Bank – so beispielsweise die Analyse des VC-Angebots und die Beobachtung der Existenzgründerszene. Die laufende Konjunkturberichterstattung gemeinsam mit dem ifo-Institut und der GfK oder die Wohnungsmarktbeobachtung, die wir regelmäßig durchführen, bieten wichtige Planungsinformationen, die wir kostenfrei zur Verfügung stellen.

UNTERNEHMERTUM IST UND BLEIBT DIE GRUNDLAGE DER MARKT- WIRTSCHAFT – WER FRÜH DIE GRUNDLAGEN LEGT, ERHÖHT DIE WAHRSCHEINLICHKEIT DES ERFOLGS.

Auch aus unscheinbaren Ideen kann Großes entstehen. Die Motivation, der Antrieb, die Mentalität spielen hierbei eine wichtige Rolle. Eine Aufbruchsstimmung erfordert eine breite Basis: Entrepreneurship, Unternehmergeist und Unternehmermentalität sowie die Fähigkeit, diese umzusetzen, sind Schlüsselfaktoren für die Zukunft Baden-Württembergs.

Wir setzen an ganz unterschiedlichen Stellen Akzente: Die unternehmerische Bildung an den Schulen unterstützen wir mit dem Nachhaltigkeitswettbewerb für Übungs-, Schüler- und Juniorenfirmen. Potenzielle Unternehmer werden so früh für die Fragestellungen der Nachhaltigkeit sensibilisiert. Und unser SchulBankKredit kann von allen Schüler- und Juniorenfirmen beantragt werden. Er bietet die Möglichkeit, das Thema Finanzierung, das häufig durch Leistungen der Eltern abgedeckt wird, realitätsnah durch einen befristeten Bankkredit, der nach einem echten Finanzierungsgespräch erteilt wird, abzubilden.

Im Studium spielt Unternehmertum immer noch eine untergeordnete Rolle. Auch hier versuchen wir, gezielt Impulse zu setzen. Mit dem Programm Talente@HfWU fördert die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen ihre besonders begabten Studierenden. Für diese Studierenden hat sich die L-Bank mit der whf AG ein besonderes Highlight überlegt: Im Rahmen eines Projekttagess wurden die Studierenden mit zwei jungen Unternehmern zusammengebracht, die jeweils ein reales Problem schilderten, das gemeinsam gelöst werden sollte. Durch diesen Workshop konnten die Studierenden einen Einblick in die Welt der Start-ups und einen Überblick über die Möglichkeiten der Selbstständigkeit gewinnen.

Mit Schaufenstern wie dem „Elevator Pitch Baden-Württemberg“ tragen wir dazu bei, Bühnen für innovative Gründungsideen zu schaffen, und ermöglichen das Sammeln von Erfahrungen durch die Präsentation vor einem größeren Publikum.

Der Landespreis für junge Unternehmen soll den Unternehmen, die mit viel Einsatz ihre Ideen verwirklichen, Anerkennung zollen. Die Preisträger agieren als Vorbilder für alle, die eine selbstständige Tätigkeit in Betracht ziehen. Der Landespreis für junge Unternehmen wurde 2016 bereits zum elften Mal vergeben. Schirmherr des Wettbewerbs, der alle zwei Jahre gemeinsam von der Landesregierung und der L-Bank ausgeschrieben wird, ist Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Der Preis rückt Leistungsstärke, Modernität und Kreativität junger baden-württembergischer Unternehmer, aber auch deren soziales und ökologisches Engagement in den Mittelpunkt.

231 IDEEN
STANDEN ZUR WAHL
163 GRÜNDER
PRÄSENTIERTEN SICH
AUF BADEN-WÜRTTEMBERGS
BÜHNEN

604 KANDIDATEN
– UND DAMIT SO VIEL WIE NOCH NIE –
HABEN SICH IM JAHR 2016
UM DEN LANDESPREIS
FÜR JUNGE UNTERNEHMEN
BEWORBEN

NACHHALTIGKEITSPROGRAMM

DOKUMENTATION DER ZIELERREICHUNG UND NACHHALTIGKEITSPROGRAMM 2017–2018

	STRATEGISCHE ZIELE MASSNAHMEN	STATUS	UMSETZUNG (QUARTAL)
FÜR DIE ORGANISATION	Anstreben einer Zertifizierung nach ISO 14001	✓	Validierung nach EMAS und damit gleichzeitig nach ISO 14001, die Ersteintragung im EMAS-Register erfolgte am 19.12.2016
	Beitritt zum Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e. V. (VfU)	✓	Seit August 2014 ist die L-Bank Mitglied im VfU und nimmt regelmäßig an Treffen zum Erfahrungsaustausch und Mitgliederversammlungen teil
	Überprüfung der Nachhaltigkeitsleitlinien auf Aktualisierungsbedarf	→	04/2017
	Wesentlichkeitsanalyse aus Stakeholder-Sicht	✓	Im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung durchgeführt
	Entwickeln eines Arbeitshandbuchs über die Organisation des Nachhaltigkeitsmanagements	→	04/2017
	Weiterentwicklung des Berichtswesens	→	Kontinuierlich
	Umsetzung der UNEP FI-Erklärung überprüfen und gegebenenfalls die notwendigen Anpassungen vornehmen	○	Jährlich
	EMAS-Überwachungsaudit durch externen Umweltgutachter	○	04/2017
FÜR DIE KOMMUNIKATION	Aufbau einer informativen Nachhaltigkeitsrubrik auf der L-Bank Homepage	✓	Erledigt
	Aktives Einholen von Stakeholder-Feedbacks zum 1. Nachhaltigkeitsbericht	✓	Feedback wurde eingeholt und ist bei der Konzeptionierung des 2. Nachhaltigkeitsberichts eingeflossen
	Zentrale Beantwortung von Nachhaltigkeitsanfragen über nachhaltigkeit@l-bank.de	→	Kontinuierlich, themenspezifische Anfragen zum Umweltmanagement werden über umweltmanagement@l-bank.de beantwortet
	Schaffen von Möglichkeiten der Partizipation an Nachhaltigkeitsprojekten für alle Mitarbeiter über Intranet	✓	Teilnahme an der Stifte-Sammel-Aktion von TerraCycle
	Ausbau des Intranet-Informationsportals „Nachhaltige Entwicklung“	→	Kontinuierlich
	Veröffentlichung des 2. Nachhaltigkeitsberichts	○	02/2017
	Aktives Einholen von Stakeholder-Feedbacks zum 2. Nachhaltigkeitsbericht	○	03/2017
	WIN-Charta-Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen	○	Jährlich, 1. WIN-Charta-Nachhaltigkeitsbericht wurde Anfang 2016 veröffentlicht
	Überarbeitung und Aktualisierung der Rubrik Nachhaltigkeit auf l-bank.de	○	02/2017
	Aktualisierung der Umwelterklärung	○	Jährlich

✓ erledigt – nicht erledigt → weiterführen ○ neue Maßnahme

	STRATEGISCHE ZIELE MASSNAHMEN	STATUS	UMSETZUNG (QUARTAL)
FÜR DIE KUNDEN	Kundenzufriedenheitsanalyse: Auswerten der Ergebnisse des Förderatlas 2013	✓	Hohe Kundenzufriedenheit, Anregungen zu mehr Transparenz und Vereinfachung wurden aufgegriffen
	Stakeholder-Dialog: Auswerten des Stakeholder-Dialoges „Klimawandel und Unternehmensfinanzierung“	✓	Anregungen wurden in die Weiterentwicklung der Förderprogramme eingebracht; Kommunikation in Richtung der Multiplikatoren und der Zielgruppen intensiviert
	Prüfung eines Beitritts zu UNEP Finance bzw. zu UN Principles for Responsible Investors	✓	Beitritt zur UNEP FI zum 01.01.2016
	Einrichtung eines Expertenportals als Informationsplattform für Partner	○	01/2017
	Mikrofinanzierung BW – durch Einbindung einer Crowd-Plattform soll ein weiterer Baustein zur Förderung von Migrantengründern, der Kreativwirtschaft und von Start-ups geschaffen werden	○	01/2017
	Prüfung der Weiterentwicklung der Vergaberichtlinien für Eigenkapitalvergabe	○	04/2017
FÜR DIE MITARBEITER	Aufbau eines Intranetportals mit Informationen zu Kinderbetreuung sowie Beruf und Pflege	✓	Intranetportal wurde eingerichtet
	Nachhaltige Weiterbildung: kontinuierliche Weiterentwicklung des Seminarangebotes	→	Kontinuierlich
	Gefährdungsbeurteilung der psychischen Belastungen durchführen	○	01/2017
	Restrukturierung des BEM-Prozesses	○	02/2017
	Talentmanagement weiterführen	○	Kontinuierlich
	Rezertifizierung Arbeitsschutz mit System (AMS) 2017/18	○	04/2017
FÜR DIE GESELLSCHAFT	Veranstalten des Landespreises für junge Unternehmen als Anerkennung für Unternehmer, die mit viel Einsatz ihre Ideen verwirklichen; die Preisträger sind gleichzeitig Vorbilder für alle, die sich mit dem Gedanken an Selbstständigkeit tragen	→	2018 wird der Landespreis für junge Unternehmen zum zwölften Mal verliehen
	Veranstalten des Kreativ-Wettbewerbs „Zauberhaft“, eines Schülerwettbewerbs, der ausschließlich für Förderschulen ausgeschrieben wird	→	Der jährlich stattfindende Wettbewerb wird seit 2009 von der L-Bank veranstaltet
	Unterstützung der Staatsgalerie in Stuttgart sowie der Staatlichen Kunsthalle in Karlsruhe, um junge Menschen für bildende Kunst zu interessieren	→	Das Engagement wird auch 2017 weitergeführt werden
	Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Unterstützung des Hauses des Waldes in Stuttgart sowie des Waldklassenzimmers in Karlsruhe	→	Das Engagement wird auch 2017 weitergeführt werden
	Unterstützung der JOBLINGE gAG, Region Stuttgart	→	Kontinuierlich
	Engagement für geflüchtete Menschen durch Bereitstellung eines Schulungsraums für Sprachkurse der VHS	○	Bereits 2016 wurde der VHS ein Schulungsraum für Sprachkurse zur Verfügung gestellt, dieses Engagement wird 2017 weitergeführt werden
	Ideenmanagement: Integration einer Mitarbeiter-Ideenplattform zu Nachhaltigkeitsmaßnahmen in das bestehende, aber neu ausgerichtete betriebliche Vorschlagswesen	✓	Im betrieblichen Vorschlagswesen können Nachhaltigkeitsmaßnahmen ebenfalls eingebracht werden, diese werden dann den zuständigen Kollegen weitergeleitet

	STRATEGISCHE ZIELE		STATUS	UMSETZUNG (QUARTAL)
	MASSNAHMEN			
FÜR DIE UNTERNEHMENSKULTUR	Veranstalten eines Nachhaltigkeitstages in der L-Bank zur Mitarbeitersensibilisierung		✓	Teilnahme 2014/2015/2016 und weitere Teilnahme 2017 geplant
	Einführungsvortrag zum Nachhaltigkeitskonzept der L-Bank für neue Mitarbeiter		✓ –	Nachhaltigkeitskodex und -leitlinien sind fester Bestandteil des Begrüßungsordners für neue Mitarbeiter, ein Einführungsvortrag findet nicht statt
	Stärkung der verantwortungsbewussten Ausbildung: Einführungsvortrag zu „Nachhaltigkeit in der L-Bank“ für alle neuen Dualen Hochschul学生		✓	Seit 2014 als fester Bestandteil des Einführungsprogramms der bei der L-Bank Studierenden eines dualen Hochschulstudiengangs etabliert
	Neue Rubrik im internen Pressespiegel zu „Nachhaltig Wirtschaften“		–	Der Pressespiegel wurde erweitert, die separate Rubrik „Nachhaltig Wirtschaften“ jedoch wieder thematisch bei den Geschäftsfeldern eingeordnet
	Kooperation mit der Messe „Fair Handeln“ und Verlosung von Eintrittskarten unter den Mitarbeitern		○	02/2017
	Firmentypisierung der DKMS		○	03/2017
	Unterzeichnung der Charta der Vielfalt		○	01/2017
	Mitarbeiteraktion zum Diversity-Tag am 30.05.2017		○	02/2017
	Durch ein Sponsoring von 61 „Pink Bikes“ sowie die Installation einer Verleihstation in der Nähe des Personaleingangs wurde eine Alternative für private oder dienstliche Stadtfahrten geschaffen		○	Bis 2018
FÜR DIE UMWELT Gebäude	Reduktion des Gebäudeenergieverbrauchs gesamt um 5 %		– →	Nicht erreicht, eine Reduktion wird weiterhin angestrebt
	Einbau diverser Verbrauchsstellenzähler in Stuttgart zum exakten Controlling von Strom und Wärmeenergie		→	Erledigt, aufgrund baulicher Veränderungen wird der Einbau weitergeführt
	Erneuerung Kälteanlagen in Stuttgart		✓	Im Rahmen des Umbaus wurde die Kältetechnik der L-Bank Rotunde erneuert
	Erneuerung Fernwärmeübergabestation in Stuttgart		✓	Fernwärmeübergabestation wurde 2015 erneuert
	Erneuerung/Entfall Druckerhöhungsanlage in Stuttgart		✓	Die alte Druckerhöhungsanlage in Stuttgart wurde stillgelegt
	Ersatz von Leuchtmitteln in den Allgemeinflächen durch energiesparende LED-Leuchtmittel am Schlossplatz 10		→	Kontinuierlich, in allen Häusern der L-Bank
	Austausch aller unregelmäßig Wärme-pumpen gegen moderne Hocheffizienz-pumpen am Schlossplatz 10		– →	Für das Gebäude Schlossplatz 10 wird eine energetische Gesamtlösung angestrebt; daher wurden vorerst alle Einzelmaßnahmen, sofern diese keinen vordringlichen Bedarf darstellen, zurückgestellt. Zum Sanierungsbedarf wird ein Gutachten eingeholt, 04/2017
	Erneuerung der GLT in Stuttgart		○	Bis 2018
	Einbau von Präsenzmeldern in den Allgemeinflächen in Stuttgart weiterführen		○	Kontinuierlich
	Sanierungsbedarf der Heizungsanlage am Schlossplatz 21 anhand eines Gutachtens ermitteln		○	01/2017
	Installation eines Zählermanagements (Energie- und Wassermanagement) am Standort Karlsruhe		○	04/2017
Einbau moderner Verbrauchsstellenzähler in Stuttgart zum exakten Controlling von Wasser		→	Erledigt, wird weitergeführt	

STRATEGISCHE ZIELE MASSNAHMEN		STATUS	UMSETZUNG (QUARTAL)
Wasser	Reduktion des Wasserverbrauchs um 10 %	–	Nicht erreicht, da die Rohrleitungen in Stuttgart aufgrund umfangreicher Sanierungsarbeiten regelmäßig durchgespült wurden; der Wasserverbrauch ist in Teilen von der L-Bank nicht steuerbar
	Erarbeiten eines Konzepts zur Neutralisierung der Geschäftsverkehrsemissionen	→	Ganzheitlicher Ansatz wird angestrebt – Gesamtkonzept erarbeiten bis 04/2017
Verkehr	Umfrage Mobilität: Erfassen des Mobilitätsprofils der Mitarbeiter (Arbeitsweg) und Ableiten entsprechender Zusatzangebote hieraus (z. B. Mitfahrerbrettp)	✓	Wohnstandortanalyse durchgeführt, ein zusätzliches Angebot wie bspw. ein Mitfahrerbrettp würde aufgrund der heterogenen Verteilung der Wohnorte nicht den gewünschten Effekt erzielen
	Intensivierung der Nutzung der Videokonferenzsysteme zum Ersatz von Dienstreisen zwischen den Standorten	○	Kontinuierlich
	Webinare als festen Bestandteil des Angebots für die Hausbankenpartner etablieren	○	2017
	Den Einsatz von Videoberatung testen	○	01/2017
FÜR DIE UMWELT	CO ₂ -neutraler Druck des Geschäftsberichts und Überarbeiten des Verteilerkonzeptes	→	CO ₂ -neutraler Druck des Geschäftsberichts 2016; Verteilerkonzept wird kontinuierlich überarbeitet
	Steigerung des Anteils an Recyclingpapier auf 20 %	✓	Anteil des Recyclingpapiers lag 2016 bei über 20%, Office-Papier wurde Ende 2016 auf Recyclingpapier mit dem Blauen Engel umgestellt
	Einführung der elektronischen Akte – Auswertung Evaluationsprozess für eine gesamtbankweite Einführung	○	01/2017
	Auswertung des 2013 durchgeführten Ideenwettbewerbs zum Papiersparen und Aufstellen eines konkreten Maßnahmenkataloges	✓	Grundsätze zur Papierverwendung wurden aufgestellt und an die Mitarbeiter kommuniziert
	Reduktion des Papierverbrauchs um 15 %	✓	Der Papierverbrauch konnte kontinuierlich gesenkt werden, dennoch ist dieser von einer Vielzahl von Einflussfaktoren abhängig, die nicht alle in gleichem Maß beeinflussbar sind
	Reisekostenabrechnung als digital abrufbares Dokument im Online-Tool „Employee Self Service (ESS)“ implementieren	○	01/2017
	Erhöhen des Recyclinganteils in Stuttgart um 25 % durch Etablieren eines einheitlichen Abfallwirtschaftskonzeptes für alle Standorte	–	Die Entsorgung ist abhängig vom Entsorger, daher ist eine Vereinheitlichung des Abfallwirtschaftskonzeptes an allen Standorten nicht möglich
Beschaffung/Abfall	Implementierung von Anforderungen/Kriterien an die Umweltqualität von bezogenen Waren und Dienstleistungen – Arbeitsanordnung überarbeiten	○	01/2017
	Lieferantenbefragung durchführen	○	02/2017
	Anzahl der Drucker reduzieren – Einführung von Stockwerksdruckern prüfen	○	02/2017
	Sensibilisierungsaktion für die Bedeutung der Ressource „Abfall“	✓	Teilnahme an der Stifte-Sammel-Aktion von TerraCycle
	Entsorgeraudit durchführen	○	Jährlich

LEISTUNGSKENNZAHLEN

ÖKONOMISCHE KENNZAHLEN	EINHEIT	2014	2015	2016
BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN				
Bilanzsumme	Mio. EUR	70.190,1	73.294,9	75.075,4
Eigenkapital	Mio. EUR	2.714,7	2.765,3	2.814,6
Zinsüberschuss	Mio. EUR	375,5	365,4	368,9
Jahresüberschuss	Mio. EUR	49,2	50,6	49,3
Kernkapitalquote	%	14,2	16,4	18,0
Gesamtkapitalquote	%	16,9	19,0	20,3
Cost-Income-Ratio	%	42,0	42,8	41,7
Leistungen an das Land Baden-Württemberg	Mio. EUR	128,3	128,6	127,7
Personalaufwendungen	Mio. EUR	92,2	96,4	93,4
Leistungen für betriebliche Altersvorsorge	Mio. EUR	5,5	7,4	5,7
Ertragsteuern und sonstige Steuern	Mio. EUR	0,9	4,7	1,5
FÖRDERGESCHÄFTSFELDER				
Wirtschaftsförderung	Mio. EUR	2.962,7	3.547,4	3.190,9
Wohnraumförderung	Mio. EUR	1.985,9	2.168,0	2.023,9
Infrastrukturförderung	Mio. EUR	2.637,4	3.652,4	6.432,9
Familien, Bildung und Soziales	Mio. EUR	1.219,3	1.182,7	1.099,4
FINANZRATINGS				
Standard & Poor's		AAA	AAA	AAA
Moody's		Aaa	Aaa	Aaa

SOZIALE KENNZAHLEN	EINHEIT	2014	2015	2016
BELEGSCHAFTSSTRUKTUR				
Gesamtbelegschaft	Mitarbeiter	1.250	1.236	1.232
Vollzeitäquivalente ¹	Mitarbeiter	1.113	1.133	1.115
Anteil Frauen	%	58,5	58,2	57,9
Anteil Männer	%	41,5	41,8	42,1
Anteil weibliche Beschäftigte in Führungspositionen	%	33,6	33,8	34,2
Befristet Beschäftigte	Mitarbeiter	16	19	16
Betriebszugehörigkeit	Jahre	17,4	17,5	17,8
Fluktuationsquote ²	%	2,5	3,8	1,8
Durchschnittsalter	Jahre	46,2	46,2	46,5
Schwerbehinderte Mitarbeiter	Mitarbeiter	41	43	40

1 Die Anzahl der Mitarbeiter in Vollzeitäquivalenten wird als Bezugsgröße bei Angaben pro Mitarbeiter verwendet.
2 Zur Fluktuation gehört jedes auf Dauer angelegte Ausscheiden eines Mitarbeiters, das nicht arbeitgeberseitig veranlasst wurde.

AUS- UND WEITERBILDUNG				
Teilnehmer an Schulungen ¹	Mitarbeiter	3.884	2.406	2.299
Schulungen	Anzahl	1.450	1.112	1.085
Durchschnittliche Weiterbildung pro MA	Tage	2,0	1,5	1,3
DH-Studenten	Mitarbeiter	38	48	40
Trainees	Mitarbeiter	3	3	1
Betriebliche Ausbilder	Mitarbeiter	87	84	109
Weiterbildungsinvestitionen	EUR pro MA	681	617	464

1 Durch im Jahr 2016 veränderte Erfassungsmethodik nur bedingt vergleichbar.

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE				
Teilzeitbeschäftigte	%	24,8	24,8	26,3
Führungskräfte in Teilzeit	%	13,5	13,2	13,5
Kita-Plätze ¹	Anzahl	30	30	29
Mitarbeiter in Elternzeit	Mitarbeiter	28	23	25

1 Ab dem 01.01.2017 besteht die Möglichkeit, für jedes Kind im Vorschulalter einen Kinderbetreuungszuschuss zu erhalten, dafür werden keine Kita-Plätze mehr direkt bereitgestellt, für Kinder im Vorschulalter, die bereits einen Kita-Platz haben, besteht Bestandsschutz.

GESUNDHEIT UND ARBEITSSCHUTZ				
Krankheitsquote	%	5,3	5,9	5,9
Unfallmeldungen ¹	Anzahl	12	5	14

1 Beinhaltet alle bei der VBG gemeldeten Wege- und Arbeitsunfälle, darunter keine tödlichen Unfälle.

ÖKOLOGISCHE KENNZAHLEN	EINHEIT	2014	2015	2016
TREIBHAUSGASEMISSIONEN				
Gesamt	t	1.142	1.208	1.089
Pro Mitarbeiter	kg pro MA	1.026	1.066	977
Direkte Emissionen, Kategorie I ¹	t	87	124	140
Indirekte Emissionen, Kategorie II ²	t	471	504	429
Indirekte Emissionen, Kategorie III ²	t	584	580	520

1 Im Jahr 2016 wurde die Erfassungsmethodik der Reisekilometer mit dem PKW geändert. Im Jahr 2015 und 2016 sind zudem Kühlmittelverluste aufgetreten, die Anlagen werden fachgemäß gewartet und regelmäßigen Dichtheitskontrollen unterzogen. Diese Faktoren haben zu einer Erhöhung der direkten Emissionen beigetragen. Nicht berücksichtigt wurden Bahnfahrten mit 100 % Ökostrom, die Umstellung erfolgte im Oktober 2016, seitdem sind alle Reisen mit Fernverkehrszügen (ICE/IC) der DB mit 100 % Ökostrom.

2 Die CO₂-Emissionen pro kWh Fernwärme konnten in Karlsruhe aufgrund eines höheren Anteils an Industrieabwärme im Jahr 2016 auf 68 g/kWh gesenkt werden, dies hat zu einer Reduzierung der indirekten Emissionen geführt.

GEBÄUDEENERGIE				
Stromverbrauch gesamt ¹	mWh	7.660	7.549	7.694
Strombezug aus Ökostrom	%	100	100	100
Strombezug aus fossilen und nuklearen Quellen	%	0	0	0
Stromverbrauch pro MA	kWh	6.883	6.663	6.901
Fernwärme gesamt ^{1,2}	mWh	4.455	4.589	4.997
Fernwärme pro MA	kWh	4.003	4.050	4.482

1 Aufgrund unterschiedlicher Ablesezeitpunkte werden die Verbräuche auf den 31.12. hochgerechnet. Verbräuche aus Nebenkostenabrechnungen, sofern diese zum Zeitpunkt der Datenerhebung noch nicht vorlagen, werden ebenfalls hochgerechnet.

2 Der Heizenergieverbrauch ist nicht witterungsbereinigt.

GESCHÄFTSREISEN				
Reisekilometer gesamt	Tsd. km	1.564	1.726	1.718
Reisen mit dem PKW ¹	Tsd. km	618	562	729
Bahnreisen	Tsd. km	542	633	624
Flugreisen	Tsd. km	404	532	364
Davon Kurzstrecke	Tsd. km	32	44	25
Davon Langstrecke	Tsd. km	372	488	339
Reisekilometer pro MA	km	1.405	1.524	1.540

1 Enthält alle gefahrenen Kilometer mit Pkws des L-Bank Fuhrparks sowie dienstlich gefahrene Kilometer mit Privat-Pkws, diese wurden aus Reisekostenabrechnungen entnommen. Die persönlichen Dienstwagen werden auch privat genutzt. Aufgrund von Änderungen in der Erfassungsmethodik sind die Werte für 2016 nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Mit Mietwagen oder Taxi zurückgelegte Kilometer wurden nicht berücksichtigt.

	EINHEIT	2014	2015	2016
PAPIER				
Papierverbrauch gesamt ¹	t	135	122	92
Papierverbrauch pro MA	kg	121,3	107,9	82,1
Anteil Recyclingpapier	%	9	9	31

¹ Das Gewicht der Tageszeitungs- und Fachzeitschriftenabonnements wurde hochgerechnet.

WASSER				
Wasserverbrauch gesamt ¹	m ³	21.312	22.873	21.954
Wasserverbrauch pro MA	l	19.148	20.188	19.690
Anteil Trinkwasser	%	100	100	100
Versiegelte Fläche ²	m ²	21.171	21.171	21.171

¹ Aufgrund unterschiedlicher Ablesezeitpunkte werden die Verbräuche auf den 31.12. hochgerechnet. Verbräuche aus Nebenkostenabrechnungen, sofern diese zum Zeitpunkt der Datenerhebung noch nicht vorlagen, werden ebenfalls hochgerechnet.

² Beinhaltet die gesamte Fläche des Grundstücks Börsenplatz 1, jedoch keine angemieteten Flächen.

ABFÄLLE				
Abfallaufkommen gesamt ¹	t	367	507	376
Abfallaufkommen pro MA	kg	329,6	447,6	337,5
Anteil Recycling	%	64	76	68
Anteil Verbrennung	%	35	23	31
Anteil gefährliche Abfälle	%	1	1	1

¹ Die Abfallarten werden nach Abfallschlüsselnummern gemäß dem europäischen Abfallverzeichnis erfasst. Zur Berechnung der Abfallmengen in Tonnen werden standardisierte Umrechnungsfaktoren des Bayerischen Landesamtes für Statistik verwendet.

ZUM NACHHALTIGKEITS- BERICHT

Die L-Bank ergänzte erstmals im Jahr 2013 ihre Geschäftsberichterstattung mit einem Bericht über die gesellschaftliche Verantwortung der Bank. Der Redaktionsschluss dieses Berichts war am 30.11.2013. Mit diesem Geschäftsbericht wird der zweite Nachhaltigkeitsbericht in Form eines kombinierten Nachhaltigkeits- und Geschäftsberichts vorgelegt. Zusammen mit der im Jahr 2016 vorgenommenen EMAS-Validierung und der dabei vorgelegten Umwelterklärung entsteht so ein vollständiges Bild der Leistungen der L-Bank. Ergänzend wird über ausgewählte Nachhaltigkeitsaspekte im Rahmen der WIN-Charta jährlich berichtet. Zukünftig wird die L-Bank alle drei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht vorlegen. Jährliche Updates der Nachhaltigkeitsbilanz werden auf der L-Bank Homepage veröffentlicht.

Der L-Bank Nachhaltigkeitsbericht 2016 enthält Standardangaben aus den GRI-Leitlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die Liste der Standardangaben sowie deren Position im Bericht ist im nachfolgenden GRI-Index dargestellt. Die relevanten Nachhaltigkeitsthemen ermittelte die L-Bank in einer Wesentlichkeitsanalyse. Den wesentlichen Themen wurden anschließend die zu berichtenden GRI-Aspekte

zugeordnet (siehe Tabelle). Ergänzende GRI-relevante Kennzahlen zum betrieblichen Handeln sowie das Nachhaltigkeitsprogramm für die Jahre 2017 und 2018 sind auf den Seiten 66 bis 73 abgebildet. Die qualitativen Informationen im Bericht beziehen sich vornehmlich auf das Geschäftsjahr 2016, soweit notwendig wurden auch vorhergehende Geschäftsjahre eingebunden.

Die dargestellten Kennzahlen bilden, wo es die Datenlage erlaubt und Verläufe erläutert werden sollen, mindestens einen Dreijahreszyklus ab. Alle Zahlenangaben sind dabei in der Regel auf eine Nachkommastelle gerundet. Während des Berichtszeitraums sind keine wesentlichen organisatorischen Veränderungen eingetreten. Die Vergleichbarkeit der Daten gegenüber dem vorherigen Nachhaltigkeitsbericht ist jedoch aufgrund teilweise veränderter Erhebungsmethoden nur bedingt gegeben. Die Abweichungen zum letzten Bericht werden, wo dies notwendig erscheint, erläutert. Redaktionsschluss war der 31.12.2016. Die Berechnung der Treibhausgasemissionen in CO₂-Äquivalenzen stützt sich auf das Berechnungstool des Vereins für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten (VfU) in der 2015er-Version.

SYSTEMATISIERUNG WESENTLICHER HANDLUNGSFELDER UND BERICHTSINHALTE

Wesentliche Handlungsfelder	Ausgewählte Maßnahmen aus dem Nachhaltigkeitsprogramm	GRI-Aspekt	Auswirkungen	
			innerhalb der L-Bank	außerhalb der L-Bank
Verantwortungsbewusste Unternehmenskultur	Mitarbeit bei UNEP FI, Sensibilisierung für umweltfreundliche Mobilität, WIN-Charta	Ethik und Integrität	x	x
Gesellschaftliches Engagement	Landespreis für junge Unternehmen 2018, Ausbau JOBLINGE gAG, Region Stuttgart	Lokale Gemeinschaften		x
Transparenz und Kommunikation des Angebots	Aktualisierung und Modernisierung Internetangebot, Einrichtung eines Expertenportals	Wirtschaftliche Leistungen		x
Kundenorientierte Förderdienstleistungen	Mikrofinanzierung BW	Wirtschaftliche Leistungen		x
Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement	Rezertifizierung EMAS, Überprüfung der Nachhaltigkeitsleitlinien	Materialien – Management, Ethik und Integrität	x	x
Nachhaltige Eigenkapitalvergabe	Ausweitung des Eigenkapitalangebots	Wirtschaftliche Leistungen		x
Betrieblicher Umweltschutz	Steigerung des Recyclingpapieranteils, Umstellung auf Recyclingpapier mit dem Blauen Engel, Ressourcenschonung	Material, Energie, Wasser, Emissionen, Abwasser, Abfall	x	
Digitalisierung, Wissensmanagement	Ausbau des „Employee Self Service“-Portals, Auswertung Evaluationsprozess zur Einführung der elektronischen Akte	Wirtschaftliche Leistungen, Material	x	
Nachhaltige Beschaffung	Beschaffungsrichtlinien bzgl. der Umweltqualität	Beschaffung, Lieferantenbewertung	x	x
Gesundheitsmanagement	Gefährdungsbeurteilung der psychischen Belastungen, Restrukturierung betriebliches Eingliederungsmanagement	Beschäftigung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	x	
Chancengleichheit	Charta der Vielfalt	Beschäftigung, Vielfalt und Chancengleichheit, Gleichbehandlung	x	
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Pflege und Ausbau Intranetportal	Beschäftigung	x	
Mitarbeiterförderung	Talentmanagement	Aus- und Weiterbildung	x	
Geschäftsverkehr – nachhaltige Mobilität	Konzept zur Neutralisierung der Geschäftsverkehrsemissionen, Ausbau Videonutzung	Ökologie	x	x

GRI-G4-INDEX

Der GRI-Index bezieht sich auf die Richtlinien der Global Reporting Initiative und die dazugehörigen Branchenindikatoren. Weitere Erläuterungen finden sich im Kapitel „Zum Nachhaltigkeitsbericht“. Die Abkürzungen befinden sich am Ende der Tabelle.

GRI-Aspekte und -Indikatoren		Seiten	Erläuterungen und ergänzende Verweise
ALLGEMEINE STANDARDANGABEN			
STRATEGIE UND ANALYSE			
G4-1	Erklärung des höchsten Entscheidungsträgers	6 f., 48 f.	Nachhaltigkeitskodex, Brief an die Geschäftspartner
G4-2	Zentrale Nachhaltigkeitsauswirkungen, -risiken und -chancen	30 f., 37 f., 93 f.	Wesentlichkeitsanalyse, Brief an die Geschäftspartner; der Rahmen ist durch den Auftrag in Gesetz und Satzung der L-Bank definiert; www.l-bank.de/ir
ORGANISATIONSPROFIL			
G4-3	Name des Unternehmens	84 f.	Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (L-Bank)
G4-4	Wichtigste Marken, Produkte und Dienstleistungen	13 f.	4 Säulen der Förderung
G4-5	Hauptsitz des Unternehmens	30, 84	Karlsruhe, Deutschland
G4-6	Geschäftsregion	30, 115 f.	Fördergeschäft auf Baden-Württemberg begrenzt
G4-7	Eigentumsverhältnisse und Rechtsform	84 f., 140 f.	Land Baden-Württemberg als alleiniger Eigentümer in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts
G4-8	Wesentliche Märkte	30, 115 f.	Fördergeschäft ist auf Baden-Württemberg begrenzt; wettbewerbsneutral
G4-9	Größe des Unternehmens	3, 70 f.	Ökonomische und soziale Kennzahlen, 70 Förderprogramme laut Fördernavigator auf www.l-bank.de
G4-10	Mitarbeiter nach Beschäftigungsverhältnissen, Geschlecht und Regionen	45, 92 f., 156	
G4-11	Anteil Mitarbeiter unter Kollektivvereinbarungen	43 f.	Tarifvertrag für das öffentliche und private Bankgewerbe
G4-12	Beschreibung der Lieferkette	56, 100, 109	Hausbankenprinzip; bei Finanzierungen agiert die L-Bank in der Regel wettbewerbsneutral als „Bank hinter der Geschäftsbank“
G4-13	Veränderungen im Berichtszeitraum	74	Keine wesentlichen Veränderungen
G4-14	Umsetzung des Vorsorgeprinzips	30 f., 48 f., 93 f., 97 f.	Nachhaltigkeitsmanagement, Nachhaltigkeitsleitlinien, Nachhaltigkeitskodex, Aufnahme nachhaltiger Entwicklung in Geschäftsstrategie, Umweltmanagementsystem EMAS, Risikostrategie der L-Bank
G4-15	Unterstützung externer Initiativen	62 f.	
G4-16	Mitgliedschaften in Verbänden und Interessengruppen	31 f.	Mitglied im Bundesverband öffentlicher Banken (VÖB), in der UNEP FI und im VfU; daneben besteht eine Mitgliedschaft in weiteren 26 Vereinen und Verbänden
ERMITTELTE WESENTLICHE ASPEKTE UND GRENZEN			
G4-17	Tochterunternehmen	17 f.	Tochterunternehmen zur Standortentwicklung
G4-18	Vorgehensweise zur Auswahl der Berichtsinhalte	30 f.	Abgeleitet aus der Wesentlichkeitsanalyse und ergänzt um ausgewählte Aspekte im Bereich der Kundenleistungen
G4-19	Sämtliche wesentliche Aspekte	30 f., 75	
G4-20	Wesentliche Aspekte innerhalb des Unternehmens	30 f., 74 f.	
G4-21	Wesentliche Aspekte außerhalb des Unternehmens	30 f., 74 f.	
G4-22	Neudarstellung von Informationen im Vergleich zu früheren Berichten	30 f., 74 f.	
G4-23	Wichtige Änderungen des Berichtsumfangs und der Grenzen von Aspekten	74 f.	

GRI-Aspekte und -Indikatoren		Seiten	Erläuterungen und ergänzende Verweise
EINBINDUNG VON STAKEHOLDERN			
G4-24	Einbezogene Stakeholder-Gruppen	30 f.	
G4-25	Ermittlung und Auswahl der Stakeholder	30 f.	
G4-26	Ansatz für den Stakeholder-Dialog und Häufigkeit	30 f., 74 f.	Vielzahl von Stakeholder-Dialogen auf unterschiedlichen Ebenen – zum Teil periodisch, zum Teil anlassbezogen
G4-27	Zentrale Anliegen der Stakeholder und Stellungnahme	30 f., 74 f.	Konstruktiver und offener Austausch; zeitnahe und detaillierte Stellungnahme auf Anfragen aller Interessengruppen
BERICHTSPROFIL			
G4-28	Berichtszeitraum	74	Kennzahlen beziehen sich in der Regel auf die Geschäftsjahre 2014–2016, einzelne Kennzahlen werden ab 2012 dargestellt. Redaktionsschluss 31.12.2016.
G4-29	Datum des letzten Berichts	74 f.	
G4-30	Berichtszyklus	33	Nachhaltigkeitsbericht alle drei Jahre, WIN-Charta Bericht jährlich und jährliches Update zentraler Fakten
G4-31	Ansprechpartner für Fragen zum Bericht	Deckel U3	nachhaltigkeit@l-bank.de; Impressum
G4-32	Option der Übereinstimmung mit GRI und gewählter Index	–	L-Bank Nachhaltigkeitsbericht 2016 enthält Standardangaben aus den GRI-Leitlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung
G4-33	Externe Prüfung des Berichts	49	Der Bericht wurde keiner externen Gesamtkontrolle unterzogen; die EMAS-Validierung (durch einen zugelassenen Umweltgutachter) mit der Umwelterklärung für 2016, betreffend das Berichtsjahr 2015, erfolgte am 05.10.2016.
UNTERNEHMENSFÜHRUNG			
G4-34	Führungsstruktur	81 f., 158 f.	Vorstand, Verwaltungsrat und Ausschüsse des Verwaltungsrats
G4-38	Zusammensetzung des höchsten Kontrollorgans und seiner Komitees	158 f.	
G4-39	Vorsitz des höchsten Kontrollorgans	130, 158 f.	
ETHIK UND INTEGRITÄT			
G4-56	Werte, Grundsätze und Verhaltensstandards	37, 81 f.	Nachhaltigkeitskodex, Nachhaltigkeitsleitlinien, Ethik- und Verhaltenskodex
ÖKONOMIE			
ASPEKT: WIRTSCHAFTLICHE LEISTUNG – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EC1	Erwirtschafteter und verteilter Wert	136	Der Personalaufwand der L-Bank betrug 2016 93,4 Mio. EUR; neben Löhnen und Gehältern (75,5 Mio. EUR) sowie sozialen Abgaben (17,9 Mio. EUR) sind Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung (5,7 Mio. EUR) darin enthalten
G4-EC2	Finanzielle Folgen, Risiken und Chancen des Klimawandels	–	Ökologisch orientierte Förderprogramme, Umweltmanagementsystem
G4-EC3	Verpflichtungen aus leistungsorientiertem Pensionsplan	134, 141 f.	
G4-EC4	Finanzielle Unterstützung durch Regierungen	n. r.	Für die L-Bank als staatliche Förderbank des Landes Baden-Württemberg ist dieser Indikator nicht anwendbar
ASPEKT: BESCHAFFUNG – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EC9	Ausgaben für lokale Zulieferer	56	Nachhaltigkeitsleitlinien; Präferenz regionaler – aus Baden-Württemberg stammender – Zulieferer und Dienstleister im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen
ÖKOLOGIE			
ASPEKT: MATERIALIEN – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN1	Eingesetzte Materialien nach Gewicht oder Volumen	51, 55, 73	Umweltkennzahlen gemäß VfU, v. a. Papier
G4-EN2	Anteil Sekundärrohstoffe am Gesamtmaterialeinsatz	55, 73	Verwendung von Recyclingpapier
ASPEKT: ENERGIE – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN3	Energieverbrauch innerhalb des Unternehmens	52, 72	
G4-EN5	Energieintensität	72	
G4-EN6	Reduzierung Energieverbrauch	52, 68	

GRI-Aspekte und -Indikatoren		Seiten	Erläuterungen und ergänzende Verweise
SPEZIFISCHE STANDARDANGABEN			
ASPEKT: WASSER – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN8	Gesamtwasserentnahme nach Quellen	52	
ASPEKT: EMISSIONEN – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN15	Direkte Treibhausgasemissionen (Scope 1)	49, 72	Umweltkennzahlen gemäß VfU
G4-EN16	Indirekte energiebezogene Treibhausgasemissionen (Scope 2)	49, 72	Umweltkennzahlen gemäß VfU
G4-EN17	Weitere indirekte Treibhausgasemissionen (Scope 3)	49, 72	Umweltkennzahlen gemäß VfU
G4-EN18	Intensität der Treibhausgasemissionen	72	
G4-EN19	Reduktion der Treibhausgasemissionen	49, 50, 72	
G4-EN21	NO _x , SO _x und andere signifikante Luftemissionen	–	Siehe Umwelterklärung
ASPEKT: ABWASSER UND ABFALL – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN22	Abwassereinleitung nach Qualität und Ort	n. r.	Die L-Bank leitet Abwasser in das öffentliche Abwasserentsorgungssystem ein. Wo notwendig sind Abscheideanlagen vorgeschaltet, sodass es sich um haushaltsübliche Abwässer handelt.
G4-EN23	Abfall nach Art und Entsorgungsmethode	56, 73	Umweltkennzahlen gemäß VfU
G4-EN26	Signifikant von Abwassereinleitungen betroffene Gewässer	n. r.	Alle Einrichtungen sind an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen.
ASPEKT: PRODUKTE UND DIENSTLEISTUNGEN – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN27	Verringerung der Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen	53, 55, 57	Umweltpolitik als Teil der Nachhaltigkeitsleitlinien; Fördermaßnahmen minimieren Umweltauswirkungen; Klimaschutzgesetz BW, Umstellung auf Recyclingpapier, Webinare erweitern das Schulungsangebot
ASPEKT: COMPLIANCE – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN29	Bußgelder und Sanktionen wegen Nichteinhaltung von Umweltauflagen	–	Keine Bußgelder und/oder Sanktionen
ASPEKT: TRANSPORT – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN30	Umweltauswirkungen des Transports von Produkten und Materialien sowie von Mitarbeitern	–	Umweltpolitik als Teil der Nachhaltigkeitsleitlinien; Wohnstandortanalyse als Entscheidungsgrundlage.
ASPEKT: BESCHWERDEMECHANISMEN BZGL. ÖKOLOGISCHER ASPEKTE – MANAGEMENTANSATZ			
G4-EN34	Formelle Beschwerden bzgl. ökologischer Auswirkungen	–	Keine formellen Beschwerden
ARBEITSUMFELD UND ARBEITSBEDINGUNGEN			
ASPEKT: BESCHÄFTIGUNG – MANAGEMENTANSATZ			
G4-LA1	Neueinstellungen und Mitarbeiterfluktuation	44	
G4-LA2	Leistungen, die nur Vollzeitbeschäftigten gewährt werden	–	Einzelne Leistungen wie die betriebliche Altersversorgung der L-Bank hängen von einem Kriterienkatalog ab.
G4-LA3	Rückkehr nach Elternzeit	40 f., 93	Es erfolgt eine Förderung der Rückkehr durch eine finanzielle Unterstützung der Kinderbetreuung/Bereitstellung von Kitaplätzen. Statistiken in Zusammenhang mit der Rückkehr nach Elternzeit werden nicht erstellt.
ASPEKT: ARBEITSSICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ – MANAGEMENTANSATZ			
G4-LA5	Anteil der in Arbeitssicherheitsausschüssen vertretenen Belegschaft	42	Über den Arbeitssicherheitsausschuss sind 100 Prozent der Mitarbeiter vertreten
G4-LA6	Unfälle, Berufskrankheiten, Ausfalltage und Todesfälle	71	Fehlzeiten, Arbeits- und Wegeunfälle; keine betrieblichen Todesfälle; Datenerhebung im Rahmen eines jährlichen Arbeitsschutzreports
ASPEKT: AUS- UND WEITERBILDUNG – MANAGEMENTANSATZ			
G4-LA9	Aus- und Weiterbildung	37 f., 72, 92 f.	Statistiken zu Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen; DH-Studienprogramm; Traineeprogramm
G4-LA10	Programme für das Wissensmanagement und lebenslanges Lernen	21, 37	Zielorientierte, bedarfsgerechte Weiterentwicklung; kein starres Curriculum
G4-LA11	Anteil der Mitarbeiter mit regelmäßiger Leistungsbeurteilung und Karriereplanung	–	Keine routinemäßige, explizite Leistungsbeurteilung (Ausnahme: Beamte)

GRI-Aspekte und -Indikatoren		Seiten	Erläuterungen und ergänzende Verweise
ASPEKT: VIELFALT UND CHANCENGLEICHHEIT – MANAGEMENTANSATZ			
G4-LA12	Zusammensetzung der Kontrollorgane und der Mitarbeiter nach Diversitätsaspekten	45, 81, 93	Personalkennzahlen; Zusammensetzung Vorstand und Verwaltungsrat. Die Erfassung von Minderheiten ist gesetzlich nicht erlaubt.
ASPEKT: GLEICHER LOHN FÜR FRAUEN UND MÄNNER – MANAGEMENTANSATZ			
G4-LA13	Verhältnis des Grundgehalts und der Vergütung von Frauen gegenüber Männern	n. r.	Für Frauen und Männer gelten dieselben Entlohnungsgrundsätze, die Eingruppierung in Gehaltsstufen erfolgt genderunabhängig. Personalkennzahlen; Tarifvertrag des Bankengewerbes, außertarifliche Verträge
MENSCHENRECHTE			
ASPEKT: VEREINIGUNGSFREIHEIT UND RECHT AUF KOLLEKTIVVERHANDLUNGEN			
G4-HR4	Versammlungs- und Kollektivverhandlungsfreiheit	43	Personalrat nach dem Landespersonalvertretungsgesetz; Versammlungs- und Kollektivverhandlungsfreiheit vollumfänglich gegeben
GESELLSCHAFT			
ASPEKT: LOKALE GEMEINSCHAFTEN – MANAGEMENTANSATZ			
G4-SO1	Anteil der Standorte mit Maßnahmen zur Einbindung lokaler Gemeinschaften, Folgeabschätzungen und Förderprogrammen	–	Es ist Auftrag der L-Bank, die Lebensbedingungen in Baden-Württemberg zu verbessern
ASPEKT: KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG – MANAGEMENTANSATZ			
G4-SO3	Anteil der auf Korruptionsrisiken überprüften Geschäftsstandorte und ermittelte Risiken	–	Compliance-Management an allen Standorten
G4-SO4	Informationen und Schulungen zur Korruptionsbekämpfung	–	Verbindliche Regelungen zur Compliance und Geldwäscheschulung für jeden Mitarbeiter
ASPEKT: WETTBEWERBSWIDRIGES VERHALTEN – MANAGEMENTANSATZ			
G4-SO7	Verfahren aufgrund von wettbewerbswidrigem Verhalten oder Kartellbildung	–	Keine Klagen oder Sanktionen
ASPEKT: COMPLIANCE – MANAGEMENTANSATZ			
G4-SO8	Bußgelder und Sanktionen wegen Gesetzesverstößen	–	Keine Klagen oder Sanktionen
PRODUKTVERANTWORTUNG			
ASPEKT: KENNZEICHNUNG VON PRODUKTEN UND DIENSTLEISTUNGEN – MANAGEMENTANSATZ			
G4-PR3	Grundsätze und Verfahren zur Produktkennzeichnung sowie Anteil der Produkte und Dienstleistungen, die diesen unterliegen	–	Die L-Bank erfüllt die rechtlichen Vorgaben zur Bereitstellung von Informationen zu Finanzdienstleistungen. Darüber hinaus ist dieser Faktor nicht relevant.
G4-PR4	Verstöße gegen Vorschriften und freiwillige Verhaltensregeln bzgl. Kennzeichnung von Produkten und Dienstleistungen	–	Keine Klagen oder Sanktionen
G4-PR5	Ergebnisse von Umfragen zur Kundenzufriedenheit	–	Beratung der L-Bank bei Finanzierungssprechtagen wird regelmäßig mit sehr gutem Erfolg evaluiert.
ASPEKT: SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE DES KUNDEN – MANAGEMENTANSATZ			
G4-PR8	Berechtigte Datenschutzbeschwerden	–	Keine Beschwerden, die zu Bußgeldern oder Sanktionen geführt haben
ASPEKT: COMPLIANCE – MANAGEMENTANSATZ			
G4-PR9	Wesentliche Bußgelder bzgl. Bereitstellung und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen	–	Keine Bußgelder

Abkürzungen

EC	Economic	GRI	Global Reporting Initiative
EN	Environmental	LA	Labor Practices and Decent Work
ESG	Environmental/Social/Governance	PR	Product Responsibility
FS	Financial Sector	SO	Society
HR	Human Rights	n. r.	nicht relevant

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT 2016

Die L-Bank hat als Förderbank des Landes Baden-Württemberg den staatlichen Auftrag, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen zu verwalten und durchzuführen. Vor dem Hintergrund dieser gemeinnützigen Aufgaben ist für sie eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung selbstverständlich. Sie hat den Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg durch entsprechende Beschlüsse von Vorstand und Verwaltungsrat in ihrem Regelwerk verankert und beachtet seine Vorgaben. Dieser Corporate Governance Bericht betrifft das Geschäftsjahr 2016, die nachfolgende Entsprechenserklärung gilt in vollem Umfang zum Stichtag 31.12.2016.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG

Vorstand und Verwaltungsrat der L-Bank erklären:

Den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg (PCGK BW) wurde und wird, soweit sie auf die L-Bank als Anstalt des öffentlichen Rechts anwendbar sind, entsprochen.

Hinsichtlich der Empfehlung in Rn. 106 Satz 4 PCGK BW, wonach die Erteilung von zusätzlichen Aufträgen an den Abschlussprüfer durch den Vorstand der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf, hat der Verwaltungsrat in einem Grundsatzbeschluss betragsmäßig unwesentlichen zusätzlichen Aufträgen an den Abschlussprüfer pauschal vorab zugestimmt; im Jahr 2016 hat die L-Bank auf Basis dieser pauschalen Zustimmung einen zusätzlichen Auftrag an den Abschlussprüfer erteilt. Anfang 2017 hat der Verwaltungsrat den vorgenannten Grundsatzbeschluss aufgehoben, sodass mit Beginn des Geschäftsjahres 2017 sämtliche zusätzliche Aufträge an den Abschlussprüfer der gesonderten Zustimmung des Verwaltungsrats bedürfen.

ANTEIL VON FRAUEN IN VORSTAND, VERWALTUNGSRAT UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Zum 31.12.2016 war im zweiköpfigen Vorstand keine Frau vertreten. Zu diesem Zeitpunkt waren fünf der 17 Mitglieder des Verwaltungsrats (Quote 29,4 %) und 76 der 222 Mitarbeiter in Führungspositionen (Quote 34,2 %) Frauen.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS FÜR 2016 in TEUR

Name	Feste Vergütung	Sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Dr. Axel Nawrath Vorsitzender	682	24	9	714
Dr. Ulrich Theileis Stv. Vorsitzender	500	19	6	525
Gesamt	1.181	43	15	1.240

Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine betriebliche Altersversorgung auf der Grundlage der für die Beschäftigten der L-Bank geltenden Regelungen.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATS FÜR 2016 in TEUR

Name	Mitgliedschaft Verwaltungsrat	Mitgliedschaft Ausschüsse	Sitzungsgeld	Gesamt
Edith Sitzmann ^{1,4} Vorsitzende	7,4	1,6	1,1	10,0
Thomas Strobl ^{1,3} 1. Stv. Vorsitzender	3,3	1,7	0,9	5,8
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut ^{1,3} 2. Stv. Vorsitzende	3,3	1,0	0,5	4,7
Katrin Altpeter ^{1,2}	2,2	–	–	2,2
Alexander Bonde ^{1,2}	2,8	1,4	0,2	4,3
Leni Breymaier ⁶	5,5	–	0,5	6,0
Dr. Jürgen Bufka ³	2,6	–	0,3	2,9
Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach	6,0	3,9	1,2	11,1
Reinhold Gall ^{1,2}	2,8	1,4	–	4,2
Roger Kehle	6,0	–	0,6	6,6
Gabriele Kellermann	6,0	3,1	0,9	10,0
Dr. Peter Kulitz	6,0	1,0	0,3	7,3
Andrea Lindlohr ⁵	2,4	–	0,5	2,9
Klaus-Peter Murawski ¹	6,0	1,0	0,6	7,6
Dr. Dieter Salomon	6,0	–	0,3	6,3
Dr. Nils Schmid ^{1,2}	3,3	1,4	0,5	5,2
Claus Schmiedel	6,0	–	0,5	6,5
Franz Untersteller ¹	6,0	2,4	0,2	8,6
Joachim Wohlfeil	6,0	–	0,6	6,6
Clemens Meister	6,0	–	0,6	6,6
Tatjana Aster	6,0	–	0,5	6,5
Thomas Dörflinger	6,0	–	0,5	6,5
Gesamt	107,4	20,0	10,8	138,2

1 Es besteht eine Pflicht zur Ablieferung an das Land Baden-Württemberg.

2 Mit Wirkung zum 12.05.2016 aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

3 Mit Wirkung zum 26.07.2016 zum Mitglied des Verwaltungsrats bestellt.

4 Mit Wirkung zum 26.07.2016 zur Vorsitzenden des Verwaltungsrats bestimmt.

5 Mit Wirkung zum 08.08.2016 zum Mitglied des Verwaltungsrats bestellt.

6 Mit Wirkung zum 30.11.2016 aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

Der Vorstand

Der Verwaltungsrat

LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

GRUNDLAGEN

Die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – (L-Bank) ist das Förderinstitut des Landes Baden-Württemberg. Ihre Geschäftstätigkeit wird von dem gesetzlichen Auftrag bestimmt, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfevorschriften der Europäischen Union (EU) durchzuführen.

Die L-Bank hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Baden-Württemberg. Als Anstalt des öffentlichen Rechts untersteht die L-Bank der Aufsicht des Landes. Zudem gehört die L-Bank im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism = SSM) zum Kreis der durch die Europäische Zentralbank (EZB) unmittelbar beaufsichtigten Kreditinstitute.

Sowohl Förderziele als auch operative Plangrößen – wie beispielsweise Kundenkreise und Förderschwerpunkte – werden der L-Bank von ihrem Eigentümer durch das L-Bank Gesetz, durch politische Schwerpunktsetzung und im programmgebundenen Geschäft zusätzlich durch konkrete Programmrichtlinien vorgegeben. Wesentliche Geschäftsaktivitäten der L-Bank sind demzufolge maßgeblich durch externe Faktoren geprägt und daher nur eingeschränkt steuerbar.

WIRTSCHAFTSBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN

Im Jahr 2016 konnte die deutsche Wirtschaft ihren im Jahr 2013 gestarteten robusten Wachstumstrend bestätigen. Einem konjunkturell starken ersten Halbjahr folgte eine Abschwächung im dritten Quartal; wiederanziehende Auftragseingänge und eine gestiegene Industrieproduktion läuteten in den letzten drei Monaten ein neuerliches Wachstum ein. Im Gesamtjahr verzeichnet das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes einen Zuwachs von 1,9% gegenüber dem Vorjahr (Stand Februar 2017). Die deutsche Exportindustrie bewegte sich im vergangenen Jahr auf herausforderndem Terrain: Das Jahr 2016 begann mit einer Konjunkturkrise in China und brachte im weiteren Verlauf das EU-Austrittsvotum der Briten sowie die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Angesichts des aufgrund der damit einhergehenden Unsicherheiten nur moderaten Exportwachstums rückte die Binnenwirtschaft als Konjunkturstütze in den Fokus – expansives privates und staatliches Ausgabeverhalten trugen maßgeblich zum BIP-Wachstum bei. Dank der guten konjunkturellen Entwicklung setzte sich der Beschäftigungsaufbau am deutschen Arbeitsmarkt auch 2016 fort, allerdings schwächte sich die Dynamik seit Jahresmitte deutlich ab. Die Arbeitslosenquote lag der Bundesagentur für Arbeit zufolge im Durchschnitt bei 6,1% und damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres.

Für die Entwicklung der baden-württembergischen Wirtschaft zeigt sich in der Rückschau auf das vergangene Jahr ein zweigeteiltes Bild: Während der Industriesektor insbesondere in der ersten Jahreshälfte nur moderat wuchs, trieben das Baugewerbe und der Dienstleistungssektor als Konjunkturmotoren die Binnenwirtschaft an. Zum Teil deutliche Rückgänge im Außenhandel mit wichtigen Handelspartnern wie den USA oder China sorgten dafür, dass die Ausfuhrwirtschaft einen geringeren Anteil am BIP-Wachstum hatte als in den Vorjahren. Das Baugewerbe dagegen profitierte von einer anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum und anziehenden öffentlichen Infrastrukturinvestitionen. Auch private Konsumausgaben trugen maßgeblich zur Beschleunigung der Binnenkonjunktur bei, angetrieben durch die gute Einkommenssituation der Privathaushalte: So lag das durchschnittliche Einkommensniveau 2016 in der L-Bank GfK-Verbraucherumfrage auf einem historischen Höchstwert. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen expandierte die baden-württembergische Wirtschaft im Gesamtjahr 2016 mit 1,5 % (Statistisches Landesamt, Stand Februar 2017) und damit aufgrund ihrer stärkeren Exportorientierung weniger stark als die deutsche Gesamtwirtschaft. Der baden-württembergische Arbeitsmarkt entwickelte sich im abgelaufenen Jahr stabil. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich laut Bundesagentur für Arbeit auf 3,8 %, im Dezember 2016 lag sie bei 3,6 % (Stand Februar 2017).

GESCHÄFTSVERLAUF

Die Geschäftstätigkeit der L-Bank war im Jahr 2016 durch das weiterhin niedrige Marktzinsniveau geprägt. Ab der Jahresmitte war bei der Nachfrage nach Förderfinanzierungen eine Konsolidierungstendenz erkennbar. Dennoch spiegelt das weiterhin hohe Förderniveau die robuste Investitionstätigkeit des baden-württembergischen Mittelstandes sowie die durch die gute Baukonjunktur beständig hohe Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen wider.

Der Förderschwerpunkt der L-Bank lag im abgelaufenen Berichtsjahr in der Wirtschaftsförderung. Sie verzeichnete ein Neugeschäftsvolumen auf weiterhin hohem, allerdings im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufigem Niveau. Auch in der Wohnraumförderung gingen die Volumina auf hohem Niveau geringfügig zurück. Als volumenstärkste Programme behaupteten sich 2016 die Programme zur Ressourceneffizienzfinanzierung sowohl für mittelständische Unternehmen als auch im wohnwirtschaftlichen Bereich, die Existenzgründungsfinanzierung und die Investitionsfinanzierung. Sehr positiv entwickelte sich das Segment Infrastrukturförderung. Über alle Geschäftsfelder hinweg hat die L-Bank ein gleichbleibend hohes Neugeschäftsvolumen realisiert. Die Erwartungen des Vorjahres wurden damit übertroffen.

Wirtschaftsförderung

Die L-Bank unterstützt das anhaltende Wirtschaftswachstum und damit die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg mit Förderangeboten für Existenzgründer sowie bestehende mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe. Die Unterstützung erfolgt durch die Vergabe zinsverbilligter Darlehen und Zuschüsse sowie die gezielte Übernahme von Risiken. Im Berichtsjahr machten sich die Abschwächung des konjunkturellen Wachstums und die geopolitischen Risiken in gewissem Umfang auch bei den Neugeschäftsvolumina in der Wirtschaftsförderung bemerkbar. Die nachlassende Investitionsbereitschaft der Unternehmen schlug sich in der geringeren Inanspruchnahme einzelner Förderprogramme nieder. Dennoch erreichte die L-Bank in diesem Geschäftsfeld auch im Jahr 2016 mit insgesamt 3.190,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3.547,4 Mio. Euro) ein Neugeschäftsvolumen auf hohem Niveau.

Existenzgründer und junge Unternehmen förderte die L-Bank wie im Vorjahr insbesondere mit dem Programm Gründungsfinanzierung, das Unterstützung auf dem Weg in die Selbstständigkeit sowie bei der Erweiterung

und Übernahme bestehender Unternehmen gewährt. Entgegen dem rückläufigen Bundestrend lag das Neugeschäftsvolumen mit 598,5 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres (609,1 Mio. Euro) und entspricht damit den Erwartungen.

Rückläufig, aber nach den Rekordwerten aus 2015 im Rahmen der Erwartungen entwickelte sich das Fördervolumen für die etablierten Unternehmen des baden-württembergischen Mittelstands. Diese Unternehmen wurden im Jahr 2016 mit einer Vielzahl von Programmen in einem Gesamtumfang von insgesamt 2.193,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.458,8 Mio. Euro) gefördert. In der Wachstumsfinanzierung, die der Finanzierung von Unternehmensinvestitionen jeder Art dient, belief sich das zugesagte Darlehensvolumen auf 405,5 Mio. Euro (Vorjahr: 693,3 Mio. Euro). Im Programm Liquiditätskredit verringerten sich die Zusagen auf 83,5 Mio. Euro (Vorjahr: 94,9 Mio. Euro). Sehr positiv entwickelte sich dagegen das Neugeschäftsvolumen im Förderprogramm Ressourceneffizienzfinanzierung. Das Bewilligungsvolumen erhöhte sich deutlich auf 671,3 Mio. Euro (Vorjahr: 496,1 Mio. Euro). Mit der Ressourceneffizienzfinanzierung werden Investitionen gefördert, die zu einer effizienteren Nutzung von Energie und Materialien in der Wertschöpfung von Unternehmen führen. Die Neugeschäftszahlen im Förderprogramm zur Investitionsfinanzierung erhöhten sich spürbar auf 592,4 Mio. Euro (Vorjahr: 473,3 Mio. Euro). Gefördert werden hier betriebliche Investitionen in ländlichen Gebieten in Baden-Württemberg. Wie erwartet hat sich das im Vorjahr aufgelegte Förderprogramm Innovationsfinanzierung bei kleinen und mittleren Unternehmen gut am Markt etabliert. Die Zusagen beliefen sich auf 82,3 Mio. Euro (Vorjahr: 10,7 Mio. Euro). Kleine und mittlere Unternehmen erhalten für die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse. Neben den vorgenannten Entwicklungen hat die L-Bank ein neues Programm zur Weiterbildungsfinanzierung eingeführt. Mit diesem Förderprogramm werden zinsgünstige Darlehen zur

Finanzierung von Weiterbildungsbedarf auch im Zusammenhang mit der Industrie 4.0 vergeben.

Das Neugeschäftsvolumen in der Landwirtschaftsförderung verringerte sich auf 145,4 Mio. Euro (Vorjahr: 171,5 Mio. Euro). Zwar wurde das Programm Agrar- und Ernährungswirtschaft wieder besser nachgefragt als im Vorjahr, sodass das Darlehensvolumen von 67,8 Mio. Euro auf 71,3 Mio. Euro stieg. Der Zuwachs konnte jedoch den Rückgang insbesondere im Programm Landwirtschaft – Wachstum von 85,5 Mio. Euro auf 60,4 Mio. Euro nicht kompensieren. Mit diesem Programm werden Investitionen in der Landwirtschaft unterstützt, die zur Senkung der Produktionskosten oder zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen und damit im Ergebnis zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors beitragen. Das rückläufige Neugeschäftsvolumen ist auf eine branchenweit gesunkene Investitionsbereitschaft zurückzuführen, die durch eine spürbare Marktunsicherheit, als Folge von höheren Erzeugerpreisen insbesondere in der Milchwirtschaft, geprägt war.

Wohnraumförderung

Mit Hilfe von zinsverbilligten Darlehen und Zuschüssen unterstützt die L-Bank Privatpersonen und Unternehmen in Baden-Württemberg bei Bau, Kauf und Sanierung sowohl selbstgenutzten als auch vermieteten Wohnraums. Darüber hinaus leistet sie einen Beitrag zum barrierefreien Umbau bestehender Objekte. Erwartungsgemäß verringerte sich das Neugeschäftsvolumen auf 2.023,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.168,0 Mio. Euro). Die rückläufigen Neugeschäftszahlen sind im Wesentlichen auf die zum 31.08.2016 ausgelaufenen Förderprogramme zur Energieeffizienzfinanzierung zurückzuführen.

In der Wohneigentumsförderung gingen die Zusagen von 1.486,3 Mio. Euro auf 1.257,5 Mio. Euro zurück. Die Neugeschäftszahlen im Landeswohnraumförderungsprogramm lagen mit 208,3 Mio. Euro deutlich unterhalb des

Vorjahreswertes (261,7 Mio. Euro), was vor allem in der zeitweise gesunkenen Attraktivität der Konditionen im Vergleich zum allgemeinen Marktzinsniveau begründet war. Zudem verursachte das weiterhin knappe Angebot auf dem Wohnimmobilienmarkt in Baden-Württemberg rückläufige Förderanträge. Im Berichtsjahr wurden die Förderprogramme zur Energieeffizienzfinanzierung vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich verbesserten Angebote der bundeseigenen Förderbank KfW eingestellt. Auf das Programm Energieeffizienzfinanzierung – Bauen, mit dem Neubau und Kauf von energiesparenden Wohnhäusern und Eigentumswohnungen unterstützt wurden, entfielen noch Darlehen in Höhe von 403,2 Mio. Euro (Vorjahr: 529,4 Mio. Euro). Bei der Programmvariante Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren zur Verbesserung der Energieeffizienz wurden 217,9 Mio. Euro (Vorjahr: 228,2 Mio. Euro) bewilligt. Das Zusagevolumen im Förderprogramm Wohnen mit Kind lag mit 312,9 Mio. Euro weiterhin auf hohem Niveau, allerdings unter dem Volumen des Vorjahres (333,0 Mio. Euro). Mit diesem Programm werden zinsgünstige Darlehen an Familien mit Kindern ausgereicht, um sie beim Bau oder Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen. Ebenfalls rückläufig war die Nachfrage im Programm Wohnen mit Zukunft: Erneuerbare Energien, das auf den Einbau von heiztechnischen Anlagen sowie von Anlagen zur Warmwasseraufbereitung auf Basis regenerativer Energien abzielt (31,3 Mio. Euro; Vorjahr: 36,7 Mio. Euro).

Neben der Wohneigentumsförderung setzt sich die L-Bank auch für die Schaffung und Modernisierung von Mietwohnraum ein. Im Rahmen der Erwartungen erhöhte sich das Neugeschäftsvolumen auf 653,4 Mio. Euro (Vorjahr: 629,3 Mio. Euro). Besonders positiv stellte sich hierbei die Entwicklung im Landeswohnraumförderungsprogramm dar, dessen Neugeschäftsvolumen um 91,9 Mio. Euro auf 204,6 Mio. Euro anstieg. Dabei hat sowohl die Förderung von Neubaumaßnahmen (von 90,8 Mio. Euro auf 157,5 Mio. Euro) als auch die Förderung von Modernisierungsmaßnahmen (von 16,2 Mio. Euro auf 35,8 Mio. Euro) erheblich zugenommen. Gründe

hierfür sind der erhebliche Bedarf an bezahlbarem Wohnraum und die energetische Aufwertung der Objekte. Des Weiteren wurde von vielen Investoren die Erhöhung der zulässigen Eigenkapitalrenditen im Rahmen der beihilferechtlichen Vorgaben positiv aufgenommen. In den bankeigenen Förderprogrammen gingen die Zusagen auf 448,9 Mio. Euro (Vorjahr: 456,1 Mio. Euro) leicht zurück. Die Förderung von Wohnungseigentümergemeinschaften mit dem Ziel der energetischen Sanierung oder barrierefreien Modernisierung von Wohngebäuden entwickelte sich erneut sehr positiv. Das zugesagte Volumen konnte auf 32,9 Mio. Euro (Vorjahr: 23,9 Mio. Euro) gesteigert werden.

Das im Jahr 2015 neu eingeführte Förderprogramm Wohnraum für Flüchtlinge war ebenfalls sehr gut nachgefragt. Die Landeszuschüsse, die für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zugesagt wurden, haben sich auf 80,0 Mio. Euro (Vorjahr: 28,5 Mio. Euro) mehr als verdoppelt.

Sonstige Entwicklungen

Die L-Bank stärkt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit Finanzierungslösungen für kommunale und soziale Infrastrukturprojekte und setzt sich im Land für die Realisierung von öffentlichen Infrastrukturvorhaben durch die Gewährung von Darlehen oder durch andere Finanzierungsinstrumente ein. So beteiligt sich die L-Bank unter anderem an Finanzierungen von Public-Private-Partnerships und finanziert Konzessions- und Mietmodelle. Die Nachfrage im öffentlichen Sektor ist stark angestiegen. Im Berichtsjahr wurden Neugeschäftsvolumina in Höhe von insgesamt 6.432,9 Mio. Euro realisiert (Vorjahr: 3.652,4 Mio. Euro).

Als Dienstleister für das Land Baden-Württemberg übernimmt die L-Bank die Vergabe zahlreicher Finanzhilfen und auch deren Verwaltung. Es werden Mittel des Landes, des Bundes und der Europäischen Union

ausgereicht. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 8.056 Neubewilligungen (Vorjahr: 7.989 Neubewilligungen) mit einem Volumen in Höhe von 1.231,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1.224,3 Mio. Euro) bearbeitet. Durch neu eingeführte Programme und Steigerungen bei den etablierten Programmen lag das Volumen insgesamt über dem Vorjahresniveau. Die wesentlichen Programme waren nach wie vor die Krankenhausfinanzierung (440,8 Mio. Euro; Vorjahr: 400,3 Mio. Euro) sowie Maßnahmen im Bereich Wasser, Abwasser, Hochwasserschutz, Altlasten und Wasserkraft (116,1 Mio. Euro; Vorjahr: 132,7 Mio. Euro). Das neu gestaltete Programm zur Breitbandinitiative verzeichnete ein Volumen in Höhe von 102,2 Mio. Euro. Aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) wurden Mittel in Höhe von 100,4 Mio. Euro (Vorjahr: 25,9 Mio. Euro) zugesagt. Die Bewilligungen in der Technologie- und Wirtschaftsförderung beliefen sich auf 79,2 Mio. Euro (Vorjahr: 115,2 Mio. Euro).

Daneben unterstützte die L-Bank Familien im Auftrag von Bund und Land insbesondere durch die Ausreichung von Elterngeld. Das Bewilligungsvolumen des Elterngelds lag mit 912,4 Mio. Euro über dem Niveau des Vorjahres (856,5 Mio. Euro). Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, wonach das Betreuungsgeld gegen das Grundgesetz verstößt, wurde ab dem 21.07.2015 kein Betreuungsgeld mehr bewilligt (Vorjahr: 116,0 Mio. Euro).

Die L-Bank war zum Bilanzstichtag mit einem Buchwert von 237,8 Mio. Euro (Vorjahr: 231,0 Mio. Euro) an Unternehmen beteiligt. Das Beteiligungsportfolio der L-Bank umfasst im Wesentlichen strategische und kreditersetzende Beteiligungen sowie Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg.

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen, die die L-Bank im Auftrag des Landes Baden-Württemberg hält, belief sich zum Jahresende 2016 auf 121,8 Mio. Euro (Vorjahr: 117,8 Mio. Euro). Die Erhöhung des Buchwertes im Vergleich zum Vorjahr ist auf die Zuführung in

die Kapitalrücklage bei einem Beteiligungsunternehmen zurückzuführen.

Die L-Bank beteiligt sich als Co-Investor an mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg. Zum Jahresbeginn 2016 hat sich die L-Bank an einem externen Mittelstandsfonds (L-Bank Anteil: bis zu 50,0 Mio. Euro) beteiligt, der etablierte Unternehmen insbesondere bei den anstehenden Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung der Produkte und Wertschöpfungsketten (Industrie 4.0) begleitet. Mit einem Volumen von bis zu 100,0 Mio. Euro engagiert sich die L-Bank bei Unternehmen der IT- und Softwarebranche, deren Produkte bereits am Markt eingeführt sind, die aber finanzielle Unterstützung für ihr weiteres Wachstum benötigen (Venture Capital Portfolio). Aufgrund des angestiegenen Neugeschäfts erhöhte sich der Buchwert der Beteiligungen im Venture Capital Portfolio auf 55,2 Mio. Euro (Vorjahr: 34,6 Mio. Euro). Insgesamt belief sich der Buchwert der kreditersetzenden Beteiligungen auf 99,6 Mio. Euro (Vorjahr: 92,3 Mio. Euro). Über Tochtergesellschaften betreibt die L-Bank Technologie- und Gewerbeparks an hochschul- und forschungsnahen Standorten. Sie verfolgt damit das Ziel, ein immobilienwirtschaftliches Medium für den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft bereitzustellen. Die Parks heben sich vom sonstigen gewerblichen Vermietungsangebot insbesondere durch ihr Parkmanagement und ergänzende Serviceleistungen, unter anderem in Form von Konferenz- und Schulungsräumen sowie Kindergärten und Grundschulklassen, ab. Im Berichtsjahr erfolgte die Neugründung der Technologiepark Mannheim GmbH. Zum 31.12.2016 lag der Buchwert der Unternehmen zur Standortentwicklung bei 16,3 Mio. Euro (Vorjahr: 21,0 Mio. Euro). Die Veränderung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf der Rückzahlung aus der Kapitalrücklage eines Tochterunternehmens.

Ihren Bestand an Förderkrediten in Sachsen hat die L-Bank im Berichtsjahr plangemäß weiter abgebaut. Zum 30.06.2016 wurde ein weiteres Teilportfolio von

Kredit an sächsische Wohnungsunternehmen im Nennwert von insgesamt 107,6 Mio. Euro an die Sächsische Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, veräußert.

Im Rahmen ihrer Aktiv-/Passivsteuerung verfolgte die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit klarem Fokus auf gute und sehr gute Schuldnerqualitäten. Der Bestand setzt sich zu mehr als zwei Dritteln aus Titeln in den Ratingstufen AAA und AA zusammen.

LAGE

Ertragslage

Die Ertragslage der L-Bank wird durch die nachstehende betriebswirtschaftlich orientierte Ergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden die handelsrechtlich als Zinsaufwand darzustellenden Zinssubventionen und andere Förderaufwendungen als Leistung an das Land Baden-Württemberg und somit als Ergebnisverwendung dargestellt. Der Zinsüberschuss blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Der erwartete Rückgang aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wurde durch einen positiven Sondereffekt aus der gesetzlichen Änderung des Abzinsungssatzes für die Pensionsrückstellungen nahezu ausgeglichen. Der Zinsüberschuss blieb unverändert die wichtigste Ertragsquelle der L-Bank.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 40,9 Mio. Euro (Vorjahr: 42,4 Mio. Euro) war unverändert geprägt durch die Zahlungen des Landes für Dienstleistungen der L-Bank. Hierzu gehören insbesondere die Ausreichung von Mitteln der Familienförderung (vor allem Elterngeld) und die Gewährung von Finanzhilfen (EU-Strukturförderung u. a.).

Die Verwaltungsaufwendungen, die neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf Sachanlagen umfassen, sind gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % auf 165,3 Mio. Euro (Vorjahr: 171,2 Mio. Euro) zurückgegangen. Die erwarteten Steigerungen bei den

IT-Aufwendungen wurden durch niedrigere Aufwendungen für Gebäude sowie weitere Kosteneinsparungen überkompensiert.

Das Nettoergebnis aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen war rückläufig (1,1 Mio. Euro; Vorjahr: 4,7 Mio. Euro). Ursächlich hierfür war hauptsächlich ein im Vorjahr angefallener Einmalertrag. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen verbesserte sich auf 245,6 Mio. Euro (Vorjahr: 241,3 Mio. Euro).

Das Bewertungsergebnis hat sich von 42,6 Mio. Euro im Vorjahr auf 92,9 Mio. Euro erhöht und blieb damit weiterhin deutlich positiv. Ursächlich hierfür waren in dieser Höhe nicht erwartete Risikovorsorgeauflösungen aus dem Abbau von Problemkrediten. Damit betrug das Betriebsergebnis 338,5 Mio. Euro (Vorjahr: 283,9 Mio. Euro). Das verteilungsfähige Ergebnis der L-Bank belief sich auf 337,0 Mio. Euro (Vorjahr: 279,2 Mio. Euro).

Im Jahr 2016 wurden im Rahmen der Fördertätigkeit der L-Bank 113,6 Mio. Euro (Vorjahr: 114,5 Mio. Euro) für Zinssubventionen und Zuschüsse aufgewendet. Der Beitrag zur Unterstützung des Straßenbaus in Baden-Württemberg betrug unverändert 14,1 Mio. Euro.

Zum 01.01.2017 führt die L-Bank ein neues Förderbeitragssystem ein. Kernelement ist, dass Förderbeiträge, die die L-Bank bereitstellt, aus bereits erwirtschafteten Ergebnissen geleistet werden. Für die Förderbeiträge der Geschäftsjahre 2017 und 2018 wurden insgesamt 160,0 Mio. Euro in den neu gebildeten Förderfonds (Rückstellung) eingestellt.

Der Jahresüberschuss belief sich auf insgesamt 49,3 Mio. Euro (Vorjahr: 50,6 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergab sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 50,2 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, hiervon 50,0 Mio. Euro zur Erhöhung der Kernkapitalquote in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 0,2 Mio. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. Euro

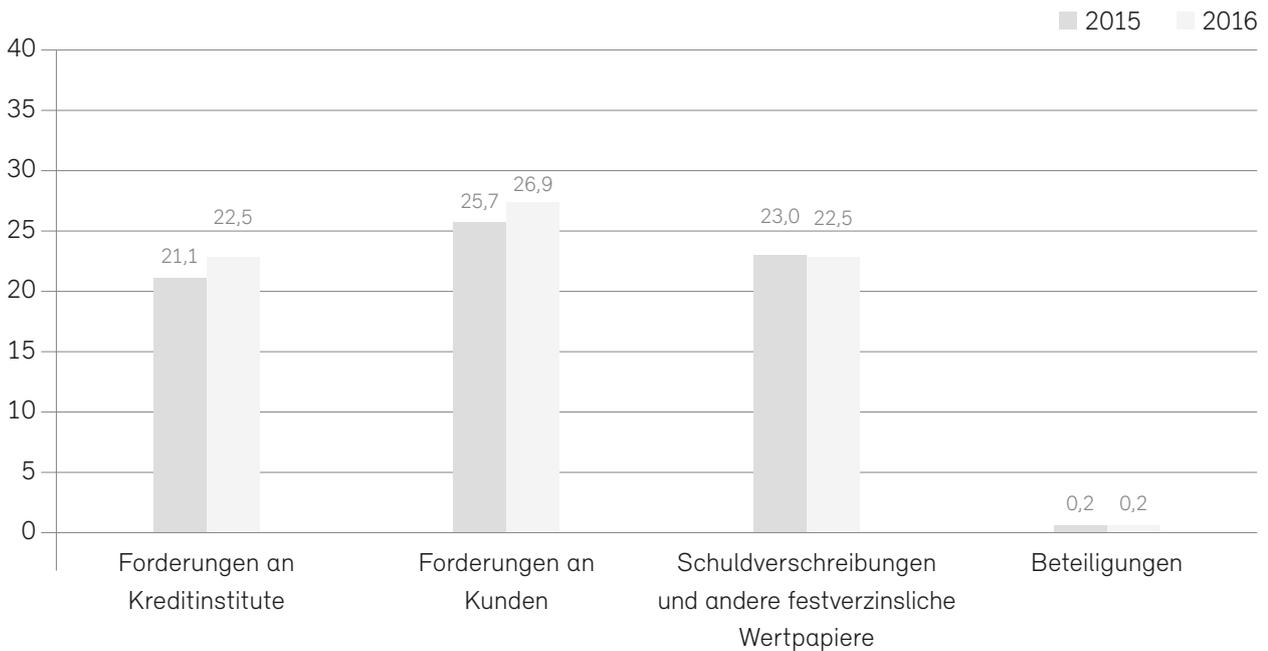
	01.01.2016 bis 31.12.2016	01.01.2015 bis 31.12.2015	Veränderung	Veränderung in %
Zinsüberschuss	368,9	365,4	3,5	1,0
Provisionsüberschuss	40,9	42,4	-1,5	-3,5
Nettoergebnis aus sonstigen Erträgen/ Aufwendungen	1,1	4,7	-3,6	-76,6
Verwaltungsaufwendungen	165,3	171,2	-5,9	-3,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	245,6	241,3	4,3	1,8
Bewertungsergebnis	92,9	42,6	50,3	> 100,0
Betriebsergebnis	338,5	283,9	54,6	19,2
Ertragsteuern	1,5	4,7	-3,2	-68,1
Verteilungsfähiges Ergebnis	337,0	279,2	57,8	20,7
Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse	113,6	114,5	-0,9	-0,8
Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	14,1	14,1	0,0	0,0
Zuführung zum Förderfonds (Rückstellung)	160,0	-	160,0	-
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	100,0	-100,0	-100,0
Jahresüberschuss	49,3	50,6	-1,3	-2,6

Vermögenslage

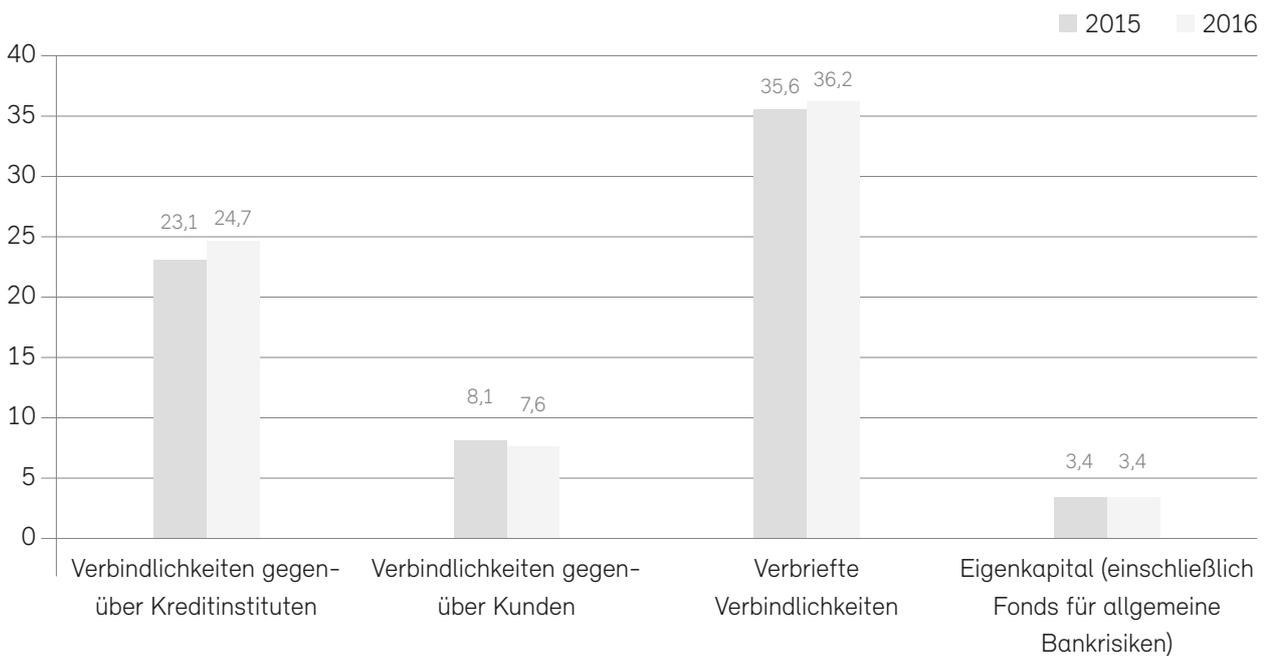
Die Bilanzsumme der L-Bank bewegte sich erwartungsgemäß auf einem vergleichbaren Niveau wie im Vorjahr und betrug zum Stichtag 75.075,4 Mio. Euro (Vorjahr: 73.294,9 Mio. Euro). Die leichte Zunahme resultierte vornehmlich aus höheren Forderungen an Kreditinstitute und Kunden. Auf der Passivseite standen diesen hauptsächlich höhere Refinanzierungen bei Kreditinstituten gegenüber.

Das Geschäftsvolumen, das auch Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen umfasst, erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 1,0 % auf 82.118,2 Mio. Euro (Vorjahr: 81.320,5 Mio. Euro).

AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER AKTIVSEITE in Mrd. Euro



AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER PASSIVSEITE in Mrd. Euro



Finanzlage

Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Letztere führt faktisch zu einer bonitätsmäßigen Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's bewerten die L-Bank daher weiterhin mit ihrer besten Einstufung von Aaa bzw. AAA. Zudem können Kreditinstitute L-Bank Anleihen als Aktiva der höchsten Liquiditätsstufe in der kurzfristigen Liquiditätskennziffer LCR (Liquidity Coverage Ratio) anrechnen.

Die L-Bank konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch diversifizierte Nutzung ihrer Refinanzierungsvarianten erreichen. Die Fristenschwerpunkte lagen im Zwei-, Fünf- und Zehnjahresbereich. Zentrales Instrument hierfür ist das „Debt Issuance Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 30.000,0 Mio. Euro, das zum 31.12.2016 mit 23.144,7 Mio. Euro (Vorjahr: 21.890,6 Mio. Euro) ausgelastet war. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktrefinanzierungen erreichte inklusive einiger auf Investorenwunsch durchgeführter Tauschoperationen ein Volumen von 9.960,5 Mio. Euro (Vorjahr: 5.158,6 Mio. Euro). Die Auslastung des „Commercial Paper Programme“, das einen Rahmenumfang von 15.000,0 Mio. Euro aufweist und der kurzfristigen Refinanzierung dient, lag zum Jahresende bei 8.306,4 Mio. Euro (Vorjahr: 9.187,9 Mio. Euro).

Zusätzlich nutzte die L-Bank für verschiedene Förderprogramme die Refinanzierungsangebote der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, soweit dies aufgrund der Programmkompatibilität der Institute möglich war.

Die Liquidität war im abgelaufenen Geschäftsjahr gesichert, sämtliche aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden jederzeit eingehalten.

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Eigenmittel zum 31.12.2016 vor Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat der L-Bank.

EIGENMITTEL in Mio. Euro

Hartes Kernkapital nach Abzugspositionen	3.384,2
Zusätzliches Kernkapital nach Abzugspositionen	0,0
Ergänzungskapital nach Abzugspositionen	430,3
Summe der Eigenmittel	3.814,5

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG VON GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der L-Bank waren im Berichtsjahr zufriedenstellend.

PERSONAL

Die L-Bank beschäftigte zum Bilanzstichtag 1.232 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.236). Die L-Bank verfolgt die Strategie – flankiert von innerbetrieblicher Weiterbildung und Personalmaßnahmen wie Trainings on the Job – freierwerdende Stellen möglichst intern zu besetzen. Für Spezialistenfunktionen wird jedoch weiterhin auf den externen Arbeitsmarkt zurückgegriffen. Die Fluktuationsquote ist mit 1,79 % (Vorjahr: 3,82 %) sehr niedrig.

Personelle Veränderungen ergaben sich vor allem durch Modernisierungs- und Digitalisierungsvorhaben und

damit einhergehende Anforderungen an die Mitarbeiter. Die Einrichtung eines Sicherheitenkompetenzzentrums für Engagements des Wohnungsbaus war ebenso wie die Zusammenlegung von Bereichen mit einer Verlagerung von Aufgaben verbunden.

Unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung strebt die L-Bank bei der Besetzung von Führungspositionen eine angemessene Geschlechterverteilung an, das heißt in der Regel eine Berücksichtigung von Frauen und Männern zu gleichen Teilen. 34,2 % (Vorjahr: 33,8 %) der Führungskräfte sind weiblich. Auf der Ebene unterhalb des Vorstands machte der Anteil der weiblichen Führungskräfte 32,0 % (Vorjahr: 32,1 %) aus. Insgesamt beschäftigt die L-Bank mehr Frauen als Männer: Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag zum Bilanzstichtag bei 57,9 % (Vorjahr: 58,2 %).

Die L-Bank hat ihr Konzept zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Berichtsjahr überarbeitet. Die Zusammenarbeit mit örtlichen Kinderbetreuungseinrichtungen wird sukzessive zurückgefahren. Dafür besteht zukünftig für Eltern von Vorschulkindern ein Anspruch auf finanziellen Zuschuss, sofern die Kinder in einer Einrichtung betreut werden. Außerdem berücksichtigt die L-Bank individuelle Teilzeitwünsche ihrer Mitarbeiter. So waren zum Bilanzstichtag 26,3 % (Vorjahr: 24,8 %) der Mitarbeiter in Teilzeit tätig. Freie Stellen werden grundsätzlich mit dem Hinweis ausgeschrieben, dass eine Besetzung auch in Teilzeit möglich ist.

Der demografische Wandel und die damit einhergehende Altersstruktur stellen auch die L-Bank vor Herausforderungen. 541 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 530) sind seit 20 Jahren oder länger bei der L-Bank beschäftigt, das Durchschnittsalter beträgt 46,5 Jahre (Vorjahr: 46,2 Jahre). Der betrieblichen Nachwuchsförderung kommt damit eine besondere Bedeutung zu.

NACHHALTIGKEITSBERICHT

Ein auf die nachhaltige Entwicklung der L-Bank und des Landes Baden-Württemberg ausgerichtetes Handeln ergibt sich aus dem gesetzlichen Förderauftrag der Bank und stellt die Grundlage ihrer Geschäftstätigkeit dar. Als Landesunternehmen übernimmt die L-Bank eine besondere Verantwortung für den Umweltschutz und vorbildliches unternehmerisches Handeln. Mit einem Geschäftsbetrieb, der sich an Nachhaltigkeitskriterien orientiert, und mit zielgerichteten Förderangeboten setzt die L-Bank Impulse für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Einen besonderen Stellenwert im Nachhaltigkeitsmanagement der L-Bank hat die Sensibilisierung der Mitarbeiter für die unterschiedlichen Themen der Nachhaltigkeit. So trägt die L-Bank dazu bei, nachhaltiges Handeln verständlich, sichtbar und erlebbar zu machen und die Unternehmenskultur nach dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu gestalten.

Erstmals wurde Anfang 2014 ein ausführlicher Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht, dessen Schwerpunkt auf den nichtfinanziellen Auswirkungen der L-Bank Geschäftstätigkeit liegt. Innerhalb des Geschäftsberichts 2016 wird der zweite Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt und somit dem Ziel einer Nachhaltigkeitsberichterstattung im Dreijahresrhythmus entsprochen.

Um den Nachhaltigkeitsgedanken in baden-württembergischen Unternehmen zu verbreiten und zu verankern, hat die vom Land ins Leben gerufene Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit die WIN-Charta entwickelt. Die L-Bank übernimmt als einer der Erstunterzeichner eine Vorreiterrolle und engagiert sich bei der weiteren Verbreitung der WIN-Charta. Über die im Rahmen der WIN-Charta verfolgten Nachhaltigkeitsziele und deren Zielerreichung informiert die L-Bank in einem WIN-Charta-Nachhaltigkeitsbericht. Gleichzeitig werden in diesem neue Ziele für die kommende Berichtsperiode gesetzt und so ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess eingeleitet.

Ein Bestandteil des Nachhaltigkeitsmanagements ist das Umweltmanagement. Mit der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes (EDL-G) vom 15.04.2015 ist die L-Bank verpflichtet, alle vier Jahre ein Energieaudit durchzuführen. Vorgeschrieben war die erstmalige Durchführung eines Energieaudits bis zum 05.12.2015. Die Einführung eines Umweltmanagementsystems gemäß der europäischen EMAS-Verordnung bis Ende 2016 wird als eine Möglichkeit anerkannt, diese Pflicht zu ersetzen. Das Eco-Management and Audit Scheme – kurz EMAS – ist ein freiwilliges Instrument der Europäischen Union zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung von Organisationen und Unternehmen. Das dabei verliehene EMAS-Zertifikat ist ein Gütesiegel für vorbildliches Umweltmanagement. Die L-Bank hat diese Möglichkeit genutzt und ein Umweltmanagementsystem entsprechend den EMAS-Anforderungen aufgebaut und validiert. Die Ersteintragung im EMAS-Register erfolgte am 19.12.2016. Mit der Validierung des Umweltmanagements nach EMAS und der zeitgleichen Zertifizierung nach der DIN EN ISO 14001 dokumentiert die L-Bank ihren verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie ihre Anstrengungen zum Schutz von Umwelt und Klima.

PROGNOSEBERICHT

Zum Jahresbeginn 2017 unterliegt die Entwicklung der deutschen Konjunktur auf der einen Seite zahlreichen geo- und handelspolitischen Unwägbarkeiten; auf der anderen Seite stimulieren dauerhaft niedrige Zinsen und der weiterhin niedrige Außenwert des Euro die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft. Kräftig aufwärtsgerichtete Auslandsbestellungen im letzten Quartal 2016 deuten auf einen schwungvollen Jahresbeginn hin. In der Gesamtbetrachtung ist für 2017 die Fortsetzung der robusten Aufschwungstendenz der deutschen Wirtschaft, allerdings ohne zunehmende Dynamik, absehbar. Im Jahresverlauf dürfte der nach wie vor verhaltene Welthandel das deutsche Auslandsgeschäft an deut-

licheren Zuwächsen hindern. Nicht zuletzt deswegen wird der Binnenwirtschaft auch im Jahr 2017 eine wichtige Rolle als Wachstumsstütze für die deutsche Gesamtkonjunktur zuteilwerden. Der starke Arbeitsmarkt, weiterhin steigende Reallöhne und Renten sowie der dauerhafte Niedrigzins stimulieren den privaten Konsum. Allerdings weisen wiederanziehende Inflationsraten, nicht zuletzt aufgrund steigender Energie- und Rohstoffpreise, auf ein Auslaufen der Konsumfreude im Laufe des zweiten Halbjahres 2017 hin. Zusätzliche Impulse – wenn auch in geringerem Ausmaß als 2016 – wird die Binnennachfrage durch die Bewältigung der Flüchtlingsintegration erfahren, die insbesondere das Baugewerbe und den Dienstleistungssektor begünstigen. In Summe geht die L-Bank für 2017 von einem stabilen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in einem Intervall zwischen 1,4% und 1,6% aus. Dieses Wachstum lässt eine Beschäftigungsausweitung erwarten. Dennoch wird sich die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der nach und nach am Arbeitsmarkt ankommenden Asylbewerber erhöhen. Im Gemeinschaftsgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2016 wird für 2017 eine konstante Arbeitslosenquote von 6,1% prognostiziert.

Die größten Wachstumsrisiken sind – abgesehen von der noch unklaren Handelspolitik der USA – vor allem innerhalb der Europäischen Union zu finden, des nach wie vor bei weitem bedeutsamsten Auslandsmarkts für deutsche Waren und Dienstleistungen. Das Erstarken antieuropäischer Strömungen stellt, vor allem im Hinblick auf die im Jahr 2017 bevorstehenden Wahlen in den Kernländern Frankreich, Niederlande und Deutschland, die Stabilität der EU auf den Prüfstand. Auch die wirtschaftliche Lage der südlichen Peripherieländer, mit dem Beispiel des italienischen Bankensektors, induziert konjunkturelle Unsicherheit. Die im Laufe des Frühjahres einsetzenden EU-Austrittsverhandlungen von Großbritannien und die ungewisse Ausgestaltung des sogenannten Brexits dürften für ein anhaltendes Hintergrundrauschen sorgen.

Das im Jahr 2016 im Bundesvergleich moderate baden-württembergische Wachstum ist auf die hohe Exportorientierung der Südwestwirtschaft zurückzuführen. Im herausfordernden weltwirtschaftlichen Umfeld des vergangenen Jahres hat sich diese Abhängigkeit tendenziell dämpfend ausgewirkt. Für 2017 gibt es positive Vorzeichen: So zogen die Auftragseingänge aus dem Ausland im letzten Quartal 2016 deutlich an – insbesondere in den wichtigen Leitbranchen Maschinenbau und Kraftfahrzeuge. Zudem werden in den USA und dem Vereinigten Königreich, dem größten respektive sechstgrößten Exportziel der baden-württembergischen Wirtschaft, stärkere fiskalische Impulse in Form von anziehenden Infrastrukturinvestitionen erwartet. Im Jahresverlauf dürften jedoch die Wahlausgänge in Frankreich und den Niederlanden – zwei der wichtigsten Handelspartner – den Außenhandel der Südwestwirtschaft beeinflussen. In der Gesamtschau dürfte der baden-württembergische Export im Jahr 2017 nichtsdestotrotz wieder einen stärkeren Beitrag zum regionalen Bruttoinlandsprodukt liefern – vorausgesetzt, die Vereinigten Staaten verzichten auf allzu strikte protektionistische Maßnahmen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg rechnet daher für 2017 mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,75 % (Stand Dezember 2016). Gestützt wird diese Prognose unter anderem von den überaus positiven Geschäfts- und Exporterwartungen der Südwestunternehmen in der monatlichen L-Bank ifo-Konjunkturumfrage. Die L-Bank geht von einem in Relation zur deutschen Gesamtwirtschaft etwas höheren Wachstumsintervall zwischen 1,5 % und 1,7 % aus. Auch im neuen Jahr wird die Binnenwirtschaft eine wichtige Wachstumsstütze für die hiesige Konjunktur bleiben. Der dynamische Arbeitsmarkt und deutliche Reallohnsteigerungen aus 2016 dürften den privaten Konsum antreiben, während staatliche Investitionen insbesondere das Baugewerbe anregen. Für das kommende Jahr erwartet die L-Bank – gestützt auf die überwiegend positiven unternehmerischen Beschäftigungsaussagen – weiterhin steigende Erwerbstätigenzahlen für

Baden-Württemberg, aufgrund der bereits jetzt schon vollbeschäftigungsnahen Ausgangssituation jedoch mit 0,5 % in gemäßigerem Ausmaß als 2016.

Einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sieht die L-Bank auch im kommenden Jahr in der Förderung von Existenzgründern, etablierten Mittelständlern und in der Wohnraumförderung. Dabei ist im Wesentlichen eine Fortführung der Fördertätigkeit mit den bestehenden Programmen geplant. Angesichts der wirtschaftlichen Prognosen wird insgesamt mit einer moderaten Nachfrageentwicklung gerechnet.

In der Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung ist insgesamt mit einem leicht rückläufigen Neugeschäftsvolumen zu rechnen. Einen Schwerpunkt setzt die L-Bank ab Juli 2017 mit der modifizierten Innovations- und Digitalisierungsfinanzierung. Darüber hinaus optimiert die L-Bank ihre Gründungs- und Nachfolgefinanzierung. Die Förderbedingungen in der Startfinanzierung 80 sowie in der Nachfolgefinanzierung werden verbessert. Zudem wird die L-Bank im Jahr 2017 ihr Förderspektrum für Existenzgründer mit Mikrofinanzierungen erweitern. Bei den Beteiligungsaktivitäten liegt ein Fokus auf dem Venture Capital Bereich in den Technologiefeldern IT und Internet. Es ist zu erwarten, dass sich das Zeichnungsvolumen für den unter Beteiligung der L-Bank 2016 an den Start gegangenen externen Mittelstandsfonds deutlich erhöhen wird. Hier werden etablierte Unternehmen insbesondere bei den anstehenden Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung der Produkte und Wertschöpfungsketten (Industrie 4.0) begleitet. Für 2017 ist zudem unter Initiierung der L-Bank die Gründung eines externen Venture Capital Fonds mit Fokus auf technologieorientierte Wachstumsunternehmen vorgesehen. Die L-Bank trägt damit zusammen mit ihren Partnern der Bedeutung des Technologiestandortes Baden-Württemberg Rechnung. Die Aktivitäten in der Standortentwicklung sollen insbesondere durch Erschließung neuer Standorte für Technologieparks ausgebaut

werden; unverändert bleibt der Verkauf von Objekten in den Parks Teil der Gesamtstrategie.

In der Wohnraumförderung werden die Neugeschäftsvolumina im Jahr 2017 voraussichtlich über dem Niveau von 2016 liegen. Bei der Förderung von privatem Wohneigentum im Rahmen des Landeswohnraumförderungsprogramms sollten sich die Antragszahlen und Zusagevolumina deutlich über dem Niveau des Vorjahres bewegen. Durch optimierte Förderbedingungen (Einkommensgrenzen, Zinssubventionen) ist mit einer Ausweitung der Zielgruppe zu rechnen. In den Förderprogrammen Wohnen mit Kind und Wohnen mit Zukunft geht die Bank von einer konstanten Nachfrage aus. Die Mietwohnraumförderung des Landes wird auch im Jahr 2017 nochmals gesteigert werden können. Gründe hierfür liegen einerseits in den erhöhten zur Verfügung stehenden Subventionsmitteln des Landes und andererseits in den verbesserten Förderbedingungen. Zudem machen immer mehr Kommunen von der Option Gebrauch, bei neuen Baugebieten einen gewissen Anteil an sozialem Mietwohnungsbau vorzuschreiben. Das bisherige, spezielle Zuschussprogramm des Landes für Wohnraum für Flüchtlinge wird mit Start des neuen Landeswohnraumförderungsprogramms im zweiten Quartal 2017 beendet. Über dieses können Flüchtlinge mit Wohnberechtigungsschein gleichberechtigt geförderte Wohnungen belegen. Die bankeigenen Programme zur Mietwohnraumförderung werden auf dem hohen Niveau des Jahres 2016 fortgesetzt. Bei der Finanzierung von Wohnungseigentümergeinschaften sollte insgesamt mindestens das Niveau des Jahres 2016 erreicht werden. Insbesondere in den Ballungsgebieten besteht weiterhin ein enormer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum.

Trotz des in Summe relativ stabilen konjunkturellen Umfelds prognostiziert die L-Bank im Jahr 2017 ein deutlich rückläufiges Betriebsergebnis vor Risikoversorge/Bewertungen. Dies ist zum einen auf die Erwartung zurückzuführen, dass der Zinsüberschuss deutlich zurückgehen wird, da sich die Zinsen auch im kommenden Jahr

auf niedrigem Niveau bewegen werden und nicht erneut mit kompensierenden Einmaleffekten gerechnet werden kann. Zum anderen wird sich der Sachaufwand für das Bankgeschäft erhöhen. Dies resultiert hauptsächlich aus IT-Aufwendungen für die Umsetzung rechtlicher Vorgaben und für die Modernisierung der IT-Landschaft. Da die hohen Risikoversorgeauflösungen des Berichtsjahres nicht als im gleichen Umfang wiederholbar eingeschätzt werden können, wird sich der positive Beitrag des Bewertungsergebnisses zudem deutlich verringern.

Die Bilanzsumme wird sich im Jahr 2017 auf vergleichbarem Niveau wie im Berichtsjahr bewegen.

Bezüglich der Refinanzierung erwartet die L-Bank aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie weiterhin problemlos Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen kann. Die Bank ist am nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt gut und diversifiziert aufgestellt.

Insgesamt prognostiziert die L-Bank für das Jahr 2017 ein im Vergleich zum Jahr 2016 leicht rückläufiges Neugeschäftsvolumen. Bedeutende Beeinträchtigungen der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage werden nicht erwartet.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die Bank hat zur Steuerung der mit ihrem Geschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem mit den Zielen installiert,

- jederzeit die Gesamtrisikosituation des Instituts einschätzen zu können,
- die wesentlichen Einzelrisiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu kommunizieren und zu steuern sowie
- risikorelevante Entwicklungen verbunden mit Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Das Risikomanagement erfolgt unter der Maßgabe, den Fortbestand der Bank nachhaltig ohne Unterstüt-

zung des Landes Baden-Württemberg, auch bei Eintritt unerwarteter Verluste, sicherzustellen (Going-Concern-Ansatz). Es stützt sich im Wesentlichen auf

- die Vorgabe einer Geschäftsstrategie und daraus abgeleiteter Risikostrategien,
- die laufende Überprüfung der Risikotragfähigkeit und deren Reporting an den Vorstand,
- die Erstellung eines Sanierungsplanes mit Handlungsoptionen für den Fall des Eintritts von Ereignissen mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank,
- die schriftlich fixierte Ordnung der Aufbauorganisation sowie sämtlicher risikorelevanter Geschäftsprozesse,
- die Einrichtung und laufende Fortschreibung von Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie
- die Einrichtung einer Compliance- und einer Risikocontrolling-Funktion sowie einer Internen Revision.

Das Land Baden-Württemberg definiert über die Ausgestaltung der Förderprogramme, die Festlegung der förderrelevanten Kundengruppen sowie über die Bestimmung der regionalen Ausrichtung maßgeblich die Geschäftstätigkeit der Bank. Im Gegenzug hat das Land Baden-Württemberg die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast sowie eine explizite und unbedingte Garantie für die Verbindlichkeiten der Bank übernommen.

Auf Basis des öffentlichen Förderauftrags formuliert der Vorstand in der Geschäftsstrategie die maßgeblichen Grundlagen der Geschäftstätigkeit, die mit Blick auf die Risikotragfähigkeit in den Risikostrategien konkretisiert und in der Ablauforganisation operationalisiert wird. Die Geschäftsaktivitäten der L-Bank werden aus aufsichtsrechtlicher Sicht von der Europäischen Zentralbank in Zusammenarbeit mit den zuständigen deutschen Behörden reguliert und überwacht. Diese Aufsicht zielt vornehmlich auf die Überwachung der Einhaltung des CRR/CRD 4-Regelwerkes entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht ab. Weiter bewerten die Bankaufsichtsbehörden die interne Risikotragfähigkeit der L-Bank auf Grundlage des Leitfadens zur aufsichtlichen

Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte vom 12.12.2011. Der von der Europäischen Zentralbank festgelegte SREP-Aufschlag auf die in der CRR vorgegebenen Mindestkapitalquoten deckt auch Elemente der internen Risikotragfähigkeit ab. Insoweit bestehen bezüglich der Bewertung der internen Risikotragfähigkeit eine europäische und eine deutsche Regelung nebeneinander. Die folgenden Aussagen zur internen Risikotragfähigkeit basieren auf dem genannten Leitfaden der deutschen Bankenaufsicht und gehen bei der Ermittlung des internen Risikodeckungspotenzials von der in der CRR geforderten Mindestkapitalquote aus.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand. Dieser hat die Umsetzung des Risikomanagements auf verschiedene Risikomanager sowie auf die Risikocontrolling-Funktion, die Compliance-Funktion, die Leitung der Internen Revision und das Security Office delegiert. Diese sind hierarchisch direkt unterhalb des Vorstandes angesiedelt und haben zur Unterstützung der Erfüllung der übertragenen Aufgaben ein Stresstestkomitee, einen Arbeitskreis „Sanierungsplanung“ sowie einen Ausschuss „Regulatory Compliance“ installiert. Der Risikovorstand (Chief Risk Officer/CRO) hat die bankweite Verantwortung für die Bewertung und Überwachung aller Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationellen Risiken. Er berichtet exklusiv über die genannten Risiken im Vorstand. Die Risikocontrollingfunktion ist direkt dem CRO unterstellt und berichtet direkt an diesen.

Der Verwaltungsrat wird vom Vorstand regelmäßig und – soweit erforderlich – aus besonderem Anlass über die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling sowie über sonstige risikorelevante Sachverhalte informiert. Der Verwaltungsrat hat verschiedene Ausschüsse gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen: In den Sitzungen des Risikoausschusses

berichtet der Vorstand über Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken sowie über Reputationsrisiken. Weiter wird der Risikoausschuss über die Risikostrategien sowie über Angelegenheiten, die aufgrund der damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, informiert. Der Risikoausschuss berät den Vorstand in Fragen der Gesamtrisikobereitschaft sowie der Risikostrategien. Er genehmigt auch die vom Vorstand vorgeschlagenen Portfoliolimite.

Der Prüfungsausschuss ist insbesondere zuständig für die Erörterung des Prüfungsberichts mit dem Abschlussprüfer und für die Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses sowie der Fassung des Gewinnverwendungsbeschlusses durch den Verwaltungsrat.

Der Personalausschuss nimmt die Aufgaben eines Nominierungs- und eines Vergütungskontrollausschusses wahr. Er ist auch zuständig für die Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsrates zur Vergütung der Geschäftsleitung sowie dessen dienstvertragliche und sonstige vertragliche Angelegenheiten. Er fasst Beschlüsse zu Grundsätzen der Beschäftigungsverhältnisse der leitenden Angestellten sowie der übrigen Bediensteten und bestellt die Generalbevollmächtigten.

Der Vorstand legt ein Zinsänderungsrisiko- und Währungsprofil fest, für dessen Umsetzung der Bereich Treasury zuständig ist. Dieser Bereich ist auch für die Liquiditätssteuerung verantwortlich. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt im Rahmen eines Kompetenz- und Limitsystems durch die einzelnen Kreditbereiche der Bank. Operationelle Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese steuern entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager). Operationelle Risiken, die aus rechtswidrigen Handlungen zu Lasten des Instituts resultieren, werden durch eine Gefährdungsanalyse beurteilt. Risiken aus nicht vertrags-

gemäßer Dienstleistung bei Auslagerungen wird im Rahmen der Analyse zur Wesentlichkeit von Auslagerungen Rechnung getragen. Während zentrale Risikomanager von der Geschäftsleitung bestellt werden, wird die Funktion des dezentralen Risikomanagers in der Regel von den Leitern der Fachbereiche wahrgenommen, die im Rahmen ihrer Organisationskompetenz Aufgaben auch an Mitarbeiter delegieren können.

Die quantitative und qualitative Bewertung sowie die Kommunikation der Risiken werden vom Bereich Controlling in Zusammenarbeit mit den Risikomanagern vorgenommen. Basis dieser Bewertungen ist eine unternehmensweite Datenbank, in der alle Geschäfte der Bank mit ihren Ausprägungen normiert abgelegt sind. Die im Rahmen des Risikomanagements erstellten Auswertungen werden regelmäßig mit den bilanzorientierten Auswertungen sowie den Datengrundlagen für das Meldewesen (z. B. CRR) abgeglichen. Der Bereich Controlling ist auch für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Die Bank geht Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken in kontrolliertem Maß ein und steuert diese unter Beachtung aufsichtlicher und betriebswirtschaftlicher Vorgaben. Bezüglich des operationellen Risikos verfolgt die Bank die Strategie der Vermeidung, wobei sie hier nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip vorgeht.

Der Bereich Kreditanalyse beurteilt die Bonität der einzelnen Kreditnehmer sowie bestimmter Portfolios und schlägt dem Vorstand entsprechende kreditnehmerbezogene Limite sowie Portfolio- und Länderlimite vor. Ferner fungiert der Bereich Kreditanalyse bei risikorelevantem Geschäft als Marktfolge und gibt ein Zweitvotum ab.

Zur umfassenden Bewertung der Risiken führt das Stresstestkomitee regelmäßig Stressanalysen durch.

Dabei werden insbesondere auch Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

Die Stabsstelle Compliance ist ebenfalls dem Gesamtvorstand unterstellt und verantwortet die Unternehmenscompliance, die Geldwäsche- und Betrugsprävention sowie die Wertpapiercompliance.

Das Security Office ist insbesondere für die Unterstützung des Vorstandes in allen Fragen zur Informationssicherheitspolitik, für die Koordination der Informationssicherheit und der entsprechenden Maßnahmen, für die Überwachung der Wirksamkeit der Sicherheitsmaßnahmen, für die kontinuierliche Verbesserung und Weiterentwicklung des Sicherheitsprozesses sowie für das mit der Informationssicherheit zusammenhängende Berichtswesen zuständig.

Das Risikomanagement der L-Bank berücksichtigt Beteiligungen insoweit, als aus diesen bzw. durch diese Verluste entstehen können, die die L-Bank in ihrer Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage nachhaltig wesentlich negativ beeinflussen.

GESCHÄFTS- UND RISIKOSTRATEGIEN

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand eine Zielgröße hinsichtlich der Kernkapitalquote und der Cost-Income-Ratio fest und bestimmt die Produkte, mit denen

der öffentliche Auftrag über programmgebundene und sonstige Fördergeschäfte erfüllt werden soll. Der gesetzliche Förderauftrag bewirkt eine Konzentration der Adressenausfallrisiken (Klumpenrisiken) auf bestimmte Branchen, Sicherheiten und Regionen. Zur Erreichung eines ausgewogenen Gesamtrisikoprofils legt der Vorstand in der Geschäftsstrategie Qualitätsanforderungen an die gesamte Portfoliostruktur fest. Hierzu werden für das Neugeschäft Vorgaben hinsichtlich der Bonitätsvoraussetzungen (Risikoklasse) definiert, die ein Kreditnehmer außerhalb des programmgebundenen Fördergeschäfts erfüllen muss.

Aus der Geschäftsstrategie leiten sich die Risikostrategien ab. In den Risikostrategien legt der Vorstand fest, mit welchen Verfahren die Risikotragfähigkeit zu prüfen ist, macht Vorgaben zu neuen Produkten und neuen Märkten und konkretisiert die Strategien für das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Im Rahmen einer quantitativen Beurteilung der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand in den Risikostrategien seine Risikoneigung fest, indem er bestimmt, in welchem Umfang zur Abdeckung von Verlusten Risikodeckungspotenzial bereitgestellt wird.

Für diesen Zweck werden auf Basis einer regelmäßigen und fortgeschriebenen Risikoinventur sowie des Neu-Produkt-Prozesses die Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, identifiziert und in einem weiteren Schritt hinsichtlich der Wesentlichkeit kategorisiert. Die quantitative Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird mit Stressanalysen unter besonderer Berücksichtigung von Risikokonzentrationen ergänzt.

Hinsichtlich des Kreditrisikomanagements konkretisiert die Risikostrategie die Vorgaben bezüglich der Mindestbonität der Kreditnehmer sowie der Risikomarge und verpflichtet die Geschäftsbereiche zur Hereinnahme bestimmter als werthaltig eingestufte

Sicherheiten. Daneben werden die maximalen Kreditvolumina der einzelnen Geschäftsfelder für die nächsten drei Jahre geplant und gleichzeitig begrenzt. Im programmgebundenen Fördergeschäft liegt der Planung die Höhe der jeweils bereitgestellten Subventionsmittel zugrunde. Im sonstigen Fördergeschäft, in dem die Bank mit den Hausbanken zusammenarbeitet, wird im Wesentlichen auf die Entwicklung der Nachfrage der Hausbanken abgestellt. Das im Rahmen des Förderhilfsgeschäfts getätigte Kreditgeschäft wird maßgeblich von den Refinanzierungsmöglichkeiten bestimmt. An die Bonität der diesbezüglichen Anlagen werden in besonderem Maße hohe Anforderungen gestellt. Die mit der Risikotragfähigkeit in Einklang stehende Risikostrategie zeigt hiernach – auch unter Beachtung der bestehenden Risikokonzentrationen – den geplanten Umfang der zukünftigen Adressenausfallrisiken.

Bezüglich der Marktpreisrisiken verfolgt die Bank die Strategie, in bewusstem Umfang mit vertretbarem Risiko aus der Umsetzung von Zinsmeinungen im Wesentlichen im Laufzeitband bis zwölf Monate Erträge zu erzielen. Die zugrunde liegenden Zinsmeinungen werden aus Kapitalmarktparametern abgeleitet. Aufgrund der gegebenen Volatilität erfolgen eine intensive tägliche Überwachung sowie eine laufende, zumindest wöchentliche Überprüfung durch die Geschäftsleitung. Darüber hinaus unterstellen die deutsche und die europäische Aufsicht Marktpreisrisiken aufgrund der Anlage des Eigenkapitals in längerfristigen Titeln.

Zur Sicherstellung einer struktur- und kostenoptimierten Refinanzierung bedient sich die Bank der nationalen und internationalen Kapitalmärkte. Aufgrund der gegebenen Garantien profitiert sie hierbei von dem guten Standing des Landes Baden-Württemberg an den Kapitalmärkten. Mögliche Refinanzierungsrisiken, die allein auf eine wesentliche Bonitätsverschlechterung des Landes zurückzuführen wären, werden nachhaltig als gering eingestuft.

Die Bank steuert ihre operationellen Risiken nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Hiernach werden ungeachtet der bestehenden umfangreichen internen Kontrollverfahren sowie gesetzlicher bzw. aufsichtlicher Anforderungen nur dann besondere schadensvermeidende oder -verhindernde Maßnahmen ergriffen, wenn ein potenzieller Verlust die hierdurch entstehenden Kosten übertrifft.

RISIKOINVENTUR

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die Identifikation der Risiken, Risikoarten und Risikofaktoren. Dabei werden insbesondere die Auswirkungen auf die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage und die Liquiditätslage analysiert. Die identifizierten Risiken werden für Zwecke des Risikomanagements hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit bewertet. Risiken, die von den MaRisk nicht als wesentlich definiert sind, werden hierzu aufgrund fehlender valider, quantitativer Risikomessverfahren in der Regel auf Basis qualitativer Einschätzungen (Expertenworkshops) hinsichtlich der Auswirkungen auf Vermögen, Kapital, Ertrag und Liquidität analysiert. Dabei werden grundsätzlich die Bezugsgrößen Bilanzsumme (hinsichtlich Vermögenslage), Risikodeckungsmasse (hinsichtlich Kapitalausstattung), Betriebsergebnis (hinsichtlich Ertrag) und Liquiditätslage (hinsichtlich Liquidität) zugrunde gelegt und mittels Scoringssystem bewertet.

Alle identifizierten Risiken werden im Risikomanagement berücksichtigt. Dabei werden für alle wesentlichen Risiken im Rahmen der Überprüfung der Risikotragfähigkeit grundsätzlich Verlustpotenziale ermittelt und Verlustlimite eingerichtet. Sofern diese Verlustpotenziale nicht sinnvoll mittels eines Value-at-Risk bewertet werden können bzw. die Durchführung einer Value-at-Risk-Bewertung im Hinblick auf den Risikogehalt wirtschaftlich nicht vertretbar wäre, werden die Verlustpotenziale mit einem vereinfachten Verfahren bewertet.

Die Summe der nach vereinfachten Verfahren bewerteten Verlustpotenziale darf 2 % der Summe aller Value-at-Risk-Limite (Gesamtverlustobergrenze) nicht überschreiten. Die Angemessenheit der vereinfachten Verfahren sowie die unterstellten Annahmen und verwendeten Berechnungsmethoden werden bei Bedarf mindestens jedoch im Rahmen der regelmäßigen Risikoinventur überprüft. Für das als wesentlich eingestufte Zahlungsunfähigkeitsrisiko ist keine Verlustbewertung möglich. Dieses wesentliche Risiko wird über sonstige Vorgaben gesteuert.

Unwesentliche Risiken werden über entsprechende Steuerungsvorgaben im Risikomanagement berücksichtigt. Eine Berücksichtigung dieser bei der Überprüfung der Risikotragfähigkeit erfolgt grundsätzlich nicht. Sofern jedoch eine sinnvolle Steuerung nicht möglich ist, werden diese Risiken durch pauschale Abschläge vom Risikodeckungspotenzial berücksichtigt.

MODELLVALIDIERUNG

In der Risikoinventur wird eine Analyse der Grenzen und Beschränkungen der Modelle zur Bewertung der „wesentlichen Risiken“ vorgenommen, um sicherzustellen, dass diese hinreichend zuverlässige Prognosen der Verlustverteilungen und damit der Value-at-Risk-Werte liefern.

Für die Modelle und Methoden zur Bewertung der wesentlichen Risiken werden darüber hinaus regelmäßige Validierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Validierungsmethoden, der Umfang der einzelnen Validierungshandlungen, die Verantwortlichkeiten für diese Maßnahmen sowie deren regelmäßiger Turnus sind für jede Risikoart konkret festgelegt. Die Bank setzt Standardverfahren zur Bewertung ihrer Risiken ein. Beim Adressenausfallrisiko sind besonders hohe Validierungsanforderungen zu erfüllen, da die Qualität der Bewertungsergebnisse zum einen von der Anzahl der Simulationen und zum anderen von der Qualität der

Modellparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Korrelation und Recovery-Rate abhängt. Die Angemessenheit der verwendeten Modellparameter wird im Rahmen der turnusmäßigen quantitativen Parametervalidierung geprüft.

Ergeben sich aus den Validierungsmaßnahmen Erkenntnisse, die zu Anpassungen der Messverfahren bzw. deren Annahmen für die interne Risikosteuerung führen, so sind diese vom Vorstand zu genehmigen.

RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

Die Risikotragfähigkeit stellt in der L-Bank die oberste und umfassendste Betrachtungsebene auf die Risikosituation der Bank dar. Sie ist Basis für die operative Umsetzung der Risikostrategie, da bei der Festlegung der Risikostrategie für alle wesentlichen Risiken explizit Risikotoleranzen in Form von VaR-Limiten festgelegt werden. Mit dieser Festlegung wird eine bewusste Entscheidung über den Umfang möglicher zukünftiger Risiken getroffen. Da geplante Neugeschäftsaktivitäten nur dann realisiert werden können, wenn die daraus resultierenden Risiken durch Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind, gibt die Überprüfung der Risikotragfähigkeit den maximalen Rahmen des möglichen Neugeschäfts (insbesondere des Förderhilfsgeschäfts) vor und weist rechtzeitig auf eventuell notwendige Kapitalmaßnahmen hin. Die Überprüfung der Risikotragfähigkeit wird durch Analysen des Expected Shortfalls sowie über Stressszenarien, die insbesondere Risikokonzentrationen und geschäftsmodellgefährdende Szenarien berücksichtigen, arrondiert.

Überwachung des Risikodeckungspotenzials unter Fortführungs- und Liquidationsaspekten

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Steuerung der Risiken erfolgen mit der Zielsetzung, den Fortbestand des Kreditinstituts nachhaltig zu sichern

(Going-Concern-Ansatz). Daneben berechnet die Bank die Risikotragfähigkeit in einer barwertigen Betrachtung. Dem Vorstand wird über die Ergebnisse monatlich berichtet. Das zuständige Aufsichtsorgan wird im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts über die Risikotragfähigkeit informiert.

Going-Concern-Ansatz

Die Ermittlung des relevanten Risikodeckungspotenzials erfolgt GuV-orientiert. Als Basis dient zunächst das nicht zur Erfüllung der Mindestanforderungen an die Kapitalunterlegung (inklusive kombinierter Kapitalpuffer) nach den Anforderungen der CRR benötigte harte Kernkapital. Da die Risiken auf Basis einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt werden, werden die Eigenmittelanforderungen angesetzt, die gemäß Phase-in-Regelung zwölf Monate nach Bewertungsstichtag gelten werden. Aus Vorsichtsgründen erhöht die Bank die geforderte Mindestgesamtkapitalquote (inklusive

kombinierter Kapitalpuffer) um 0,5 Prozentpunkte. In einem zweiten Schritt wird dieses freie Kernkapital um eventuell bestehende Reserven ergänzt, die hinsichtlich ihrer Verlustausgleichsfunktion eine mit den Eigenmitteln vergleichbare Qualität haben und bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionen nicht risikopositionsmindernd berücksichtigt wurden. Ferner werden „Zuschreibungsreserven“ berücksichtigt, die aus der Wertminderung im Zins verbilligter Darlehen herrühren und die vor Inkrafttreten des BilMoG gebildet wurden. Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit über den Betrachtungsstichtag hinaus wird geprüft, wie sich das so ermittelte Risikodeckungspotenzial in den nächsten zwölf Monaten ohne Berücksichtigung von Erträgen aus Neugeschäft, aber unter Hinzurechnen von möglichen – in den jeweiligen Value-at-Risk-Werten nicht enthaltenen – Verlustpotenzialen entwickelt. Für alle wesentlichen Risikoarten werden auf Basis eines Konfidenzniveaus von einheitlich 99,0% Value-at-Risk-Limite festgelegt. Die folgenden Risikoarten und Unterisiken werden in der Risikosteuerung berücksichtigt:

Risikoart	Unterrisiko	Im Fortführungsansatz wesentlich?	Steuerung über VaR-Limit?	Hinweis
Adressenausfallrisiko	Default-Risiko	Ja	Ja	–
	Migrationsrisiko	Nein	Nein	Bei barwertiger Überprüfung berücksichtigt
	Credit-Spread-Risiko	Nein	Nein	Bei barwertiger Überprüfung berücksichtigt; im Fortführungsansatz Reduktion des für Risiken zur Verfügung stehenden Kapitals
	Länderrisiko	Ja	Ja	–
	Sovereign-Risiko	Ja	Ja	–
	Emittentenrisiko	Ja	Ja	–
	Verbriefungsrisiko	Ja	Ja	–
Beteiligungsrisiko	Ja	Ja	–	

Risikoart	Unterrisiko	Im Fortführungsansatz wesentlich?	Steuerung über VaR-Limit?	Hinweis
Marktpreisrisiko	IRRBB Euro	Ja	Ja	Beinhaltet Ertragsrisiko aus der Anlage des Eigenkapitals
	FX-Bankbuch	Ja	Ja	–
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko	Ja	Berechnung eines VaR nicht möglich	Steuerung über Kennziffern
	Marktliquiditätsrisiko	Nein	–	–
	Anschlussrefinanzierungsrisiko	Ja	Ja	Beinhaltet Ertragsrisiko aus dem Rückgang des Refinanzierungsspreads
Operationelle Risiken	Menschliches Versagen	Ja	Ja	–
	Technisches Versagen	Ja	Ja	–
	Versagen von Abläufen	Ja	Ja	–
	Betrug	Ja	Ja	–
	Rechtsrisiko	Ja	Ja	–
	IT-Risiko	Ja	Ja	–
	Compliance-Risiko	Ja	Ja	–
	Transferrisiko	Nein	–	Steuerung über Länderlimite
	Konvertierungsrisiko	Nein	–	Steuerung über Länderliste
Immobilienrisiko		Nein	–	Steuerung über Berichtswege
Reputationsrisiko		Nein	–	Steuerung über Beschwerdemanagement
Pensionsrisiko	Marktpreisrisikoeffekt	Ja	Ja	–
	Liquiditätsrisikoeffekt	Ja	Ja	–
	Ertragsrisikoeffekt	Nein	–	Berücksichtigung durch Abzug vom Risikodeckungspotenzial
Modellrisiko		Nein	Ja	–
Optionsrisiko	Marktpreisrisikoeffekt	Ja	Ja	–
	Ertragsrisikoeffekt	Nein	–	Berücksichtigung durch Abzug vom Risikodeckungspotenzial
	Liquiditätsrisikoeffekt	Ja	Ja	–
Risikokonzentrationen	Im Adressenausfallrisiko	Ja	Ja	–

Die Bank legt die VaR-Limite unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategien fest. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aufgrund „technischer“ Vorgänge ohne Ausweitung der Risikoposition ein VaR erhöht (z. B. unveränderte Anlage des Eigenkapitals, aber simulierter Zinsanstieg). Um sicherzustellen, dass die Risikotragfähigkeit auch unter Berücksichtigung derartiger technischer Vorgänge gegeben ist, stellt die Bank einen Verlustpuffer zur Verfügung. Die Summe aus VaR-Limiten und Verlustpuffern bildet die seitens der Bank definierte Gesamtverlustobergrenze, die mit Blick auf die nachhaltige Sicherung des Fortbestandes maximal 80,0 % des Risikodeckungspotenzials ausschöpft. Bei dieser Gegenüberstellung von möglichen Verlusten und Risikodeckungspotenzial berücksichtigt die Bank keine risikomindernden Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Risikoarten.

Die Bank hat bei der Festlegung der Gesamtverlustobergrenze 2017 sowie der Risikotoleranzen 2017 Credit-Spread-Verluste auch im Fortführungsansatz durch entsprechende Reduzierung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt. Weiter hat die Bank geprüft, ob das Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung der Verlustpotenziale auch dann ausreicht, wenn das Risikodeckungspotenzial zuvor um Stressverluste, die sich auf

Basis L-Bank spezifischer Risiken (z. B. Marktpreisrisiko aus Ertragssicht, Branchenkonzentrationen auf Zentral- und Regionalregierungen sowie Sicherheitenkonzentrationsrisiken beim Adressenausfallrisiko) gegeben, reduziert wurde. Hierzu wurden die von der EZB im Jahr 2016 für Zwecke des Stresstests vorgegebenen Berechnungstools verwendet. Die Überprüfung ergab, dass die Risikotragfähigkeit im Fortführungsansatz auch unter Berücksichtigung von Credit-Spread- und Stressverlusten für die im Strategieprozess betrachteten Jahre gegeben ist.

Die Gegenüberstellung von Verlustlimiten und Risikodeckungspotenzial (Überprüfung der Risikotragfähigkeit) wird monatlich durchgeführt und dem Vorstand gemeldet.

Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das Risikodeckungspotenzial sowie die hiermit abzudeckenden Risiken entwickelt haben. Unter „Risikoposition“ wird der Gesamtrisikobetrag für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und operationelle Risiken ausgewiesen. Die Bank wendet zur Ermittlung der Kreditrisiken den Kreditrisikostandardansatz, bei den Marktpreisrisiken das Standardverfahren und bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

AUFSICHTLICHE KAPITALUNTERLEGUNG

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen	31.03.2016	30.06.2016	30.09.2016	31.12.2016
Risikoposition in Mio. Euro	19.768,9	20.063,6	19.745,9	18.797,4
Haftendes Kernkapital in Mio. Euro	3.231,5	3.385,8	3.385,0	3.384,2
Eigenmittel in Mio. Euro	3.724,0	3.855,2	3.832,6	3.814,5
Kernkapitalquote in %	16,35	16,88	17,14	18,00
Gesamtkapitalquote in %	18,84	19,21	19,41	20,29

Unter Berücksichtigung der zwölf Monate nach Berechnungsstichtag geltenden CRR-Anforderungen und des bankinternen Aufschlags von 0,5 Prozentpunkten auf

die Mindestkernkapitalquote errechnet sich für Zwecke der Risikotragfähigkeit folgendes freies Kernkapital:

	31.03.2016	30.06.2016	30.09.2016	31.12.2016
Freies Kernkapital in Mio. Euro	1.426,4	1.538,5	1.561,3	1.651,9

Zum Bilanzstichtag ergibt sich bei einem freien Kernkapital von 1.651,9 Mio. Euro, einem aufgelaufenen Gewinn von 50,2 Mio. Euro sowie anrechnungsfähigen Vorsorge-reserven in Höhe von rund 110,5 Mio. Euro ein GuV-orientiertes Risikodeckungspotenzial von 1.812,6 Mio. Euro. Dem Risikodeckungspotenzial steht die vom Vorstand in Einklang mit der Geschäftsstrategie und den Risikostrategien beschlossene Gesamtverlustobergrenze von 940,0 Mio. Euro gegenüber. Diese verteilt sich zum Bilanzstichtag wie nachfolgend aufgeführt.

GESAMTVERLUSTOBERGRENZE UND TEILVERLUSTOBERGRENZEN PER 31.12.2016

in Mio. Euro

	Limit
Gesamtverlustobergrenze	940,0
Adressenausfallrisiken	460,0
Marktpreisrisiken	150,0
Liquiditätsrisiken	300,0
Operationelle Risiken	10,0
Verlustpuffer für vereinfacht bewertete Geschäftsvorfälle	10,0
Verlustpuffer	10,0
Anteil der Gesamtverlustobergrenze am Risikodeckungspotenzial	51,9 %

Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze am Risikodeckungspotenzial beträgt hiernach zum Bilanzstichtag 51,9 %. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug er zwischen 51,8 % und 55,3 %.

Barwertiger Ansatz

In einer weiteren Berechnung wird der Wert der Bank als Risikodeckungspotenzial dargestellt, wobei auch die stillen Lasten des Anlagevermögens aus vermiedenen Niederstwertabschreibungen sowie die negativen Marktwerte von Credit Default Swaps (CDS) berücksichtigt werden. Diesem werden neben den barwertigen Adressenausfallrisiken, den Marktpreisrisiken, den Liquiditätsrisiken und den operationellen Risiken auch die Spread- und Migrationsrisiken gegenübergestellt. Als Migrationsrisiko wird das Risiko eines Wertrückgangs aufgrund von Bonitätsverschlechterungen der Kreditnehmer mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation beurteilt. Als marktweites Spreadrisiko wird das Risiko eines ratingunabhängigen Wertrückgangs der Wertpapiere und Credit-Default-Swaps aufgrund marktweiter Spreadchwankungen durch historische Simulation bewertet.

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein Barwert der Bestände von 5.560,4 Mio. Euro. Diesem stehen barwertige Verwaltungsaufwendungen von 276,3 Mio. Euro,

barwertige erwartete Risikokosten von 343,9 Mio. Euro sowie stille Lasten aus CDS von 0,1 Mio. Euro gegenüber, sodass sich ein barwertorientiertes Risikodeckungspotenzial von 4.940,1 Mio. Euro ergibt. Dieses ist zum Bilanzstichtag durch VaR-Werte in Höhe von insgesamt 3.846,9 Mio. Euro zu insgesamt 77,9% belegt, wobei im Liquidationsansatz ein Konfidenzniveau von 99,98% angewendet wird. Die Belegung des barwertigen Risikodeckungspotenzials lag im Jahr 2016 zwischen 77,9% und 96,6%.

Kapitalplanung

Die Bank hat einen integrierten Kapitalplanungs- und Strategieprozess installiert. Durch die mehrjährige Risikotragfähigkeitsbetrachtung wird hierbei sichergestellt, dass die aus den geplanten Neugeschäftsaktivitäten resultierenden Risiken durch Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und nicht zu Kapitalengpässen führen können. Hierbei werden dieselben Rechenroutinen eingesetzt, die auch zur Bewertung des Marktpreis-, Adressenausfall-, Liquiditäts- und operationellen Risikos verwendet werden. Auf diese Weise ist die Konsistenz zwischen Kapitalplanung und Risikobewertung bzw. Festlegung des Risikoappetits sichergestellt.

Durchführung von Stressanalysen

Die quantitative Risikomessung erfolgt über VaR-Modelle. Die zur Risikomessung verwendeten finanzmathematischen Modelle setzen naturgemäß bezüglich diverser Einflussparameter eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte voraus. Die Finanzmarktkrise offenbarte jedoch an verschiedenen Stellen offenkundige Grenzen der Aussagekraft quantitativer Risikomodelle. Aufgrund der Tatsache, dass finanzmathematische Modelle naturgemäß nicht alle Ereignisse abbilden können, erfolgt eine laufende Arrondierung der quantitativen Risikobewertung durch umfangreiche

Analysen in Form von Stressszenarien. Mit der Durchführung dieser Stressszenarioanalysen identifiziert die Bank Konstellationen von Risikofaktoren, die besonders große Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und/oder Ertragslage der Bank haben können.

Im Rahmen dieser Analysen werden vom Stresstestkomitee zunächst Szenarien erarbeitet und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert, die jeweils in einer einzelnen Risikoart (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko) isoliert wirken. In einem zweiten Schritt werden die für die einzelne Risikoart bestimmenden Risikofaktoren als tatsächliche Träger des Risikos (z. B. Arbeitslosigkeit als Faktor des Adressenausfallrisikos) bestimmt und ihre Interaktion mit Risikofaktoren der übrigen Risikoarten ermittelt. Hierbei wird unter anderem auch das in der Bank vorhandene Expertenwissen mit Hilfe eines Scoringverfahrens für die Analyse nutzbar gemacht. Aus der festgestellten Interaktion der Risikofaktoren ergeben sich Hinweise auf Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch risikoartenübergreifend. Dies ermöglicht die Formulierung von auf die Interaktion der Risikofaktoren abgestimmten Stressszenarien.

Da sich auch durch das dargestellte Analysesystem nicht vollständig ausschließen lässt, dass bestandsgefährdende Szenarien letztendlich unerkannt bleiben, werden zur Verdeutlichung der Grenzen der Risikotragfähigkeit entsprechende Verlustbelastungen unterstellt, und es wird retrograd errechnet, unter welchen Bedingungen es zu derartigen Verlusten kommen kann (inverse Stresstests). Als inverse Stresstests werden die im Rahmen der Sanierungsplanung durchzuführenden Belastungsanalysen eingesetzt. Auf diese Weise werden die Analyseergebnisse aus der Sanierungsplanung in das Risikomanagementsystem eingebunden.

Die Ermittlung der quantitativen Auswirkungen der formulierten Szenarien beruht auf Expertenschätzungen, aus denen quantitative Angaben abgeleitet werden.

Bei den Adressenausfallrisiken werden Szenarien angesetzt, die zu steigenden Kreditrisiken und damit zu einem höheren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Kapital führen. Diese Szenarien umfassen sowohl Sensitivitätsanalysen bezüglich der verschiedenen Risikofaktoren als auch Szenarioanalysen, bei denen bestimmte außergewöhnliche, aber mögliche Ereignisse simuliert werden. So wird z. B. in einem Szenario – abgestimmt auf die baden-württembergische Wirtschaftsstruktur – von einem schweren konjunkturellen Abschwung in der Automobilindustrie ausgegangen. Bezüglich des Marktpreisrisikos werden verschiedene außergewöhnliche Veränderungen der Zinskurven modelliert, die entweder auf standardisierten Zinsänderungen wie Parallelverschiebungen oder Drehungen der Zinskurve beruhen oder als historische Zinsänderungen in den letzten 20 Jahren aufgetreten sind. Diese umfassen sowohl Zinsanstiege als auch Zinsrückgänge in außergewöhnlichem Umfang sowie die Veränderung der Form der Zinskurve. Bei den Stressanalysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos werden als marktweite Effekte eine Änderung der Refinanzierungspolitik der Zentralbank und kapitalmarktbedingte Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen unterstellt. Bankindividuell werden die Auswirkungen einer Verschlechterung der Eigenbonität und Änderungen des Kunden- und Investorenverhaltens untersucht. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen durch Szenarioanalysen. Im Rahmen der Stressszenarien wird unterstellt, dass sich sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch die quantitativen Auswirkungen dieser Schadensszenarien erhöhen.

RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken. Als wesentliche Risiken wurden das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko sowie das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko identifiziert.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Das Adressenausfallrisiko besteht in der Gefahr, dass ein Geschäftspartner seinen vertraglich vereinbarten Verpflichtungen nicht nachkommt. Diese Verpflichtung kann aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG oder aus der Erfüllungspflicht eines Zug-um-Zug-Geschäftes resultieren. Die Nichterfüllung eines Vertrages geht auf individuelle, in der Bonität oder dem Umfeld des Kreditnehmers liegende Ursachen zurück. Politische Ursachen, die die Nichterfüllung eines Vertrages zur Folge haben, werden von der Bank als Länderrisiko klassifiziert. Das Länderrisiko wird durch Länderlimite begrenzt. Länderspezifische Transfer- und Konvertierungsrisiken ordnet die Bank dem Rechtsrisiko und damit dem operationellen Risiko zu.

Die aktive Steuerung des Adressenausfallrisikos beginnt im Rahmen der Kreditgewährung mit

- der Einstufung der Bonität des Kreditnehmers (inklusive Überprüfung der Kapitaldienstfähigkeit),
- der Einhaltung des Länderrisikolimits,
- der eventuellen Hereinnahme von Sicherheiten,
- der Ermittlung einer ausfallwahrscheinlichkeitsbasierten Risikomarge und
- der Überprüfung der Notwendigkeit eines zweiten Votums.

Im Rahmen der Steuerung des Adressenausfallrisikos gibt die Bank für die einzelnen Geschäftssegmente eine Mindestrisikoklasse im Rahmen des 14-stufigen Systems vor. Über Ausnahmen von diesen Mindestrisikoklassen entscheidet der Vorstand.

Geschäftssegmente	Risikoklasse
Kredite im Programmgeschäft	Bonitätsmäßige Voraussetzungen für das Programmgeschäft sind in den zwischen dem Land Baden-Württemberg und der L-Bank abgestimmten Förderprogrammen und bankinternen Arbeitsanweisungen festgelegt
Sonstige Kredite (inklusive Wertpapieren und Geldanlagen)	1 bis 5
Strukturierte Produkte (ABS)	1 und 2, kein Neugeschäft
Zinsderivate ohne Besicherung	1 bis 3
Zinsderivate mit Besicherung	1 bis 5
Kreditderivate	1 bis 5, kein Neugeschäft
Länder (Transferrisiko)	1 bis 12, jedoch kein Neugeschäft in den Euro-Peripheriestaaten Förderhilfsgeschäft: schwerpunktmäßig 1 bis 2

Zur Begrenzung von Verlusten wird bei allen Kreditentscheidungen, bei denen für die Bank ein Adressenausfallrisiko begründet bzw. ein bestehendes erhöht wird, auf eine angemessene Besicherung geachtet, soweit dies aufgrund der Rechtsform oder Bonität der Adresse banküblich ist. Um das Kreditrisiko durch die Hereinnahme von Sicherheiten zu begrenzen, darf dabei der Wert der gestellten Sicherheit nicht von der Bonität des Kreditnehmers abhängen.

Durch den Ausfall von Krediten entstehen der Bank Verluste. Zum Ausgleich dieser Verluste wären risikoorientierte Margen zu erheben. Aufgrund des Geschäftsmodells der L-Bank ist es jedoch nicht möglich, für die programmgebundenen Förderkredite risikoorientierte, individuell zu bestimmende Margen festzulegen. Im Bereich des Förderhilfsgeschäfts werden vornehmlich Geschäfte mit Adressen von Kapitalmarktteilnehmern abgeschlossen. Für diese Kreditnehmer werden auf dem Kapitalmarkt überwiegend Credit Spreads gehandelt, sodass die L-Bank die Marge nur bedingt beeinflussen kann. Bei allen Krediten, bei denen die Marge nicht

von Dritten festgelegt ist (Programmdarlehen) und bei denen die Kondition nicht auf dem Kapitalmarkt festgelegt wird, wird eine auf Ausfallwahrscheinlichkeiten basierende Risikomarge ermittelt und in die Kreditentscheidungsfindung einbezogen.

Für das Kreditgeschäft besteht in der L-Bank bis einschließlich der Ebene des Vorstandes eine Trennung der Bereiche Markt und Marktfolge. Der Unternehmensbereich I ist Marktbereich, und der Unternehmensbereich II ist Marktfolgebereich. Diese aufbauorganisatorische Trennung ist auch für den Vertretungsfall durchgängig gewährleistet. Da risikorelevante Kreditentscheidungen der Zustimmung der Marktfolge (Zweitvotierung) bedürfen und die Marktfolge insbesondere für das Kreditrisikocontrolling zuständig ist, werden durch die aufbauorganisatorische Trennung des Kreditgeschäftes in die Bereiche Markt und Marktfolge unausgewogene Kreditentscheidungen verhindert.

Die Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditportfolios zum 31.12.2016 nach Produktarten.

KREDITPORTFOLIO ZUM 31.12.2016 in Mio. Euro

	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffent- liche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Darlehen	6.307,2	7.311,4	19.511,3	3.726,8	36.856,8	47,3
Schuldscheine	0,0	0,0	1.805,3	11.807,8	13.613,1	17,5
Wertpapiere (IHS)	0,0	776,4	7.998,6	13.919,3	22.694,3	29,1
Wertpapiere (ABS)	0,0	0,0	37,6	55,5	93,1	0,1
Wertpapiere (CLN)	0,0	0,0	250,0	0,0	250,0	0,3
Wertpapiere gesamt	0,0	776,4	8.286,2	13.974,8	23.037,4	29,6
CDS	0,0	0,0	115,0	1.754,4	1.869,4	2,4
Bürgschaften	0,0	409,3	235,9	0,0	645,2	0,8
Finanzderivate	0,0	16,9	1.306,0	0,0	1.322,9	1,7
Termingelder	0,0	0,0	0,5	0,0	0,5	0,0
Beteiligungen	0,0	127,0	12,3	98,4	237,8	0,3
Kontokorrentkonten, Bargeld	0,0	0,0	349,3	9,5	358,8	0,5
Leihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	6.307,2	8.641,0	31.621,9	31.371,6	77.941,8	100,0

**QUANTITATIVE BEWERTUNG DURCH
BERECHNUNG EINES VALUE-AT-RISK**

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden über die in das Risikotragfähigkeitskonzept eingebetteten VaR-Limite begrenzt.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung der unerwarteten Verluste mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Zuordnung der Ausfallwahrscheinlichkeit ergibt sich aus der externen bzw. internen Ratingklasse, der der Kunde nach Analysen der Bank zugeordnet ist. Dabei werden neben dem Rating des Kunden auch die jeweilige Branchen-zugehörigkeit sowie sonstige risikorelevante Merkmale

berücksichtigt. Die Berechnung basiert auf einer Halte-dauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 % im Fortführungsansatz bzw. 99,98 % im Liquidationsansatz. Liegt eine ausreichende eigene Ausfall-historie vor (bei Privatkunden und Unternehmenskunden des Mietwohnungsbaus), gehen selbst ermittelte Kredit-nehmerkorrelationen und Erlösquoten in die Bewertung ein. Andernfalls werden die regulatorischen Kredit-nehmerkorrelationen verwendet. Bei der Ermittlung des Verlustbetrags werden gestellte Barsicherheiten sowie im Rahmen des Hausbankenverfahrens an Endkredit-nehmer vergebene Kredite als Sicherheiten berücksichtig-t. Für den verbleibenden Blankoanteil wird im Geschäftsfeld „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ die regulatorische (IRBA) Restkapitaldienstfähigkeit von

55 % angesetzt; im Geschäftsfeld „Öffentliche Hand“ wird gemäß einer durchgeführten Benchmarkstudie eine Restkapitaldienstfähigkeit von 78 % unterstellt. Für Kreditnehmer des Geschäftsfeldes „Sonstige Unternehmen“ liegt keine repräsentative Verlusthistorie vor, weshalb gemäß einer Expertenschätzung eine Restkapitaldienstfähigkeit von 30 % zugrunde gelegt wird.

Der Value-at-Risk für Adressenausfallrisiken wird auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation unter Berücksichtigung von Kreditnehmerkorrelationen ermittelt, womit

Einzelkreditnehmerkonzentrationsrisiken in die Bewertung einbezogen werden. Darüber hinaus werden teilportfoliospezifische Konzentrationsrisiken abgebildet, indem die Value-at-Risk-Bewertung für die einzelnen Teilportfolios individuell erfolgt und der gesamte Value-at-Risk als Summe dieser Einzelwerte in der Risikosteuerung angesetzt wird.

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf 2016:

VALUE-AT-RISK FÜR ADRESSENAUSFALLRISIKEN 2016 in Mio. Euro

	01.01.2016		31.03.2016		30.06.2016		30.09.2016		31.12.2016	
	Limit	Belegung								
Gesamtverlustobergrenze	940,0	374,4	940,0	503,4	940,0	512,6	940,0	458,4	940,0	408,6
Anteil Adressenausfallrisiken in %	42,6	49,4	42,6	44,9	42,6	46,1	48,9	35,1	48,9	41,6
Adressenausfallrisiken	400,0	185,0	400,0	226,3	400,0	236,5	460,0	161,1	460,0	170,1
Privatkunden	60,0	0,0	60,0	0,0	60,0	0,0	60,0	0,0	60,0	0,0
Unternehmen aus dem Finanzsektor	140,0	77,8	140,0	119,0	140,0	131,3	200,0	69,6	200,0	59,7
Sonstige Unternehmen	150,0	107,2	150,0	107,3	150,0	105,2	150,0	91,5	150,0	110,3
Öffentliche Hand	50,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0

Rechtzeitige und ausreichende Risikovorsorge

Mit der Bildung von Risikovorsorge trägt die Bank akut gewordenen Adressenausfallrisiken umfassend Rechnung. Sie hat hierzu auf Basis ihres Instrumentariums zur Risikofrüherkennung dezidierte Prozesse eingerichtet und entsprechende Richtlinien erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen nach Geschäftsfeldern und die korrespondierenden Risikobestände. Enthalten sind die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals zur Ermittlung der Nettopositionen von den ausstehenden Krediten abge-

zogen werden. Eventuell bestehende Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals nicht von den Buchwerten abgezogen werden, stehen der Bank im Going-Concern-Ansatz als Risiko-deckungskapital zur Verfügung (z. B. ungebundene Vorsorgereserven nach § 340f HGB). Die korrespondierenden Risikobestände setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten von Wertpapieren und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten Risikopositionswerten der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Ver- einbarungen.

WERTBERICHTIGUNGSQUOTE ZUM 31.12.2016 in Mio. Euro

	Privatkunden		Unternehmens- kunden		Unternehmen aus dem Finanzsektor		Öffentliche Hand		Gesamt		Quote %
	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	
31.12.2011	100,4	7.251,9	567,1	11.659,9	31,6	33.710,5	0,0	20.177,2	699,1	72.799,5	1,0
31.12.2012	88,6	6.771,8	505,8	10.959,8	31,6	31.236,1	0,0	23.941,6	626,0	72.909,2	0,9
31.12.2013	92,9	6.373,7	432,1	10.886,2	31,6	31.300,6	0,0	23.846,3	556,6	72.406,8	0,8
31.12.2014	87,6	6.091,8	373,2	11.006,3	21,9	30.211,3	0,0	23.039,4	482,7	70.348,9	0,7
31.12.2015	88,8	5.873,0	265,4	9.183,5	15,0	30.393,8	35,8	27.784,3	405,0	73.234,6	0,6
31.03.2016	87,3	5.812,0	250,5	9.123,3	15,0	32.921,4	35,8	26.639,3	388,6	74.495,9	0,5
30.06.2016	86,1	5.937,5	230,4	9.658,6	15,0	38.377,6	38,7	28.641,0	370,2	82.614,7	0,4
30.09.2016	83,6	5.878,0	222,0	9.286,3	15,0	41.044,6	38,7	31.259,7	359,3	87.468,6	0,4
31.12.2016	95,6	6.307,2	202,1	8.641,0	15,0	31.621,9	0,0	31.371,6	312,7	77.941,8	0,4

Qualitative Bewertung mit Hilfe von Bonitäts- und Sicherheitenklassifizierungen

Zur qualitativen Bewertung der Adressenausfallrisiken wird jeder Kreditnehmer einer Bonitätsstufe – ausgedrückt als Risikoklasse – zugeordnet. Dabei berücksichtigt die Bank bei Individualratings die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur. Bei Kreditnehmern

im Rahmen der Förderung eigengenutzten Wohnraums wird aufgrund der Homogenität der Kundengruppe ein an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit orientiertes Pauschalrating vergeben. Nachfolgende Tabelle zeigt die Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoklassen und stellt den internen Risikoklassen die korrespondierenden externen Risikoklassen gegenüber.

RISIKOKLASSEN UND KORRESPONDIERENDE AUSFALLWAHRSCHEINLICHKEITEN

Risikoklasse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,03	0,06	0,13	0,27	0,56	1,15	2,35	4,75	9,37	17,63	30,72	100	100
Bandbreite Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55	100	100
Extern (S&P)		AA+		A		BBB			BB-	B	CCC+	CC	Default	Default
	AAA	AA	A+	A-	BBB+	BBB-	BB+	BB	B+	B-	CCC	C		
		AA-									CCC-			
	Investment Grade						Non-Investment Grade							

Die kreditvergebenden Organisationseinheiten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, bei allen Kreditentscheidungen auf eine ausreichende Besicherung zu achten, um den Blankokreditanteil und dadurch das Verlustrisiko zu reduzieren. Die Bank hat festgelegt, welche Sicherheiten akzeptiert werden und welcher Wert diesen maximal bei der Bestimmung des Blankokreditanteils beigemessen werden darf. Sicherheiten, denen aus materiellen oder formellen Gründen kein expliziter Sicherungswert beizumessen ist, müssen gleichwohl der Kreditgewährung zugrunde gelegt werden, wenn die Hereinnahme derartiger Sicherheiten branchenüblich ist und im Verwertungsfall die Erzielung eines Verwertungserlöses erwartet werden kann.

Zur Darstellung der Risikostruktur werden bestimmte Sicherheiten risikomindernd berücksichtigt. Dabei werden Verbindlichkeiten von Landesbanken, die über den Bestandsschutz („Grandfathering“) durch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung garantiert sind, der Risikoklasse 1 zugewiesen. Ebenso sind Kredite, die kommunal verbürgt sind, und Realkredite auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg der Risikoklasse 1 zugeordnet. Eine dingliche Besicherung durch eine Wohnimmobilie in Baden-Württemberg außerhalb des Realkredits, aber innerhalb des Beleihungswertes bewirkt eine Zuordnung zu Risikoklasse 4. Bei Pfandbriefen und pfandbriefähnlichen Emissionen (z.B. Covered Bonds) wird auf das externe Emissionsrating abgestellt.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Risikobestände der einzelnen Geschäftsfelder. Diese setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten der Wertpapiere und Beteiligungen sowie

den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten Risikopositionswerten der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

RISIKOSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2016 in Mio. Euro

Risikoklasse	Privatkunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
1	3.771,4	3.950,6	6.951,5	25.724,1	40.397,5	51,8
2	10,8	282,1	2.519,4	5.360,9	8.173,3	10,5
3	1,2	835,9	6.920,1	9,0	7.766,2	10,0
4	1.933,6	1.619,1	11.923,5	0,0	15.476,2	19,9
5	136,5	963,4	2.588,4	20,0	3.708,4	4,8
6	280,7	337,1	382,6	255,7	1.256,1	1,6
7	82,1	192,4	17,0		291,4	0,4
8	1,3	149,4	261,3	1,9	413,8	0,5
9	10,5	53,8	47,3	0,0	111,6	0,1
10	1,9	18,8		0,0	20,6	0,0
11	35,5	26,8	10,8		73,1	0,1
12	12,9	72,2			85,1	0,1
13	2,1	53,9			56,0	0,1
14	26,9	85,5			112,4	0,1
Gesamt	6.307,2	8.641,0	31.621,9	31.371,6	77.941,8	100,0

In obigem Bestand in Höhe von 77.941,8 Mio. Euro sind Wertpapiere und CDS in Höhe von 24.906,8 Mio. Euro enthalten. Die Bank verfolgt das Ziel, Wertpapiere und CDS bis zur Endfälligkeit zu halten. Mit Ausnahme der Rückkäufe eigener Emissionen und angekaufter Wertpapiere mit einer Restlaufzeit bei Erwerb von unter einem Jahr sind alle Wertpapiere dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bank behandelt deshalb

die Wertpapiere wie Kredite und wendet dementsprechend das gemilderte Niederstwertprinzip an. Im Wertpapierbestand der Bank besteht keine Abschreibung aufgrund dauerhafter Wertminderung. Die pauschalierte Vorsorge in Höhe von 15,0 Mio. Euro auf das unbesicherte Wertpapierportfolio der Euro-Peripheriestaaten blieb 2016 bestehen. Die Wertpapiere und CDS weisen die nachfolgend aufgeführte Bonitätsstruktur auf.

Ersparte Niederwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte bei den CDS werden als stille Lasten ausgewiesen.

RISIKOSTRUKTUR WERTPAPIERBESTAND/CDS ZUM 31.12.2016 in Mio. Euro

Risiko- klasse	Bestand	Stille Lasten	Spread- risiken
1	17.691,2	16,9	852,2
2	4.455,4	2,1	87,8
3	442,5	1,0	9,9
4	1.056,9	0,5	33,5
5	953,1	3,9	20,5
6	250,3	0,0	8,4
7	10,0	0,0	0,0
8	0,0	0,0	0,0
9	47,3	11,4	7,7
10	0,0	0,0	0,0
11	0,0	0,0	0,0
12	0,0	0,0	0,0
13	0,0	0,0	0,0
14	0,0	0,0	0,0
Gesamt	24.906,8	35,8	1.020,0

Überwachung von problembehafteten Krediten

Bei den problembehafteten Krediten unterscheidet die Bank zwischen Non-performing Loans und Forborne Loans, wobei es auch solche Kredite gibt, die beide Merkmale aufweisen.

Kredite gemäß § 19 KWG (d. h. inklusive außerbilanzieller und derivativer Geschäfte) werden der Problemerkreditbearbeitung zugeordnet, wenn es starke Hinweise darauf gibt, dass zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erforderlich werden, die über die Normalbetreuung und die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbetreuung hinausgehen. Hinweise sind neben Zahlungsstörungen insbesondere auch geringe Bonitäten (Risikoklasse 9 und schlechter). Das Volumen an Problemerkrediten umfasst auch die Non-performing Loans sowie den Teil an Forborne Loans, die sich nicht in der Bewährungszeit befinden. Die Bank unterscheidet bei Problemerkrediten zwischen sonstigen Problemerkrediten (Risikoklasse 9 bis 12), Sanierungsengagements (Risikoklasse 13) und Abwicklungsengagements (Risikoklasse 14). Zum 31.12.2016 betrug der Bestand in der Problemerkreditbearbeitung 550,1 Mio. Euro. Dieser verteilte sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank:

BESTAND IN DER PROBLEMKREDITBEARBEITUNG ZUM 31.12.2016 in Mio. Euro

	Risiko- bestand gesamt	Problemkreditbestand		Sanie- rung gesamt	Abwick- lung gesamt	Abwick- lungsquote in %	Wert- berichti- gungen gesamt
		gesamt	in %				
Privatkunden	6.307,2	232,1	3,7	188,8	43,2	0,7	95,6
Unternehmen aus dem Finanzsektor	31.621,9	47,8	0,2	47,8	0,0	0,0	15,0
Sonstige Unternehmen	8.653,1	270,2	3,1	188,0	82,2	0,9	202,1
Öffentliche Hand	31.371,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	77.953,8	550,1	0,7	424,6	125,4	0,2	312,7

Als Non-performing Loan klassifiziert die Bank Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen mindestens einer der folgenden Sachverhalte vorliegt:

- Einzelwertberichtigung oder Abschreibung
- Zahlungsverzug größer als 90 Tage
- Risikoklasse 13 und schlechter
- Forbearance-Maßnahmen innerhalb der Bewährungszeit

Der Bestand an Non-performing Loans beträgt zum Jahresende 327,7 Mio. Euro. Diese sind vollständig durch werthaltige Sicherheiten bzw. Risikovorsorgen gedeckt.

Forborne Loans sind Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen die Bank dem Kreditnehmer Zugeständnisse (z. B. in Form von Stundungsvereinbarungen, Tilgungstreckungen, Tilgungsaussetzungen oder Umschuldungen) aufgrund finanzieller Schwierigkeiten eingeräumt hat, um eine nicht mehr gegebene oder akut gefährdete Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers wiederherzustellen bzw. zu sichern. Ein Kredit ist zwei Jahre nach Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten noch als Forborne Loan auszuweisen (Bewährungszeit). Der Bestand an Forborne Loans beträgt zum Jahresende 191,8 Mio. Euro.

Bewertung von Risikokonzentrationen

Die Bank ist aufgrund ihres öffentlichen Auftrags bestimmten Risikokonzentrationen ausgesetzt.

Aus der Wohnraumförderung entsteht ein Konzentrationsrisiko bei den gestellten Sicherheiten. Der Wert der Wohnimmobilien wird nach den Vorgaben der Beleihungswertverordnung ermittelt, wobei die Bank die Privilegierungen für Kleindarlehen in Anspruch nimmt und bei diesen generell auf Besichtigungen verzichtet. Aufgrund der Rahmenbedingungen in der Wohnraumförderung befindet sich ein Anteil von rund 25,5 % außerhalb des Realkreditbereichs. Die Sicherheit wird in Form von Grundschulden vertraglich geregelt.

Da sich die Förderung auf das Hoheitsgebiet des Gewährträgers beschränkt, besteht in der Wohnraumförderung ein Konzentrationsrisiko bezüglich Wohnimmobilien in Baden-Württemberg. Im Falle eines schweren konjunkturellen Abschwungs wird zum einen die Ausfallquote steigen, und zum anderen wird der Erlös aus der Verwertung der gestellten Sicherheit sinken. Zur Abschätzung dieses Risikos hat die Bank die Konjunkturresilienz der einzelnen Regionen Baden-Württembergs analysiert. Die Bank hat außerdem

die regionale Gefährdung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer in den einzelnen Regionen bei einem schweren konjunkturellen Abschwung untersucht. Die Gefahr, dass ein Kreditnehmer einer Region zahlungsunfähig wird, steigt mit der Exportabhängigkeit der Wirtschaft in dieser Region und mit der zum maßgeblichen Zeitpunkt herrschenden Arbeitslosigkeit in dieser Region. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit nimmt ab, wenn das Preisniveau für Wohnimmobilien niedrig und die Qualität der Infrastrukturanbindung in dieser Region gut ist. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wird ausgedrückt als Abweichung der Gefahr der Kreditnehmer einer Region von der Gefahr eines durchschnittlichen Kreditnehmers in Baden-Württemberg. Zur Feststellung der relativen Gefährdung wurde ein Scoringsystem verwendet. 59,0 % der Finanzierungen in der Wohnraumförderung befinden sich demnach in Regionen mit überdurchschnittlicher Konjunkturermpfindlichkeit. Der Kreditbestand weist daher, gemessen an der Konjunkturermpfindlichkeit des Landes, eine leicht überdurchschnittliche Konjunkturermpfindlichkeit auf.

Ein weiteres Sicherheitenkonzentrationsrisiko besteht bei den Gewährleistungen. Von den erhaltenen Gewährleistungen in Höhe von rund 9.156,1 Mio. Euro (ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung) entfallen rund 7.505,7 Mio. Euro auf das Land Baden-Württemberg. Aufgrund der Bonität des Landes Baden-Württemberg sieht die Bank hier ein vernachlässigbares Risiko. Weitere 1.099,1 Mio. Euro gehen auf Bürgschaften/Garantien sonstiger inländischer Gebietskörperschaften zurück. 551,3 Mio. Euro basieren auf Bürgschaften/Garantien von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Gebietskörperschaft sind, sowie ausländischen Zentral- und Regionalregierungen.

Aus dem Geschäftsmodell der Bank folgt ferner ein Konzentrationsrisiko bei Forderungen gegenüber Banken in Höhe von 28.265,2 Mio. Euro. In diesem Betrag enthalten sind auch Forderungen gegenüber Zentralbanken und sonstigen öffentlichen Stellen, die gemäß Delegierter Verordnung (EU) Nr. 1222/2014 der Kommission vom 08.10.2014 bei der Bestimmung des Grades der Verflechtung eines Instituts mit dem Finanzsystem nicht zu berücksichtigen sind. Das Ansteckungsrisiko, das für die L-Bank aus Forderungen gegenüber Banken entstehen kann, ist als äußerst gering einzustufen. Die L-Bank reicht Kredite zur Förderung der Wirtschaft über Hausbanken aus. Zum 31.12.2016 entfällt ein Volumen in Höhe von 17.145,6 Mio. Euro auf diese Hausbankendarlehen. Diese Bankenforderungen sind über die Abtretung der Forderung an den Endkunden an die L-Bank abgesichert. Ein Volumen von 213,3 Mio. Euro geht darauf zurück, dass die Bank die Hausbanken in deren Endkundenrisiko entlastet hat. 10.906,4 Mio. Euro des Bankengagements gehen auf Geschäfte zurück, die die Bank ergänzend zum Fördergeschäft tätigt. Hier legt die Bank günstige Refinanzierungsmittel bei risikolosen bzw. risikoarmen Adressen an. Von den genannten 10.906,4 Mio. Euro sind 6.869,1 Mio. Euro über Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und 341,5 Mio. Euro über Pfandbriefe abgesichert. Nach Abzug der Forderungen gegenüber Zentralbanken und multilateralen Entwicklungsbanken verbleibt ein unbesichertes Volumen in Höhe von 2.460,2 Mio. Euro. Dieses entfällt zu rund 75,6 % auf die Risikoklassen 1 bis 4 und zu rund 24,4 % auf die Risikoklassen 5 bis 8.

In regionaler Hinsicht besteht aufgrund des öffentlichen Auftrags ein Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Region „Deutschland“. 90,7 % des risikorelevanten Bestandes befinden sich in Deutschland. Hiervon wiederum sind 66,4 % im Land Baden-Württemberg angesiedelt.

REGIONALSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2016 in Mio. Euro						
	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland gesamt	6.307,0	8.260,4	26.994,5	29.117,9	70.679,8	90,7
Belgien		0,0	6,0	25,0	31,0	0,0
Finnland			5,3	120,0	125,3	0,2
Frankreich	0,2	27,5	452,7	700,0	1.180,4	1,5
Griechenland						0,0
Irland			256,0		256,0	0,3
Italien			31,6	250,3	281,9	0,4
Luxemburg		10,0	44,7		54,7	0,1
Niederlande		38,8	851,2	210,0	1.100,0	1,4
Österreich		67,5	164,0	628,5	860,0	1,1
Portugal		7,9			7,9	0,0
Spanien			44,6		44,6	0,1
Restl. Euroländer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Euroländer gesamt	0,2	151,7	1.856,1	1.933,8	3.941,7	5,1
Dänemark			132,7	70,0	202,7	0,3
Großbritannien*		9,7	261,4	100,0	371,1	0,5
Schweiz	0,0	78,5	297,2		375,7	0,5
Restl. Europa			36,9	150,0	186,9	0,2
Nicht-Euroländer gesamt	0,0	88,2	728,2	320,0	1.136,4	1,5
Europa gesamt	0,2	239,9	2.584,3	2.253,8	5.078,1	6,5
USA		134,8	436,6		571,4	0,7
Kanada	0,0	0,0	320,6	0,0	320,6	0,4
Internationale Organisationen**	0,0	0,0	1.197,3	0,0	1.197,3	1,5
Restl. Ausland		6,0	88,5		94,5	0,1
Ausland gesamt	0,2	380,6	4.627,4	2.253,8	7.262,0	9,3
Gesamt	6.307,2	8.641,0	31.621,9	31.371,6	77.941,8	100,0

* Inklusive Guernsey, Jersey, Isle of Man und Cayman Islands.

** Weltbank, Europäische Investitionsbank, Europäische Bank für Wiederaufbau, Europäischer Investitionsfonds.

In der Tabelle sind auch die Verbriefungen enthalten. Bei diesen erfolgte die Zuordnung zu einem Land anhand des Sitzlandes der emittierenden Zweckgesellschaft.

In den krisengefährdeten Euro-Peripheriestaaten lag der Risikobestand zum 31.12.2016 bei rund 590,4 Mio. Euro. Davon sind rund 10,0 Mio. Euro (1,7 %) über Gemeinschaftspfandbriefe, Pfandbriefe oder Covered Bonds besichert. Rund 250,3 Mio. Euro (42,4 %) werden von Staaten geschuldet. Weitere rund 48,7 % bzw. 287,6 Mio. Euro entfallen auf ungarantierte Verbriefungen.

Steuerung und Überwachung des Adressenausfallrisikos

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt durch die Festlegung von individuellen Emittenten-, Kontrahenten- und kreditnehmerbezogenen Limiten. Durch die Festlegung von Portfoliolimiten für Risikoklassen, Branchen und Regionen werden Klumpenrisiken begrenzt. Hier sind der Bank aufgrund des öffentlichen Auftrags enge Grenzen gesetzt. Die Darstellung der Klumpenrisiken dient deshalb vor allem der Bewusstmachung der Konzentrationsrisiken, die mit dem öffentlichen Auftrag verbunden sind. Das maximale Kreditvolumen, das die Bank gegenüber einem Kreditnehmer hat, dessen wirtschaftliches Risiko außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt, wird durch entsprechende Limite auf Länderebene begrenzt (Länderlimite).

Die Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer- und Länderlimite werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für Branchen und Regionen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie legt der Vorstand fest, welche Bonitätsanforderungen das nicht programmgebundene Fördergeschäft erfüllen muss, da diese Geschäfte im Wesentlichen im Rahmen des Förderhilfsgeschäfts getätigt werden und die Bank Erträge aus der Refinanzierung und nicht aus der Risikoübernahme erzielen will. Zur risikoadäquaten Steuerung wurde festgelegt, dass bei den Geschäften, bei denen die Höhe der Marge nicht förderpolitisch verbindlich vorgegeben ist, eine marktübliche risikoorientierte Marge zu bestimmen ist.

Basis der operativen Steuerung des Adressenausfallrisikos bilden die erstmaligen, laufenden und anlassbezogenen Bonitäts- und Sicherheitenbewertungen. Sie dienen der Portfoliosteuerung bei der Kreditgewährung wie auch der möglichst frühzeitigen Einleitung von Gegenmaßnahmen, um Verluste aus dem Kreditgeschäft zu minimieren. Im Rahmen dieses Risikofrüherkennungssystems erfolgen Analysen hinsichtlich Bonitätsverschlechterungen auf Kundenebene, der Kredite in der Intensiv- und Problemkreditbearbeitung, des Erfüllungsgrades des § 18 KWG sowie hinsichtlich der Veränderung der Erlösquoten bei ausgefallenen Krediten in der Wohnraumförderung.

Die festgelegten Prozesse für Problemkredite und notleidende Engagements umfassen ein geregeltes Mahnverfahren, das eine Wahrung der Ansprüche

sowie einen möglichst frühzeitigen Forderungsausgleich sicherstellt.

Das Adressenausfallrisiko wird stark von der konjunkturellen Situation, dem Niedrigzinsniveau, aber auch von der Veränderung in den Lebenssituationen (z. B. Scheidung) bestimmt. Es ist zu erwarten, dass sich ein Andauern des Niedrigzinsniveaus weiterhin positiv auf das Adressenausfallrisiko auswirkt. Weiter kann sich eine konjunkturelle Verbesserung positiv auf die Risikostruktur des Portfolios auswirken und Auflösungen von Wertberichtigungen zur Folge haben.

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Preisen auf den Geld- und Kapitalmärkten. Die Bank führt kein Handelsbuch. Marktpreisrisiken entstehen dementsprechend nur im Bankbuch. Marktpreisrisiken existieren in der Bank hauptsächlich in Form von Zinsänderungsrisiken und – in vernachlässigbarem Maß – in Form von Währungsrisiken.

Die Bank hat die aufgrund der gegenüber den Bediensteten zugesagten Altersvorsorgen investierten Mittel nicht separiert. Diese Anlagen sind Bestandteil des Euro-Bankbuchs. Die aus den Altersvorsorgezusagen zu erwartenden Auszahlungen werden deshalb auf Basis der für die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen angesetzten Auszahlungen bei der Bewertung des Marktpreisrisikos berücksichtigt.

Marktpreisrisiken aus strukturierten Geschäften und aus Fremdwährungsgeschäften werden durch entsprechende Microhedges ausgeschlossen. Die rechnerischen Marktpreisrisikopositionen gehen im Wesent-

lichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurück. Die Vermeidung sonstiger Zinspositionen, vor allem im mittel- und langfristigen Bereich, erfolgt hauptsächlich mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps. Der Bestand an Zinsswaps (inklusive Swaptions) betrug zum 31.12.2016 nominal 81.555,4 Mio. Euro. Zinswährungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 19.550,4 Mio. Euro. Die Sicherungsbeziehungen werden über Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB sowie im Rahmen der Währungsumrechnung nach § 256a i. V. m. § 340h HGB und der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs im Sinne von IDW RS BFA 3 grundsätzlich auch bilanziell abgebildet.

Quantitative Bewertung durch Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden mittels eines VaR-Modells berechnet. Hierzu wendet die Bank die Methode der historischen Simulation an. Aufgrund der weiterhin sehr niedrigen Zinssätze werden bei der Ermittlung des VaR nur absolute (keine relativen) Zinsänderungen berücksichtigt. Der Berechnung liegen historische Zinsänderungen innerhalb von 10 bzw. 25 Arbeitstagen aus einem Beobachtungszeitraum von 1.250 Tagen zugrunde. Demnach werden zur täglichen Überwachung der Steuerungsmitte zwei Modelle berechnet und der höhere Risikowert angesetzt.

Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit wird aus Fortführungs- und Liquidationsperspektive je ein Modell mit einem Konfidenzniveau von 99 % bzw. 99,98 % und einer Haltedauer von 250 Tagen berechnet. Dabei werden die Risiken im Fortführungsansatz aus periodischer Sicht dargestellt. Die Übersicht gibt einen Überblick über die Parametrisierung der aktuell durchgeführten Berechnungen:

PARAMETRISIERUNG DER HISTORISCHEN SIMULATION

	Haltedauer (Handelstage)	Historischer Betrachtungszeitraum (Handelstage)	Konfidenz- niveau	Anwendung
Absolute Zinsänderungen	10 und 25	1.250	99,00 %	Tägliche Limit- überwachung
Absolute Zinsänderungen	250	2.500	99,00 %	RTF, Fortführungs- ansatz, periodisiert
Absolute Zinsänderungen	250	5.000	99,98 %	RTF, Liquidations- ansatz

Im Fortführungsansatz wird darüber hinaus geprüft, ob die negativen Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinskurve um ± 200 Basispunkte auf das Zinsergebnis eines Jahres den periodisierten barwertigen Value-at-Risk übersteigen. Der größere Wert wird bei der Überprüfung der Risikotragfähig-

keit für die Marktpreisrisiken im Euro-Bankbuch angerechnet.

Nachfolgende Darstellung gibt einen Überblick über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Marktpreisrisiken im Jahresverlauf 2016:

VALUE-AT-RISK FÜR DAS MARKTPREISRISIKO 2016 in Mio. Euro

	01.01.2016		31.03.2016		30.06.2016		30.09.2016		31.12.2016	
	Limit	Belegung								
Gesamtverlustobergrenze	940,0	374,4	940,0	503,4	940,0	512,6	940,0	458,4	940,0	408,6
Anteil Marktpreisrisiken in %	26,6	17,5	16,0	11,3	16,0	13,4	16,0	11,9	16,0	13,1
Marktpreisrisiken	250,0	65,4	150,0	56,7	150,0	68,5	150,0	54,6	150,0	53,4

Qualitative Bewertung durch Stressszenarien

VaR-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter der Prämisse bestimmter Marktcontinuitäten. Da solche steten und linearen Marktbewegungen gerade aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht durchgängig unterstellt werden können, werden systematisch ergänzend Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Im Rahmen der Stresstests werden mögliche Verluste durch verschieden ausgeprägte extreme Marktbewegungen untersucht. Unter anderem werden auch die

Auswirkungen einer aufsichtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. nach unten mit der Auswirkung des hierdurch entstehenden Verlustes auf die Eigenmittel überprüft. Da die offenen Zinsrisikopositionen im mittel- und langfristigen Bereich im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurückgehen, stellen nur Szenarien mit steigenden Zinsen Stresssituationen dar. Bei den hierbei ausgewiesenen Risiken handelt es sich in großen Teilen um einen kalkulatorisch entgangenen Mehrertrag. Die folgende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer entsprechenden Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve:

NEGATIVE BARWERTÄNDERUNG AUFGRUND EINES 200-BASISPUNKTE-SHIFTS DER ZINSKURVE

	Jahres- ende 31.12.2016	Maximum 2016	Minimum 2016	Durch- schnitt 2016
Barwertverlust in Mio. Euro	317,4	453,0	260,6	336,5
Anteil an den Eigenmitteln in %	8,3	12,1	6,8	8,9
Barwertverlust mit Fälligstellung Eigenkapital in Mio. Euro	45,9	55,1	14,2	30,9
Anteil an den Eigenmitteln in %	1,2	1,5	0,4	0,8

STEUERUNG DER MARKTPREISRISIKEN

Basis der Steuerung der Marktpreisrisiken bilden die vom Vorstand vorgegebenen VaR-Limite. Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling, der die täglich ermittelten VaR-Werte den vorgegebenen Limiten gegenüberstellt. Ein täglicher Risikobericht informiert jeweils die für das Risikocontrolling und die Handelsbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus monatlich in einem Gesamtbericht über die Marktpreisrisiken informiert.

Der Ausweis von Zinsänderungsrisiken geht hauptsächlich auf die längerfristige Anlage des Eigenkapitals zurück. Eine Reduzierung der Zinsänderungsrisiken wäre somit nur durch eine kurzfristige Anlage des Eigenkapitals möglich. Insoweit stehen sich in der L-Bank Zinsänderungsrisiken und Ertragsrisiken unauflösbar diametral entgegen. Ein Anstieg der Kapitalmarktzinsen würde sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst in der L-Bank zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Anschlussrefinanzierungsrisiko).

Die ausgezeichnete Kapitalmarktposition der L-Bank auf Basis der Garantie des Landes Baden-Württemberg ermöglichte im Berichtsjahr eine sowohl an den Bank- als auch an den Investoreninteressen ausgerichtete Refinanzierung.

Quantitative Bewertung mittels Value-at-Risk

Das Anschlussrefinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Die Ermittlung des VaR für dieses Risiko erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den VaR.

VALUE-AT-RISK FÜR DAS ANSCHLUSSREFINANZIERUNGSRISIKO 2016 in Mio. Euro

	01.01.2016		31.03.2016		30.06.2016		30.09.2016		31.12.2016	
	Limit	Belegung								
Gesamtverlustobergrenze	940,0	374,4	940,0	503,4	940,0	512,6	940,0	458,4	940,0	408,6
Anteil Liquiditätsrisiken in %	16,0	29,8	31,9	41,4	31,9	38,2	31,9	50,3	31,9	42,4
Liquiditätsrisiken	150,0	111,6	300,0	208,6	300,0	195,6	300,0	230,8	300,0	173,3

Quantitative Bewertung mittels regulatorischer Kennziffer

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wurde bis 30.09.2015 auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung überwacht. Diese Liquiditätskennziffer ist voraussichtlich noch bis zur Vollumsetzung der Liquiditätsregeln aus Basel III zur LCR (voraussichtlich 01.01.2018) zu melden. Seit 01.10.2015 ist das Zahlungsunfähigkeitsrisiko gemäß CRR i. V. m. der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 zusätzlich anhand der LCR zu messen und einzuhalten. Um den Instituten eine schrittweise Anpassung an die neue Mindestanforderung zu gewähren, ist im Jahr 2016 ein Erfüllungsgrad der LCR von 0,7 einzuhalten.

Quantitative Bewertung auf Basis von Stressszenarien

Die Bank hält Liquiditätsreserven zur Deckung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs vor. Zur Ermittlung dieser Liquiditätsreserven wird der Wertpapierbestand nach hochliquiden (7-Tage-Liquiditätspuffer), liquiden (30-Tage-Liquiditätspuffer) und sonstigen Wertpapieren kategorisiert. Für die Zeithorizonte von einer Woche bzw. einem Monat ist sicherzustellen, dass der Liquiditätsbedarf durch entsprechende Liquiditätspuffer gedeckt werden kann.

Die Bank stellt sicher, dass sie in der Lage ist, auch den zusätzlichen Refinanzierungsbedarf, der sich aus

LIQUIDITÄTSKENNZAHLE 2016 NACH LIQUIDITÄTSVERORDNUNG UND LIQUIDITY COVERAGE RATIO NACH CRR I. V. M. DER DELEGIERTEN VERORDNUNG (EU) 2015/61

Monat	Liquiditätskennzahl (LiqV)	Liquidity Coverage Ratio (LCR)
Januar	3,02	2,60
Februar	3,46	3,58
März	2,19	1,82
April	3,81	2,98
Mai	3,64	2,73
Juni	2,27	1,77
Juli	4,34	3,24
August	4,04	4,08
September	2,57	2,43
Oktober	4,49	3,66
November	4,13	4,30
Dezember	3,34	3,08
Durchschnittliche Kennzahl	3,44	3,02

Stressszenarien über einen Zeithorizont von mindestens einem Monat ergibt, mit Liquiditätsreserven zu überbrücken. Dazu werden Stressszenarien untersucht, die auf institutseigenen, marktweiten bzw. kombinierten Ursachen beruhen. Die Überprüfung der Liquiditätspuffer wird monatlich durchgeführt. Durch die Limitierung und tägliche Überwachung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird sichergestellt, dass der Liquiditätspuffer nicht nur am Betrachtungstichtag, sondern im gesamten folgenden Monat ausreicht, um den Bedarf an Refinanzierungsmitteln zu decken.

Bei der Liquiditätsvorausschau wird aus Vorsichtsgründen bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 der maximal erlaubte monatliche Liquiditätsbedarf von 10.500,0 Mio. Euro (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) angesetzt, auch wenn die Liquiditätsvorausschau einen geringeren Liquiditätsbedarf anzeigt. Im Rahmen der

Liquiditätssteuerung werden auch Stressszenarien durchgeführt. In einem institutsspezifischen Stressszenario werden die vorzeitigen Liquiditätsabflüsse durch die Ausübung aller Kündigungsrechte aus Passivgeschäften innerhalb eines Monats unterstellt. In einem marktweiten Stressszenario wird die sofortige Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen in allen Laufzeiten um 100 bp bei gleichzeitigem Kursrückgang aller Wertpapiere in Höhe des Haircuts simuliert. Außerdem werden beide Szenarien ohne Berücksichtigung risikomindernder Korrelationseffekte kombiniert betrachtet.

Bei den Stressszenarien wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 das Maximum aus dem maximal erlaubten monatlichen Liquiditätsbedarf (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) und dem auf Basis des Stressszenarios errechneten Liquiditätsbedarf angesetzt.

LIQUIDITÄTSPUFFER UNTER STRESSSZENARIEN PER 31.12.2016 in Mio. Euro

	Liquiditätsvorausschau	Stressszenario institutseigene Ursachen	Stressszenario marktweite Ursachen	Stressszenario institutseigene und marktweite Ursachen kombiniert
Tag 1 bis Tag 7				
Liquiditätspuffer	15.468,3	15.468,3	14.591,7	14.591,7
Liquiditätsbedarf	145,2	145,2	177,7	177,7
Freier Liquiditätspuffer	15.323,1	15.323,1	14.414,0	14.414,0
Tag 8 bis Tag 30				
Liquiditätspuffer	16.797,3	16.797,3	15.657,0	15.657,0
Liquiditätsbedarf	10.354,8	10.361,8	10.354,8	10.361,8
Freier Liquiditätspuffer	6.442,5	6.435,5	5.302,2	5.295,2

Die geringen Abweichungen der Liquiditätsvorausschau von den Stressszenarien gehen zum einen darauf zurück, dass die Liquiditätsvorausschau dem Vorsichtsprinzip folgend erstellt und z. B. keine Verlängerung von fälligen Termingeldern unterstellt wird. Weiter hat die Bank aufgrund ihres Geschäftsmodells bei den Refinanzierungen in nur sehr vernachlässigbarem Maße unbestimmte Zahlungsströme, die in Stresssituationen zu unerwartetem Liquiditätsbedarf führen könnten.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorausschau, in der sämtliche erwarteten Zahlungsströme der nächsten zehn Jahre dargestellt werden. Dabei erfolgt für den laufenden Monat sowie für die folgenden beiden Monate eine Tagesbetrachtung. Die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres sowie das folgende Geschäftsjahr werden monatsweise betrachtet. Für die Jahre 3 bis 10 erfolgt eine Jahresbetrachtung. Bei der Erstellung dieser Liquiditätsvorausschau unterstellt die Bank die vertraglich festgelegten Laufzeiten. Bei zukünftigen Zinsanpassungen in der Wohnraumförderung wird der aktuelle Nominalzins fortgeschrieben. Für Termingelder gehen keine Prolongationsannahmen ein. Diese werden tagesaktuell im Rahmen der Liquiditätssteuerung berücksichtigt. Planzahlen für zu erwartende Auszahlungen werden monatlich auf Basis der Neugeschäftsplanungen aktualisiert.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Bank verschiedene Vorgaben festgelegt: Neben der Limitierung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird das Anschlussrefinanzierungsrisiko durch die Limitierung der pro Laufzeitjahr notwendigen Refinanzierungsgeschäfte begrenzt. Die Bestände an EZB-fähigen sowie an täglich liquidierbaren Wertpapieren dürfen einen Mindestbetrag nicht unterschreiten.

Das Liquiditätsrisiko wird monatlich bewertet und über die Einhaltung der Steuerungsvorgaben zusammen mit den Marktpreisrisiken den zuständigen Vorstandsmitgliedern täglich berichtet.

Aufgrund der expliziten Garantie des Landes Baden-Württemberg für die Refinanzierungen der Bank kann sich die L-Bank sehr günstig refinanzieren. Im Lichte des Ankaufprogramms der EZB verbesserten sich die eigenen Refinanzierungsspreads erneut. Chancen ergeben sich für die Bank auch weiterhin durch die zu erwartende internationale Nachfrage nach sicheren Anlagen. Eine Verschlechterung der Bonität des Landes Baden-Württemberg hätte nachteilige Auswirkungen auf die Refinanzierungsspreads der L-Bank. Da die L-Bank jedoch das Fördergeschäft in hohem Umfang über Mittel der KfW bzw. der Landwirtschaftlichen Rentenbank refinanziert und das Förderhilfsgeschäft nur betreibt, wenn günstige Refinanzierungsmittel beschafft werden konnten, würde sich diese Verschlechterung der Refinanzierungsspreads nicht auf das gesamte Kreditvolumen auswirken.

OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Die Bank hat das bei Geschäften mit Geschäftspartnern im Ausland zusätzlich auftretende Transfer- und Konvertierungsrisiko (bei Transaktionen in fremder Währung) als Rechtsrisiko eingestuft.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der VaR mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadensereignissen

verwendet wird. Grundlage hierfür sind historische Beobachtungen und Expertenschätzungen hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensmaßes von Störungen jedes risikobehafteten Prozesses der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem VaR der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur in geringer Anzahl Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und diese nur eine geringe Schadensfolge zeigten. Eine

fundierte Berechnung des VaR auf Basis historischer Verlustereignisse ist daher nicht möglich.

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

VALUE-AT-RISK FÜR DAS OPERATIONELLE RISIKO 2016 in Mio. Euro

	01.01.2016		31.03.2016		30.06.2016		30.09.2016		31.12.2016	
	Limit	Belegung								
Gesamtverlustobergrenze	940,0	374,4	940,0	503,4	940,0	512,6	940,0	458,4	940,0	408,6
Anteil operationelle Risiken in %	1,1	0,8	1,1	0,6	1,1	0,6	1,1	0,6	1,1	0,7
Operationelles Risiko	10,0	3,0	10,0	2,8	10,0	2,9	10,0	2,8	10,0	2,8

Neben in üblichem Umfang abgeschlossenen Versicherungen zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen bildet das eingerichtete interne Kontrollsystem die Grundlage der Vermeidung operationeller Risiken. Es umfasst umfangreiche im- und explizite Verfahrensschritte zur Sicherstellung der Prozessabläufe (z. B. Vier-Augen-Prinzip, zufallsgesteuerte Stichprobenkontrollen, Verfahrensvorgaben bei Änderungen betrieblicher Prozesse oder Strukturen, IT-Berechtigungs-Management zum Ausschluss von nicht miteinander zu vereinbarenden Tätigkeiten, strenge Auswahlkriterien bei Neueinstellungen).

Die Basis bildet die schriftlich fixierte Ordnung der Bank, deren Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation modular erstellt sind.

Um sicherzustellen, dass nur solche Geschäfte eingegangen werden, die die Bank risikoadäquat bearbeiten und steuern kann, wird bei neuartigen Geschäften ein Neu-Produkt-Prozess durchlaufen. Vor erstmaliger Geschäftsaufnahme wird dabei anhand von Testfällen überprüft, inwieweit das Geschäft mit den bestehenden Prozessen und Verfahren abgebildet werden kann. Ergebnis dieses Testdurchlaufs ist jeweils ein Konzept,

in dem alle mit dem neuen Geschäft verbundenen personellen, organisatorischen, DV-technischen, bilanz- und steuerrechtlichen Konsequenzen dargestellt werden.

Weiter wird durch die laufende Überprüfung der Einhaltung entsprechender gesetzlicher Rechtsvorschriften (z. B. Wertpapiercompliance, Geldwäsche- und Betrugsprävention, Datenschutz) das operationelle Risiko verringert. Die Compliance-Funktion soll Risiken ausschließen, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen ergeben können. Hierzu hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die L-Bank wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hinzuwirken. Ihre Einhaltung wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet.

Aufgrund der Portfoliostruktur kommt den Transfer- und Konvertierungsrisiken insgesamt nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. Das Risiko, dass die Bank aus der Beschränkung des Zahlungsverkehrs und/oder der Währungskonvertierbarkeit aufgrund gesetzlicher Einschränkungen der betreffenden Länder Verluste erleidet, wird als sehr gering erachtet.

Bezüglich der Ablauforganisation unterscheidet die Bank zwischen Arbeitsanordnungen, die Handlungsvorschriften mit bindendem Charakter darstellen, und Handbüchern. Arbeitsanordnungen gelten unabhängig von der eingesetzten IT und den zugrunde liegenden Workflows. Arbeitshandbücher beinhalten dagegen konkrete Ablaufbeschreibungen bzw. IT-Benutzerhandbücher. Die Bank hat den gesamten Kreditbearbeitungsprozess in die Bearbeitungsschritte Kreditgewährung, Kreditweiterbearbeitung, Problemkreditbearbeitung, Sanierung und Abwicklung gegliedert. Für jeden Bear-

beitungsschritt wurden Kriterien festgelegt, die bei der Bearbeitung der Kredite zu beachten sind. Diese Bearbeitungskriterien stellen den Kreditmasterprozess dar. Auch für die Handelsgeschäfte wurde ein Masterprozess festgelegt. In diesem wurden die Bearbeitungskriterien für die Überprüfung der Abschlussmöglichkeit, für die Vereinbarung, Erfassung, Weiterleitung und Änderung der Abschlussdaten, für die Fortschreibung des Bestands an Handelsgeschäften, für die rechtliche Ausgestaltung der Verträge, für den Abschluss außerhalb der Bankgeschäftsräume und außerhalb der üblichen Arbeitszeit (Spätgeschäfte), für das Aufzeichnen und Abhören von Telefongesprächen sowie für die laufenden Kontrolltätigkeiten im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle festgelegt.

In den Regelungen zur Aufbauorganisation wird beschrieben, wo welche Geschäftsaktivitäten ausgeübt werden (Organisationsplan und Geschäftsverteilungsplan). In den Regelungen zur „Geschäftsführung und Vertretung“ ist geregelt, wer welche Geschäftsaktivitäten ausüben darf. In den Dienstvereinbarungen und Vorgaben für das Personal sind arbeits- und dienstrechtliche Vorgaben geregelt.

SANIERUNGSPLANUNG

Die L-Bank wurde von der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgefordert, einen Sanierungsplan zu erstellen. Bei der Erstellung des Sanierungsplanes hat die L-Bank die entsprechenden einschlägigen Regulierungsvorgaben auf europäischer Ebene sowie das deutsche Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) beachtet. Der Sanierungsplan ergänzt die in der L-Bank bestehenden Instrumente zur Risiko- und Gesamtbanksteuerung, die darauf abzielen, die Reaktionsfähigkeit der L-Bank zur Vermeidung zukünftiger Krisensituationen zu stärken.

Der Vorstand der L-Bank hat einen Arbeitskreis „Sanierungsplanung“ installiert, der unter Federführung des Bereichs Controlling den Sanierungsplan erstellt und für dessen Aktualisierung zuständig ist. Der Sanierungsplan beinhaltet eine strategische Analyse, an die sich eine Darstellung der bemerkenswerten Geschäfte, Funktionen und Beziehungen anschließt. Weiter werden im Sanierungsplan das methodische Vorgehen bei der Auswahl der Sanierungsindikatoren vorgestellt und diese beschrieben. Die Wirksamkeit der ausgewählten Handlungsoptionen wird in Belastungsanalysen überprüft. Der Sanierungsplan enthält auch eine Zuordnung der Zuständigkeiten für den Sanierungsprozess. Die Sanierungsgovernance und die Schwellenwerte wurden vom Vorstand und vom Verwaltungsrat festgelegt.

Sanierungsgovernance

Die Sanierungsgovernance setzt auf bestehende Strukturen und Berichtswege auf. Bei der Überschreitung von Schwellenwerten wird ein Krisengremium einberufen, in dessen Rahmen die Geschäftsleitung zusammen mit den verschiedenen betroffenen Fachbereichen über Ursache und Nachhaltigkeit des Schwellenüberschritts diskutiert sowie über das Ergreifen von Handlungsoptionen berät. Weiter entscheidet die Geschäftsleitung in diesem Zusammenhang über die Kommunikationsmaßnahmen. Aufgrund der Tatsache, dass in der L-Bank alle risikorelevanten Entscheidungen von der Geschäftsleitung getroffen werden, werden auch Sanierungsmaßnahmen ausschließlich von der Geschäftsleitung entschieden.

Ergebnis

Insgesamt kommt die L-Bank zu dem Ergebnis, dass sie aufgrund ihrer Geschäftsaktivitäten und Verflechtungen keine Gefahr für die Stabilität des Finanzsys-

tems oder die Realwirtschaft darstellt. Sie verfügt über Handlungsoptionen, mit denen bestandsgefährdende Situationen verhindert werden können.

WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die L-Bank hat bezüglich ihrer Prozesse in der Rechnungslegung ein durchgängiges internes Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, das laufend überprüft und fortentwickelt wird. Es umfasst sowohl aufbau- wie auch ablauforganisatorische Regelungen. Die Regelungen gewährleisten die Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung. Der hierdurch erfasste Rechnungslegungsprozess reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht. Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Für die Umsetzung ist der Bereich Rechnungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr zuständig. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird ferner durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichti-

gung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung. Diese Regelungen werden in internen Handbüchern und Arbeitsanweisungen für die Arbeitsabläufe in der L-Bank konkretisiert. Die regelmäßige Überwachung der internen Dokumente und deren Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen nimmt der Bereich Rechnungswesen vor. Durch das umfassende interne Berichtswesen sowie die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardisierten Prozess wird auch die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist nachvollziehbar gegliedert. Die entsprechenden Unterlagen werden unter Beachtung der gesetzlichen Fristen aufbewahrt.

Die im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche haben klar getrennte Funktionen: Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung erfolgt in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr. Die Daten werden jeweils über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung der Kontierungsregeln, der Buchungssystematik und der Buchungsprogrammsteuerung sowie für die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.

Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

- den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,
- die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie
- die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz und Ausweis sowie einer plausiblen Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Jahresabschluss und Lagebericht werden aus der Finanzbuchhaltung abgeleitet. Insbesondere für den Lagebericht werden ergänzend Finanz- und Risikocontrollingdaten aus dem internen Managementinformationssystem herangezogen, die einem vergleichbaren internen Kontrollsystem unterliegen. Jahresabschluss und Lagebericht werden zudem in ihrer Gesamtheit weiteren manuellen Kontrollen im Vier-Augen-Prinzip unterzogen.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse werden regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäftsentwicklung unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

Karlsruhe, 07.03.2017

Dr. Axel Nawrath

Dr. Ulrich Theileis

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse haben die ihnen durch Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Die in seine Aufgabenzuständigkeit fallenden Angelegenheiten bzw. die seiner Zustimmung bedürftigen Geschäftsvorfälle hat der

Verwaltungsrat beraten und beschlossen; außerdem hat er mit dem Vorstand geschäftspolitische Themen und die Strategien erörtert. Hierfür hat der Verwaltungsrat im Laufe des Jahres 2016 dreimal und haben seine Ausschüsse insgesamt siebenmal getagt; eilbedürftige Beschlüsse wurden außerhalb der Sitzungen im Umlaufverfahren eingeholt.

Die im zweiten Halbjahr 2015 begonnene Grundsatzdiskussion über die künftige Wahrnehmung der Aufgaben des Risikoausschusses und über die Ausgestaltung seiner Arbeitsweise wurde im Frühjahr 2016 abgeschlossen. Mit Wirkung zum 1. Juli 2016 wurde der Prüfungsausschuss vom Risikoausschuss getrennt und als eigenständiger Ausschuss eingerichtet. Außerdem wurden die Kompetenzen des Risikoausschusses im Kreditgeschäft neu geordnet. Der Risikoausschuss übt jetzt die gesetzlichen Aufgaben des Risikoausschusses aus und hat zusätzlich bestimmte Zuständigkeiten im Kreditgeschäft, der Prüfungsausschuss erfüllt die gesetzlichen Aufgaben des Prüfungsausschusses und dem Personalausschuss sind die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungs- und des Vergütungskontrollausschusses sowie bestimmte Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten übertragen.

Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Geschäftsjahr 2016 gemäß den in Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung verankerten Vorgaben regelmäßig über die Entwicklung der Bank

sowie über wichtige und wesentliche Geschäftsvorfälle. Außerhalb der Sitzungen des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse geschah dies durch Übersendung schriftlicher Berichte.

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2016 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer hat dem Prüfungsausschuss während der laufenden Abschlussprüfung über deren Stand berichtet und nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats und des Prüfungsausschusses über den Jahresabschluss für das Jahr 2016 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat und der Prüfungsausschuss erörterten den Bericht des Abschlussprüfers.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung kommt der Verwaltungsrat zu dem Schluss, dass gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Jahr 2016 keine Einwendungen zu erheben sind. Demzufolge hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 28. April 2017 den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2016 festgestellt.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von 50.212.713,71 Euro den anderen Gewinnrücklagen 50.000.000,00 Euro zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 212.713,71 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, den 28. April 2017

Die Vorsitzende des Verwaltungsrats

Edith Sitzmann MdL

Ministerin für Finanzen des Landes Baden-Württemberg

Jahresbilanz der L-Bank	132
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	136
Kapitalflussrechnung der L-Bank	138
Eigenkapitalspiegel der L-Bank	139
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	140
Nachtragsbericht	160
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	160
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	161
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	161

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2016

AKTIVSEITE	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand		27.970,82		39.455,82
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 46.856.500,84 (EUR 32.320.320,54)		46.856.500,84		32.320.320,54
			46.884.471,66	32.359.776,36
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig		384.069.106,67		368.847.667,81
b) andere Forderungen		22.069.857.423,40		20.695.478.116,90
			22.453.926.530,07	21.064.325.784,71
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN			26.894.345.770,11	25.669.571.644,27
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert EUR 4.982.907.109,62 (EUR 5.353.665.229,24)				
Kommunkredite EUR 12.761.595.162,08 (EUR 11.298.518.454,68)				
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 5.786.324.889,55 (EUR 5.848.015.104,70)	5.893.472.291,72			5.954.799.744,86
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 14.698.284.615,38 (EUR 14.693.484.559,44)	16.532.024.414,91			16.990.812.870,59
		22.425.496.706,63		22.945.612.615,45
b) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag EUR 79.050.000,00 (EUR 73.050.000,00)		79.738.704,49		73.442.097,76
			22.505.235.411,12	23.019.054.713,21
Übertrag			71.900.392.182,96	69.785.311.918,55

AKTIVSEITE	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Übertrag			71.900.392.182,96	69.785.311.918,55
5. BETEILIGUNGEN darunter: an Kreditinstituten EUR 1.986.360,52 (EUR 1.986.360,52)			221.455.800,85	211.740.120,37
6. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN			16.309.201,95	19.309.201,92
7. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 38.807.798,39 (EUR 53.869.892,53)			38.849.427,91	53.914.588,89
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			6.095.694,30	8.282.744,16
9. SACHANLAGEN			102.722.064,27	105.981.183,25
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			1.770.342.001,62	1.963.902.510,16
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			1.019.220.721,03	1.146.475.855,35
SUMME DER AKTIVA			75.075.387.094,89	73.294.918.122,65

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2016

PASSIVSEITE	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
a) täglich fällig		6.099.407,39		5.659.507,64
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		24.711.546.521,67		23.057.126.272,64
			24.717.645.929,06	23.062.785.780,28
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	132.164.214,76			152.100.922,17
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.490.811.806,84			7.944.940.021,29
		7.622.976.021,60	7.622.976.021,60	8.097.040.943,46
3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN				
a) begebene Schuldverschreibungen			36.226.328.455,12	35.583.686.436,34
4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN			38.849.427,91	53.914.588,89
darunter: Treuhandkredite EUR 38.807.798,39 (EUR 53.869.892,53)				
5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN			26.054.759,67	23.897.144,78
6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			1.829.016.337,04	1.924.394.108,11
7. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		236.852.308,00		231.869.397,00
b) andere Rückstellungen		376.409.570,64		191.357.289,10
			613.261.878,64	423.226.686,10
8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN			200.084.982,45	374.137.287,12
Übertrag			71.074.132.809,04	69.168.945.687,96

PASSIVSEITE	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Übertrag			71.074.132.809,04	69.168.945.687,96
9. GENUSSRECHTSKAPITAL			356.529.800,00	356.529.800,00
10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKRISIKEN			630.000.000,00	630.000.000,00
11. EIGENKAPITAL				
a) gezeichnetes Kapital		250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage		999.426.789,69		999.426.789,69
c) Gewinnrücklagen				
ca) andere Gewinnrücklagen		1.515.000.000,00		1.465.000.000,00
d) Bilanzgewinn		50.212.713,71		50.878.557,88
			2.814.639.503,40	2.765.305.347,57
SUMME DER PASSIVA			75.075.387.094,89	73.294.918.122,65
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			2.673.645.686,11	5.138.636.750,51
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			4.369.142.069,73	2.886.925.669,03

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2016 BIS 31.12.2016

	2016 EUR	2016 EUR	2016 EUR	2015 EUR
1. ZINSERTRÄGE AUS				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.050.334.274,52			1.145.123.794,54
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	551.846.316,01			600.266.618,27
		1.602.180.590,53		1.745.390.412,81
2. ZINSAUFWENDUNGEN		1.462.851.661,39		1.513.983.031,34
darunter: aus Zinssubventionen für Darlehen EUR 93.396.056,11 (EUR 103.727.727,67)				
			139.328.929,14	231.407.381,47
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS				
a) Beteiligungen			5.714.148,42	30.298.638,49
4. PROVISIONSERTRÄGE			43.602.359,49	46.263.568,12
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN			15.160.822,15	3.843.440,44
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE			11.123.366,35	14.252.453,37
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	75.490.051,83			76.767.283,75
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 5.740.270,45 (EUR 7.370.619,96)	17.931.290,43			19.583.016,59
		93.421.342,26		96.350.300,34
b) andere Verwaltungsaufwendungen		61.082.193,50		63.878.431,62
			154.503.535,76	160.228.731,96
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN			10.868.204,69	10.907.726,69
Übertrag			19.236.240,80	147.242.142,36

	2016 EUR	2015 EUR
Übertrag	19.236.240,80	147.242.142,36
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	61.104.929,50	34.309.624,80
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT Zuführung zum „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ EUR 0,00 (EUR 100.000.000,00)	0,00	64.392.567,88
11. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU FORDERUNGEN UND BESTIMMTEN WERTPAPIEREN SOWIE AUS DER AUFLÖSUNG VON RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT	90.858.032,37	0,00
12. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN	2.007.533,02	6.953.810,25
13. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	50.996.876,69	55.493.759,93
14. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	1.482.580,73	4.681.511,87
15. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	180.140,13	184.230,59
16. JAHRESÜBERSCHUSS	49.334.155,83	50.628.017,47
17. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	878.557,88	250.540,41
	50.212.713,71	50.878.557,88
18. BILANZGEWINN	50.212.713,71	50.878.557,88

KAPITALFLUSSRECHNUNG DER L-BANK ZUM 31.12.2016

	01.01.-31.12.2016 TEUR	01.01.-31.12.2015 TEUR
Periodenergebnis	49.334	50.628
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen inkl. Eventualverbindlichkeiten und Wertpapiere	-78.083	38.069
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	10.868	10.808
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Finanzanlagen (ohne Wertpapiere)	15.796	7.755
Veränderung der Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	211.917	14.489
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Anlagewerten	-436	-2
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-16.441	-7.560
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-294.779	-640.118
Veränderung der Forderungen an Kreditinstitute	-1.387.248	-290.121
Veränderung der Forderungen an Kunden	-1.147.573	-2.240.048
Veränderung der Wertpapiere	511.281	-459.180
Veränderung anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	335.200	-525.596
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.654.860	1.950.192
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-474.065	1.001.292
Veränderung der verbrieften Verbindlichkeiten	642.642	-399.669
Veränderung anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-303.152	486.762
Zinsüberschuss	-139.329	-231.407
Ertragsteueraufwand	1.483	4.682
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	1.680.248	2.615.223
Gezahlte Zinsen	-1.246.140	-1.743.698
Ertragsteuerzahlungen	-1.483	-4.682
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	24.900	-362.181
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	39.976	379.776
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-46.047	-16.913
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	846	858
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.192	-4.966
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	7	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.966	-2.661
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-10.376	356.094
Cashflow aus Investitionstätigkeit	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	32.360	38.447
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	24.900	-362.181
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-10.376	356.094
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	46.884	32.360

EIGENKAPITALSPIEGEL DER L-BANK ZUM 31.12.2016

	Gezeichnetes Kapital TEUR	Rücklagen			Bilanzgewinn TEUR	Eigenkapital TEUR
		Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB TEUR	Andere Gewinn- rücklagen TEUR	Summe TEUR		
Stand am 31.12.2014	250.000	999.427	1.415.000	2.414.427	50.251	2.714.678
Einstellung in Rücklagen			50.000		-50.000	0
Jahresüberschuss					50.628	50.628
Stand am 31.12.2015	250.000	999.427	1.465.000	2.464.427	50.879	2.765.306
Einstellung in Rücklagen			50.000		-50.000	0
Jahresüberschuss					49.334	49.334
Stand am 31.12.2016	250.000	999.427	1.515.000	2.514.427	50.213	2.814.640

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 01.12.1998 errichtet. Sie ist das Förderinstitut des Landes Baden-Württemberg. Die Geschäftstätigkeit der L-Bank wird von dem gesetzlichen Auftrag bestimmt, das Land bei der Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Union durchzuführen.

Die L-Bank hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Sie ist unter der Nummer HRA 104441 im Handelsregister der Stadt Mannheim eingetragen. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Der Jahresabschluss der L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Der Posten Zinsaufwendungen wurde um einen Davon-Vermerk ergänzt (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde daher entsprechend § 290 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Angaben nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG (länderspezifische Berichterstattung) finden sich in diesem Anhang. Die übrigen Angaben nach § 26a Abs. 1 KWG und die Angaben

nach Art. 435 ff. CRR (Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012) sind in einem eigenständigen Offenlegungsbericht enthalten, der jährlich aktualisiert und zeitnah auf der Internetseite der L-Bank veröffentlicht wird.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340a ff. HGB).

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Negative Zinsen aus Geldanlagen werden in den Zinserträgen, negative Zinsen aus Geldaufnahmen in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die Bank behandelt Kredite, die sie im Rahmen von Förderprogrammen im Zins selbst verbilligt, als unterverzinsliche Kreditgeschäfte. Diese Programmkredite werden mit ihrem Barwert angesetzt. Für Zinssubventionen auf unwiderrufliche Kreditzusagen im Fördergeschäft werden Rückstellungen gebildet. Die Ergebnisse aus den von der Bank getragenen Zinssubventionen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessen Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind aktivisch abgesetzt bzw. werden in den Rückstellungen abgebildet.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Bilanzstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden soweit möglich Börsenkurse zum Ansatz gebracht. Sofern kein aktiver Markt vorhanden ist, werden Modellwerte verwendet, die wiederum auf Marktdaten (Zinskurven, Spreadkurven) und auf sonstigen verfügbaren Informationen (z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten) basieren.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag laufzeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt werden. Abschreibungen bei Wertpapieren des Finanzanlagebestandes erfolgen bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung. Für latente Risiken wurde eine pauschaliert ermittelte Vorsorge angesetzt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bilanziert. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung.

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre abgeschrieben.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als Bewertungsmethode wird die projizierte Einmalbeitragsmethode (PUC) angewendet. Künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen werden mit 2 %, künftige Rentenanpassungen mit 1,6 % bzw. 2 % in die Berechnung einbezogen. Die Rückstellungen werden gemäß der geänderten Vorgabe des § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre (Vorjahr: mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre) abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren

ergibt. Dieser beträgt 4,01 % (Vorjahr: 3,89 %). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beläuft sich zum 31.12.2016 auf 28 Mio. EUR. Dieser Betrag ist ausschüttungsgesperrt.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erforderlichen Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Aufwandsrückstellungen im Sinne des § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a. F. werden so lange fortgeführt, bis sie bei Eintritt des Ereignisses, für das sie gebildet wurden, zweckentsprechend verbraucht werden bzw. wegen Wegfall des Rückstellungsgrundes aufzulösen sind.

Die Aufzinsung der Rückstellungen (inkl. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen) in Höhe von 6 Mio. EUR (Vorjahr: 31 Mio. EUR) wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

FÖRDERFONDS

Die L-Bank hat zum 01.01.2017 ein neues Förderbeitragssystem eingeführt. Kernelement ist, dass Förderbeiträge, die die L-Bank im Rahmen ihres gesetzlichen Förderauftrags aus eigenen Erträgen zur Subventionierung von Fördermaßnahmen bereitstellt, aus bereits erwirtschafteten Ergebnissen geleistet werden. Für die Verpflichtung zur Erbringung von Förderbeiträgen in den Geschäftsjahren 2017 und 2018 hat die L-Bank zum 31.12.2016 Rückstellungen von jeweils 80 Mio. EUR gebildet (Förderfonds).

Die Dotierung der Rückstellungen wird unter Berücksichtigung der vorgesehenen Art von Fördermaßnahmen (Zinsverbilligungen, subventionierte Dienstleistungen bzw. Bürgschaften oder Zuschüsse) in der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt ausgewiesen:

	TEUR
Zinsaufwendungen	130.489
Provisionsaufwendungen	12.100
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.411
gesamt	160.000

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 256a i. V. m. 340h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassengeschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 30.12.2016 umgerechnet. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil gespalten.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte werden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Ausweis eines Bewertungsüberhangs erfolgt in einem Ausgleichsposten in der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“.

VERLUSTFREIE BEWERTUNG DES BANKBUCHS

Die Überprüfung des Bankbuchs im Sinne von IDW RS BFA 3 zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung erfolgt nach einem barwertorientierten Ansatz. Basis der Berechnung

bilden die Buchwerte (Ansatz in der Bilanz), diskontierte Cashflows sowie die Risikokosten und die zukünftigen Verwaltungsaufwendungen für die Abwicklung der Positionen.

Aus der Bewertung der Geschäfte ergab sich unverändert kein Rückstellungsbedarf.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGS-ZUSAMMENHÄNGEN

Zur Absicherung bilanzieller Risiken werden derivative Sicherungsgeschäfte und Garantien hereingenommen. Derivative Geschäfte schließt die Bank zur Absicherung der Gesamtzinsrisikoposition oder einzelgeschäftsbezogen ab. Der Ergebnisbeitrag der Derivate wird grundsätzlich im Zinsergebnis gezeigt.

Soweit notwendig werden Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft als Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB zusammengefasst. Bei diesen Bewertungseinheiten stimmen die bewertungsrelevanten Parameter vollständig überein (Perfect Hedges). Die bilanzielle Abbildung erfolgt in diesem Fall nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“, bei der die sich ausgleichenden gegenläufigen Wertänderungen (Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufgrund des abgesicherten Risikos) in Bilanz und GuV unberücksichtigt bleiben.

In der unten stehenden Tabelle sind die Grundgeschäfte der Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB dargestellt. Die angegebenen Buchwerte wurden gegebenenfalls mit dem Kassamittelkurs vom 30.12.2016 in EUR umgerechnet.

GRUNDGESCHÄFT DER BEWERTUNGSEINHEIT

	Buchwert in TEUR	davon Zinsrisiko	davon Währungsrisiko	davon Preis- änderungsrisiko
Vermögensgegenstände	433.399	–	–	433.399
Schulden	1.259.373	949.000	310.373	–
Gesamt	1.692.772	949.000	310.373	433.399

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
täglich fällig	384.069	368.848
bis drei Monate	989.698	1.189.789
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.629.676	2.939.216
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.701.271	6.622.132
mehr als fünf Jahre	10.749.212	9.944.341
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
bis drei Monate	625.691	806.838
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.827.790	1.940.115
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.838.198	6.733.451
mehr als fünf Jahre	17.602.667	16.189.168
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
im Folgejahr fällig	2.944.989	1.640.372
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
täglich fällig	6.099	5.659
bis drei Monate	1.198.652	1.214.102
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.736.534	1.662.598
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.173.807	6.633.436
mehr als fünf Jahre	14.602.554	13.546.991
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
täglich fällig	132.164	152.101
bis drei Monate	721.258	1.249.238
mehr als drei Monate bis ein Jahr	22.459	43.721
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	522.409	422.663
mehr als fünf Jahre	6.224.685	6.229.318
VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN		
im Folgejahr fällig	17.679.450	17.096.091

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	75.652	–
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	53.169	53.864
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	79.269	615.561
– nachrangige Forderungen	1.739	17.545
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
In dieser Position sind enthalten:	2.134.371	1.661.834
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	22.086.154	22.623.091
– nicht börsennotiert	434.081	410.963
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteiliger Zinsen) von 22.009.829 TEUR. Davon haben Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.060.078 TEUR einen Marktwert von 1.024.360 TEUR. Auf eine Abschreibung wurde verzichtet, da aufgrund der dauerhaften Halteabsicht kurzfristige Marktschwankungen nicht berücksichtigt werden.		
BETEILIGUNGEN		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	–	231
TREUHANDVERMÖGEN		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
– Forderungen an Kreditinstitute	34.978	46.952
– Forderungen an Kunden	3.830	6.918
– sonstige Vermögensgegenstände	42	45
SACHANLAGEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	83.476	86.419
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.258	6.580

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
davon nachrangig	7.520	7.522
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE		
– Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	798.503	878.328
– Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	60.782	47.851
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.592	2.327
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	37.215	51.543
– sonstige Verbindlichkeiten	42	45
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE		
– Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	2.040	3.030
– Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	12.702	15.654
NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN UND GENUSSRECHTSKAPITAL		
– Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten	9.244	10.785
– Zinsaufwendungen für Genusssrechtskapital	17.563	21.749

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags aller nachrangigen Verbindlichkeiten.

WÄHRUNG	Betrag in TEUR	Zinssatz in %	Fälligkeit bis
JPY	81.037	2,14	24.08.2018
EUR	40.000	2,27	14.11.2023

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

Das Genussrechtskapital besteht aus Genussscheinen und gliedert sich wie folgt:

Betrag in TEUR	Zinssatz in %	Fälligkeit	Anzahl
20.000	5,000	01.07.2017	1
10.000	5,000	01.07.2017	2
5.000	5,000	01.07.2017	5
3.000	5,000	01.07.2017	1
2.000	5,000	01.07.2017	1
10.000	5,020	01.07.2017	2
1.000	5,020	01.07.2017	1
10.000	5,000	01.07.2020	2
25.000	5,125	01.07.2020	1
25.000	5,140	01.07.2020	2
5.000	5,160	01.07.2020	2
25.000	5,170	01.07.2020	1
10.000	5,170	01.07.2020	1
3.000	5,170	01.07.2020	1
50.000	5,375	01.07.2025	1
10.000	5,375	01.07.2025	4
5.000	5,375	01.07.2025	3

Gemäß den Genussscheinbedingungen ist die Bedienung der Ausschüttungs- und Rückzahlungsansprüche an das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit der Bank geknüpft.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten und das Genussrechtskapital sind für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen der CRR zur Anrechnungsfähigkeit. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit dieser Verbindlichkeiten der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
– Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	1.678.159	1.855.519
– Forderungen aus Swaps	61.964	76.715
– Kunstgegenstände	14.001	14.682
– Partizipationsscheine	7.520	7.522
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
– vorab geleistete Einmalzahlungen aus Swaps	154.055	213.743
SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
– endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	14.316	12.164
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
– vorab erhaltene Einmalzahlungen aus Swaps	1.814.105	1.905.656
RÜCKSTELLUNGEN		
unter den anderen Rückstellungen:		
– Rückstellungen für Förderfonds	160.000	–
– Rückstellungen für zinsverbilligte Darlehen	111.100	82.943
EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:		
– Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	166.569	376.569
– Credit Default Swaps	1.869.354	3.752.787
Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme leitet sich aus dem Risikomanagement der Bank ab. Der überwiegende Teil der Eventualverbindlichkeiten beinhaltet Kreditrisiken von Kreditnehmern erstklassiger Bonität. 94,8 % des Gesamtbestandes an Eventualverbindlichkeiten besitzen ein Investment-Grade-Rating. Die Credit Default Swaps verpflichten die L-Bank als Sicherungsgeber ausschließlich zu Ausgleichsleistungen für das Ausfallrisiko im Sinne von IDW RS BFA 1. Es ist beabsichtigt, die Credit Default Swaps bis zur Fälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten.		
ZINSERTRÄGE		
– negative Zinsen aus Geldanlagen	24.575	3.610
ZINSAUFWENDUNGEN		
– negative Zinsen aus Geldaufnahmen	18.586	5.198
PROVISIONSERTRÄGE		
– Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	35.760	37.333
SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		
– Erträge aus Vermietung	4.841	4.794

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare (exkl. USt.) an den Abschlussprüfer erfasst:		
– für die Abschlussprüfungsleistungen	383	383
– für andere Bestätigungsleistungen	14	30
– für sonstige Leistungen	24	–
SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		
– Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	33.919	24.929
– Zuführung zur Rückstellung für Förderfonds	17.411	–
GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN		
– Vermögensgegenstände	4.298.448	4.531.326
– Schulden	24.610.878	25.679.878
Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt. Die Währungsumrechnung ergab einen sonstigen betrieblichen Ertrag in Höhe von	15	235

SICHERHEITSLAISTUNGEN

Für Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank sind Wertpapiere in Höhe von insgesamt 3.773 Mio. EUR (Vorjahr: 3.366 Mio. EUR) hinterlegt. Für die Teilnahme an der EUREX (elektronische Terminbörse) wurden Wertpapiere in Höhe von 294 Mio. EUR (Vorjahr: – Mio. EUR) hinterlegt.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 3.124 Mio. EUR (Vorjahr: 2.629 Mio. EUR) geleistet, die als Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen werden.

GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden, haben per 31.12.2016 einen Bilanzwert in Höhe von 18 Mio. EUR (Vorjahr: 17 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 01.01.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Die L-Bank haftet auch nach ihrem mit Wirkung zum 28.12.2015, 24:00 Uhr erfolgten Ausscheiden als Träger der LBBW für alle bis 18.07.2001 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW im Außenverhältnis als Gesamtschuldner. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank kann sie aber die im Innenverhältnis haftenden Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 und 3a HGB, die für die Beurteilung der Finanzlage der Bank von Bedeutung sind.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte im Sinne des § 36 Rech-KredV), die der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven gegen negative Marktwerte (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen insolvenzfeste Nettingvereinbarungen vor. Weiterhin hat die L-Bank mit ihren wesentlichen Geschäftspartnern Collateral-Vereinbarungen geschlossen, mit dem Ziel, das gegenseitige existierende Ausfallrisiko durch die Leistung von Barsicherheiten zu reduzieren.

In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen.

Die derivativen Geschäfte gliedern sich wie folgt:

DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA

in Mio. EUR	Nominal- werte 31.12.2016	Nominal- werte 31.12.2015	Marktwerte positiv 31.12.2016	Marktwerte negativ 31.12.2016	Marktwerte positiv 31.12.2015	Marktwerte negativ 31.12.2015
ZINSRISIKEN						
Zinsswaps	81.556	76.206	2.723	-6.311	2.919	-5.961
Sonst. Termingeschäfte	1.160	0	0	-37	0	0
Zinsrisiken – gesamt	82.716	76.206	2.723	-6.348	2.919	-5.961
WÄHRUNGSRISIKEN						
Devisentermingeschäfte, -swaps	7.567	9.331	342	-1	179	-24
Währungs-, Zinswährungsswaps	19.550	18.566	1.413	-1.217	2.309	-1.464
Währungsrisiken – gesamt	27.117	27.897	1.755	-1.218	2.488	-1.488

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergeben sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von 1.678 Mio. EUR sind die Marktwerte der Zins-/Währungsswaps und Devisenswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein aktiver Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2016 saldiert einen negativen Marktwert in Höhe von 3.588 Mio. EUR auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet, da in den aktiven und passiven Bilanzposten zinsinduzierte stille Reserven enthalten sind, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.

DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG

in Mio. EUR	Nominal-	Nominal-	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	werte	werte	positiv	negativ	positiv	negativ
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2015
Banken in der OECD	91.468	89.739	3.738	-6.102	4.804	-5.841
Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	18.365	14.364	740	-1.464	603	-1.608
Gesamt	109.833	104.103	4.478	-7.566	5.407	-7.449

DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG

Nominalwerte in Mio. EUR	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungs-	Währungs-
	31.12.2016	31.12.2015	risiken	risiken
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
RESTLAUFZEITEN				
– bis drei Monate	7.526	1.352	10.548	10.531
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.707	5.844	4.590	4.827
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	24.080	31.596	7.848	7.979
– mehr als fünf Jahre	43.403	37.414	4.131	4.560
Gesamt	82.716	76.206	27.117	27.897

Es bestehen keine Handelsgeschäfte.

BEWERTUNG DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten zum 31.12.2016. Es werden Zinskurven, Wechselkurse, CFC-, Swaption- und FX-Volatilitäten einbezogen, die die Bank von externen Anbietern erhält. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z. T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

PRODUKTGRUPPE	WESENTLICHES BEWERTUNGSMODELL
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

ANGABEN ZUR STEUERPF LICHT

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

LÄNDERSPEZIFISCHE BERICHTERSTATTUNG GEMÄSS § 26A ABS. 1 SATZ 2 KWG

Sämtliche im Jahresabschluss dargestellten Angaben im Sinne von § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG beziehen sich ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland.

Der Umsatz der L-Bank stellte sich für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

in Mio. EUR	2016	2015
Zinsüberschuss (einschließlich laufender Erträge)	145	262
Provisionsüberschuss	28	42
Sonstige betriebliche Erträge	11	14
Umsatz	184	318

Im Jahresdurchschnitt 2016 beschäftigte die L-Bank 1.059 (Vorjahr: 1.071) Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten.

Der Gewinn vor Steuern betrug im Geschäftsjahr 2016 51 Mio. EUR (Vorjahr: 55 Mio. EUR).

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf 1 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR). Diese betrafen ausschließlich nicht erstattungsfähige Kapitalertragsteuern zuzüglich Solidaritätszuschlags.

Weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr hat die L-Bank öffentliche Beihilfen erhalten.

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340A ABS. 4 NR. 2 HGB

Nr.	NAME/SITZ	Unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
1	21sportsgroup GmbH, Mannheim	15,76	-9.366	-8.910
2	Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.823	182
3	Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.366	-5.082
4	BrandMaker GmbH, Karlsruhe	32,54	2.433	-5.858
5	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	10,00	298.086	52.290
6	CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	44,75	11.831	5.104
7	CureVac AG, Tübingen	0,83	120.370	-32.031
8	DBAG Expansion Capital Fund GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main	21,77	31.591	627
9	DBAG Fund V GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main	4,00	65.471	1.024
10	Digital Commerce Network GmbH, Karlsruhe	42,33	-941	-136
11	European Investment Fund, Luxemburg	0,18	1.854.259	97.360
12	Flaregames Holding GmbH, Karlsruhe	6,43	26.929	-116
13	iQuest Holding GmbH, Frankfurt/Main	27,50	2.159	625
14	JobRouter AG, Mannheim	35,00	1.097	435
15	Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	12,14	408.513	-30.304
16	LEA Mittelstandspartner GmbH & Co. KG, Karlsruhe	33,33	***	
17	MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	60.881	4.452
18	Micropelt Abwicklungsgesellschaft GmbH, Freiburg	20,10	**	
19	OnSee Holding GmbH, Bruchsal	47,71	10.090	-20
20	ONVENTIS GmbH, Stuttgart	48,91	1.913	-502
21	PACE Telematics GmbH, Karlsruhe	14,13	875	-150
22	PT German Centre Indonesia II, Tangerang/Indonesien	98,42	274	-69
23	Selbca Holding GmbH, Berlin	36,55	8.687	8.772
24	Staufen.AG Beratung Akademie Beteiligung, Köngen	25,10	7.079	3.758
25	StEP Stuttgarter EngineeringPark GmbH, Stuttgart	100,00	9.224	5.142
26	Strohheker Holding GmbH, Pforzheim	49,50	196	-1.049
27	SYMPORE GmbH, Tübingen	34,98	**	
28	Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	14.405	2.170
29	Technologiepark Mannheim GmbH, Mannheim	100,00	***	
30	Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	8.216	1.899
31	Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	**	

* Jeweils des letzten Geschäftsjahres, für das ein Jahresabschluss vorliegt.

** Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

*** Wegen Neugründung liegt noch kein Abschluss vor.

Daten von Beteiligungen in Fremdwährung sind mit dem Kurs zum 30.12.2015 umgerechnet. Von dem Wahlrecht nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB wurde Gebrauch gemacht.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

ANLAGEN- UND ABSCHREIBUNGSSPIEGEL

Anlagevermögen Bilanzposten	Anschaf- fungskosten 01.01.2016 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuch- ungen TEUR	Zuschrei- bungen kumuliert TEUR	Abschrei- bungen kumuliert TEUR	Buchwert 31.12.2016 TEUR	Jahresab- schreibungen 2016 TEUR
Schuldverschreibun- gen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.568.308	Nettoveränderung nach § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV: -638.850					22.009.829	-
Beteiligungen	292.602						221.456	-16.152
Anteile an verbun- denen Unternehmen	25.534						16.309	-
Immaterielle Anlagewerte	33.237	1.966	-40	-	-	-29.067	6.096	-4.146
Sachanlagen	227.888	3.192	-1.386	682	-	-127.654	102.722	-6.722
Sonstige Vermögensgegen- stände	14.704	41	-40	-682	-	-22	14.001	-

Abschreibungen	01.01.2016	Zugang	Zuschreibung	Umbuchung	Abgang	31.12.2016
Immaterielle Anlagewerte	24.955	4.145	-	-	33	29.067
Sachanlagen	121.907	6.722	-	0	975	127.654
Sonstige Vermögens- gegenstände	22	-	-	0	-	22

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Vorstands für 2016 in TEUR

Name	Feste Vergütung	Sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Dr. Axel Nawrath Vorsitzender	682	24	9	714
Dr. Ulrich Theileis Stv. Vorsitzender	500	19	6	525
Gesamt	1.181	43	15	1.240

Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine betriebliche Altersversorgung auf der Grundlage der für die Beschäftigten der L-Bank geltenden Regelungen.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Verwaltungsrats für 2016 in TEUR

Name	Mitgliedschaft Verwaltungsrat	Mitgliedschaft Ausschüsse	Sitzungsgeld	Gesamt
Edith Sitzmann ^{1) 4)} Vorsitzende	7,4	1,6	1,1	10,0
Thomas Strobl ^{1) 3)} 1. Stv. Vorsitzender	3,3	1,7	0,9	5,8
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut ^{1) 3)} 2. Stv. Vorsitzende	3,3	1,0	0,5	4,7
Katrin Altpeter ^{1) 2)}	2,2	–	–	2,2
Alexander Bonde ^{1) 2)}	2,8	1,4	0,2	4,3
Leni Breymaier ⁶⁾	5,5	–	0,5	6,0
Dr. Jürgen Bufka ³⁾	2,6	–	0,3	2,9
Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach	6,0	3,9	1,2	11,1
Reinhold Gall ^{1) 2)}	2,8	1,4	–	4,2
Roger Kehle	6,0	–	0,6	6,6
Gabriele Kellermann	6,0	3,1	0,9	10,0
Dr. Peter Kulitz	6,0	1,0	0,3	7,3
Andrea Lindlohr ⁵⁾	2,4	–	0,5	2,9
Klaus-Peter Murawski ¹⁾	6,0	1,0	0,6	7,6
Dr. Dieter Salomon	6,0	–	0,3	6,3
Dr. Nils Schmid ^{1) 2)}	3,3	1,4	0,5	5,2
Claus Schmiedel	6,0	–	0,5	6,5
Franz Untersteller ¹⁾	6,0	2,4	0,2	8,6
Joachim Wohlfeil	6,0	–	0,6	6,6
Clemens Meister	6,0	–	0,6	6,6
Tatjana Aster	6,0	–	0,5	6,5
Thomas Dörflinger	6,0	–	0,5	6,5
Gesamt	107,4	20,0	10,8	138,2

¹⁾ Es besteht eine Pflicht zur Ablieferung an das Land Baden-Württemberg.

²⁾ Mit Wirkung zum 12.05.2016 aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

³⁾ Mit Wirkung zum 26.07.2016 zum Mitglied des Verwaltungsrats bestellt.

⁴⁾ Mit Wirkung zum 26.07.2016 zur Vorsitzenden des Verwaltungsrats bestimmt.

⁵⁾ Mit Wirkung zum 08.08.2016 zum Mitglied des Verwaltungsrats bestellt.

⁶⁾ Mit Wirkung zum 30.11.2016 aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
– Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. von deren Hinterbliebenen	1.689	1.463
– Bezüge Beirat (inkl. Reisekosten)	130	145
– für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehende Pensionsrückstellungen	25.307	25.895

ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2016 BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER

	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter*	494	661	1.155
davon Vollzeitbeschäftigte	469	376	845
davon Teilzeitbeschäftigte	25	285	310

* Nach Köpfen; ohne Auszubildende und Praktikanten.

MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEMÄSS § 340A ABS. 4 NR. 1 HGB

DR. ULRICH THEILEIS, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Mitglied des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –, Dresden	Mitglied des Verwaltungsrats

ORGANE DER L-BANK

VORSTAND

Dr. Axel Nawrath
Vorsitzender

Dr. Ulrich Theileis
Stv. Vorsitzender

VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER

Ordentliche Mitglieder

Edith Sitzmann MdL

Ministerin für Finanzen
Vorsitzende

Thomas Strobl

Stv. Ministerpräsident und
Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration
1. Stv. Vorsitzender
seit 26.07.2016

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau
2. Stv. Vorsitzende
seit 26.07.2016

Katrin Altpeter

ehemals Ministerin für Arbeit
und Sozialordnung, Familie,
Frauen und Senioren
bis 12.05.2016

Alexander Bonde

ehemals Minister für
Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz
bis 12.05.2016

Leni Breymaier

ehemals Landesbezirksleiterin
VER.DI Baden-Württemberg
bis 30.11.2016

Dr. Jürgen Bufka

Geschäftsführer der Amber
Infrastructure GmbH
seit 26.07.2016

Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach

Geschäftsführer der
Doertenbach & Co. GmbH

Reinhold Gall MdL

ehemals Innenminister
bis 12.05.2016

Roger Kehle

Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg e. V.

Gabriele Kellermann

Mitglied des Vorstands der
BBBank eG

Dr. Peter Kulitz

Präsident der Industrie- und
Handelskammer Ulm

Andrea Lindlohr MdL

Stv. Vorsitzende der Landtags-
fraktion Bündnis 90/Die Grünen
seit 08.08.2016

Klaus-Peter Murawski

Staatsminister im
Staatsministerium
Baden-Württemberg

Dr. Dieter Salomon

Vizepräsident des Städtetages
Baden-Württemberg e. V.

Dr. Nils Schmid MdL

ehemals Finanz- und
Wirtschaftsminister
bis 12.05.2016

Claus Schmiedel

ehemals Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion
bis 31.12.2016

Franz Untersteller MdL

Minister für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft

Joachim Wohlfeil

Präsident der Handwerks-
kammer Karlsruhe

Beratende Mitglieder

Clemens Meister

Vorsitzender des Gesamt-
personalrats der L-Bank,
Karlsruhe

Tatjana Aster

Vorsitzende des Personalrats
der L-Bank, Karlsruhe

Thomas Dörflinger

Vorsitzender des Personalrats
der L-Bank, Stuttgart

VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER

Stellvertretende Mitglieder

<p>Helmut Althammer Geschäftsführer der Althammer GmbH & Co. KG</p>
<p>Catharina Clay Landesbezirksleiterin IG BCE Baden-Württemberg</p>
<p>Dr. Roman Glaser Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.</p>
<p>Jürgen Lämmle ehemals Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg bis 31.05.2016</p>
<p>Andrea Lindlohr MdL Stv. Vorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen bis 07.08.2016</p>
<p>Klaus Maier ehemals Landtagsabgeordneter bis 06.08.2016</p>
<p>Helmfried Meinel Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg</p>

<p>Rainer Reichhold Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart</p>
<p>Wolfgang Reimer ehemals Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg bis 31.05.2016</p>
<p>Rolf Schumacher ehemals Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg bis 31.05.2016</p>
<p>Dr. Florian Stegmann Ministerialdirigent im Staatsministerium Baden-Württemberg</p>
<p>Joachim Walter Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg</p>
<p>Dr. Herbert O. Zinell ehemals Ministerialdirektor im Innenministerium Baden-Württemberg bis 31.05.2016</p>

Weitere stellvertretende Mitglieder

<p>Matthias Broß ehemals Oberregierungsrat im Staatsministerium Baden-Württemberg bis 31.10.2016</p>
<p>Joachim Hauck Ministerialdirigent im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg bis 26.07.2016</p>
<p>Volker Jochimsen Ministerialdirigent im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg</p>
<p>Johann-Christoph Kleinschmidt ehemals Ministerialrat im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg bis 26.07.2016</p>

<p>Walter Leibold Ministerialdirigent im Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg</p>
<p>Jutta Lück Ministerialdirigentin im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg</p>

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2016 nicht ereignet.

VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von 50.212.713,71 EUR den anderen Gewinnrücklagen 50.000.000,00 EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 212.713,71 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 7. März 2017

L-Bank

Dr. Axel Nawrath

Dr. Ulrich Theileis

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2016

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 7. März 2017

Dr. Axel Nawrath Dr. Ulrich Theileis

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in

Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 7. März 2017

PricewaterhouseCoopers
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stefan Palm
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ralf Steffan
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:
L-Bank

Schlossplatz
76113 Karlsruhe

Börsenplatz 1
70174 Stuttgart

www.l-bank.de

Tel. 0721 150-0
Fax 0721 150-1001

Tel. 0711 122-0
Fax 0711 122-2112

Print  kompensiert
Id-Nr. 1763762
www.bvdm-online.de



Druck: Dr. Cantz'sche Druckerei Medien GmbH

